

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 23. Februar 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Das Blatt kostet vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustriertes Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Entgegengenommen in die Post-Verwaltungskasse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements rechnen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Anzeigenspalte oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Besondere- und Besondere-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeluche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Zur Charakteristik der „anständigen“ Presse.

II.

Wie in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ dargestellt wurde, hat die Entwicklung des Zeitungswezens dahin geführt, daß eine große Anzahl kapitalistischer Blätter teils von Finanz- und Unternehmergruppen „alimentiert“, das heißt durch Zuwendungen verschiedener Art unterstützt und unterhalten wird, teils direkt in die Hände solcher Interessentengruppen gelangt ist. Natürlich wenden diese Konsortien nicht alljährlich Zehntausende, manchmal sogar Hunderttausende von Mark auf — nur um für die „nationale Ehre“ Deutschlands, für die Erhaltung der „patriotischen Gesinnung“, die „Sittlichkeit des Familienlebens“ oder dergleichen zu kämpfen. Der Zweck, den die hohen Herren von Mammons Gnaden mit ihren Subventionen und „patriotischen“ Opfern verfolgen, ist ein anderer. Das von ihnen unterhaltene Blatt hat sich in den Dienst ihrer Interessen, ihrer Geschäftspolitik zu stellen und für diese die sittlich-nationale Verbrämung zu liefern; es hat ferner solche sozialpolitischen Maßnahmen zu bekämpfen, welche die finanziellen oder industriellen Profite der betreffenden Klasse beeinträchtigen könnten, und es hat drittens unausgesetzt die Sozialdemokratie zu verächtigen und zu verleumden. Wird diese Arbeit von den Redaktionen nach Wunsch der Interessenten geleistet, dann können die hochverehrenden Herren sehr generös sein. Herr Kronstein, der Leiter der „Post“, bezieht z. B. unseres Wissens für höchst minimale Leistungen, trotz der ständigen Unterbilanz des Blattes, ein Gehalt von über 18 000 Mark. Der Kampf für die nationale Gesinnung rentiert sich also.

Die Nachfrage dieser Pressespezies nach Verleumdungsartikeln und Notizen gegen die Sozialdemokratie hat zur Gründung und Herausgabe allerlei antisozialdemokratischer Korrespondenzen geführt. Zunächst ist die „Antisozialdemokratische Korrespondenz“ zu nennen, die mit Unterstützung hoher Gönner von Herrn Max Lorenz, einem früheren Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, herausgegeben wird, der sich in rascher Reihenfolge vom Sozialdemokraten zum Nationalsozialen und schließlich zum Philosophanten des Konservatismus durchgemauert hat. Was die Rache anbelangt, so sieht dieses Erzeugnis der modernen Zeitungsliteratur jedoch immerhin noch auf einem verhältnismäßig hohen Standpunkt, da trotz seiner eigenartigen inneren Entwicklung Herr Lorenz sich noch etwas Anstandsgefühl bewahrt hat. Viel tiefer als diese Korrespondenz steht die vom „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ — der Leiter dieses Verbandes ist bekanntlich der Generalsekretär von Liebert — herausgegebene Verleumdungskorrespondenz, die, wie der letzte Geschäftsbericht dieses sauberen Verbandes mitteilt, regelmäßig an 1275 deutsche Zeitungen versandt und, da der Abdruck von Notizen aus dieser Reichs-Dredschiffe nichts kostet, von einem großen Teil dieser Blätter, bei dem das Feindschaftsgefühl viel weniger als der Geschäftssinn entwickelt ist, eifrig benutzt wird. Vornehmlich die kleine konservative Kreis- und Landratspresse bezieht aus dieser Korrespondenz einen großen Teil ihrer politischen Kost.

Mit diesen beiden Spezialkorrespondenzen ist jedoch die Verleumdungsmache nicht erschöpft. Die starke Nachfrage der ben charakterisierten Unternehmepresse nach antisozialdemokratischen Notizen hat die Herausgeber einiger Berliner Korrespondenzen, die sich früher hauptsächlich mit der Verächtlichmachung über lokale Vorfälle, mit Sport- und sozialpolitischen Angelegenheiten befaßten, dazu bewegen, sich ebenfalls oder weniger mit der Fabrikation von antisozialdemokratischen Verleumdungsartikeln zu beschäftigen. Warum auch? Während die Lokal- und die sozialpolitischen Mitteilungen oft wenig Beachtung finden, können die Berichte sozialdemokratischen Terrorismus, gewerkschaftliche Forderungen oder Seltengelage des sozialdemokratischen eivortandes auf sicheren massenhaften Abdruck in der kapitalistischen Presse rechnen; sie bringen also etwas ein — und schließlich ist es doch durchaus nicht schwerer zu erfinden, daß in der Müllerstraße ein Dienstmädchen aus dem Fenster gestürzt ist, als daß in einem Weinlokal des Westens Weibel 5 Pfaffen „Sensel trocken“ getrunken oder Rolfenbuhr in den Blumenjalen einen Kankan getan hat. Im Gegenteil, die Rache ist viel bequemer und leichter. Nötig ist dazu nur etwas Erfindungsgabe und das Studium der Parteinaudrichten, Versammlungsberichte und der gewerkschaftlichen Notizen einiger größerer Parteiblätter. Daneben wird mit ganz besonderer Vorliebe das Mitteilungsblatt des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins benutzt. Steht z. B. in einem dieser Blätter, daß der letzte Jahlabend schlecht besucht war, so setzt sich der Herausgeber solcher Korrespondenz hin und schreibt etwa folgende Notiz:

Die Erbitterung der „Genossen“ über das Treiben der Herren Obergenossen, der wohlbestallten Parteifunktionäre, schlägt immer höhere Wogen. Die einsichtigen Elemente des Arbeiterstandes haben es satt, den sektierenden Parteiführern fernere ihre schwererarbeiteten Groschen zur Verfügung zu stellen. Sie streiken. Die letzten Jahlabende waren, wie das Mitteilungsblatt des Berliner Aktionsausschusses“ wider Willen ausgeben muß, bereits sehr schlecht besucht, und die um ihre

schönen Einkünfte besorgten Herren Funktionäre fordern ihre Herde mit den üblichen Krasiphrasen auf, sich künftig zahlreicher einzustellen usw.

Am nächsten Tage sieht diese perfide Stillübung in der betreffenden Korrespondenz, und nach einigen weiteren Tagen findet man sie im größten Teil der kapitalistischen Presse, von der „Nationalzeitung“ bis zur „Post“ und der „Deutschen Tagesztg.“. Da jedes dieser Blätter für die Aufnahme zu zahlen hat, so macht der Verfasser der Verleumdungsnotiz ein schönes Geschäft, das ihn zu weiteren Betätigungen auf diesem Gebiet der Sittlichkeitsrettung anfeuert. Nach einigen Tagen liest er, der Vorstand des und des Wahlvereins hätte eine Erhöhung der Vereinsbeiträge um 10 Pf. pro Monat vorgeschlagen. Ein gefundenes Fressen! Begeistert nimmt der Herausgeber der Korrespondenz wieder seine Feder zur Hand und schreibt:

Die sozialdemokratische Kriegskasse ist durch den letzten Wahlkampf völlig erschöpft. Die Wahlflugblätter und die Reisen der Herren Agitatoren haben ein Heibengelb geloset, denn bekanntlich wissen die Wahlredner, auch die dritten, vierten Ranges, die Annehmlichkeit eines guten Hotels und eines reichhaltigen Soupers zu schätzen. Sie folgen darin ihren großen Vorbildern Singer und Bebel, die, wie festgestellt worden ist, kürzlich in einem feinen Weinlokal des Westens des Kaisers Geburtstag mit Champagner gefeiert haben. Es ist also nötig, die Kriegskasse wieder zu füllen. Der Arbeiter soll aufs neue geschöpft werden usw.

So wird's gemacht. Hat man einige Zeit dieses Treiben verfolgt, kann man beinahe mit Sicherheit voraussagen, in welcher aufgepupzten Form eine Notiz, die im „Vorwärts“ oder irgend einem anderen Parteiblatt gestanden hat, in den darauf folgenden Tagen durch gewisse Blätter von der Qualität der „Post“, „Nationalzeitung“, „Staatsbürgerzeitung“, „Täglichen Rundschau“ usw. laufen wird.

Besonders haben sich in letzter Zeit die Verfasser solcher Notizen darauf verlegt, sogenannte „Beispiele“ von sozialdemokratischem Wahlterrorismus oder von Geldunterstützungen durch gewerkschaftliche Kassenbeamte zu fabrizieren. Zur Illustration der Rache können folgende Proben dienen:

In Nr. 62 der „Kreuzzeitung“ (Abendausgabe vom 6. Februar) heißt es:

„Aus vielen Gegenden Deutschlands kommen Klagen über sozialdemokratische Agitatoren bei den letzten Wahlen. Viele Geschäftsleute wurden durch vorzügliche, aber verständliche Drohungen gezwungen, Beiträge in die sozialdemokratischen Wahlkassen zu zahlen. Vielleicht der bedenklichste Fall dieser Art hat sich in Groß-Vichterfelde zugetragen. Dort wurde einem Tischlermeister von seinen Gesellen bedeutet, sie würden, wenn er überhaupt am Wahltag aus dem Hause ginge, um zu wählen, am anderen Tage die Arbeit einstellen. Da der Tischlermeister eilige Arbeit abzuliefern hatte und durch das Wegbleiben seiner Gesellen einen empfindlichen Schaden befürchten mußte, gab er dem Drucke nach und blieb am Tage der Abstimung zu Hause.“

Wer die Rache kennt, weiß sofort, daß es sich um eine erfundene Verleumdungsnotiz handelt. Ein Tischlermeister in Groß-Vichterfelde! Wer, welcher? Es ist ein beliebiger Trid solcher Notizenfabrikanten, weder genaue Namen zu nennen, noch den Ort (Straße und Nummer) zu bezeichnen. Ihre Klagen über sozialdemokratischen Terrorismus beginnen meist: „Ein Schneidermeister in Köln“ — „Ein wohlhabender Wädrmeister in Hamburg“ — „Eine Fabrik in Westfalen“. Auf diese Weise entgehen nämlich die Herren dem Schicksal, daß ihnen ihre Lügen als Lügen nachgewiesen werden.

Indes man kann von einfachen Arbeitern nicht verlangen, daß sie schon aus der äußeren Form einer Zeitungsnotiz erkennen, was von ihr zu halten ist. Unsere Genossen in Groß-Vichterfelde gaben sich deshalb die dankenswerte Mühe, in Groß-Vichterfelde bei allen Tischlermeistern nachzufragen, ob sich in ihrer Werkstatt dieser Fall ereignet hätte. Das Ergebnis haben wir in Nr. 37 des „Vorwärts“ (vom 18. Februar) mitgeteilt. Es stellte sich heraus, daß keiner der Tischlermeister Groß-Vichterfelde etwas von der Sache wußte. Die Notiz war von der ersten bis zur letzten Silbe erlogen.

Der Leser, der die „anständige“ Presse nicht kennt, wird vielleicht annehmen, die „Kreuzzeitung“ hätte daraufhin ihre Notiz berichtigt oder deren Wahrheit zu beweisen versucht. Nichts von alledem. Sie schwieg — und mit ihr die ganze Presse, die jene Notiz aus der „Kreuzzeitung“ übernommen und teilweise noch aus Eigenem mit allerlei moralischen Schwänzen versehen hatte. So hatte z. B. das Kronsbienische Organ hinzugefügt:

„Das anständige Publikum sollte die Arbeitgeber aller Art darin eifrig unterstützen. Solcher Gewalt kann nur mit Gewalt begegnet werden. Wo es irgend angängig ist, sollten sozialdemokratische Arbeiter und Gehilfen systematisch ausgeschloffen werden. Legt man nicht bald energisch Hand an, so wird es überhaupt zu spät, dem Terrorismus der „Genossen“, der immer toller wird, den Garaus zu machen. Uebrigens sind jene Gesellen nach § 240 des Strafgesetzbuches strafbar mit Gefängnis bis zu einem Jahre.“

Auch die sogenannten sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Unterstellungen spielen in dem Verleumdungsfeldung dieser „anständigen“ Blätter eine bedeutende Rolle. Hat irgend ein Kassierer einer gewerkschaftlichen Mitglieder-

die Sache monatelang erörtert, der Kassierer des Zweigvereins avanciert zum Hauptvorstehenden und aus den 300 werden schließlich 3000 oder gar 30 000 Mark. Läßt sich aber eine wirkliche Unterschlagung nicht aufreiben, so wird kurzweg eine erfundene oder auf alte Fälle zurückgegriffen und hinzugefügt, wenn neuere Fälle nicht bekannt geworden seien, so lage das nicht daran, weil nicht mehr unterschlagen würde, sondern weil der sozialdemokratische Parteivorstand alle Unterschlagungen verdecke. Als Beispiel dieser Verdächtigungskunst kann folgende Notiz der „Post“ (Nr. 54 vom 1. Februar 1907) dienen:

„Vor kurzem hat die Presse eine Liste derjenigen Beruureuungen veröffentlicht, die von Vertrauensmännern der gewerkschaftlichen Bewegung begangen und zur gerichtlichen Bestrafung gebracht worden waren. Jene Liste legte bedrohendes Zeugnis dafür ab, daß eine arge sittliche Verwirrung in der gewerkschaftlichen Bewegung eingegriffen ist, soweit diese sich in den Händen der Sozialdemokratie befindet. Ueber Unterschlagungen durch Vertrauensmänner der sozialistischen Partei selbst hat man in letzter Zeit weniger gehört. Es wäre jedoch ein gründlicher Fehlschluß, daraus zu folgern, daß in diesem Lager solche Verfehlungen, wie sie die gewerkschaftliche Bewegung aufgewiesen hat, nicht vorkämen. Das direkte Gegenteil ist der Fall. Die Unterschlagungen von sozialistischen Parteigelbern durch Parteibeamte und Handlanger hat sich in letzter Zeit gleichfalls in auffällender Weise vermehrt und bildet in engeren Parteizirkeln einen ständigen Gesprächsstoff. Lediglich das Bestreben der Parteioberen, derartige Vorgänge unter allen Umständen zu vertuschen und nicht in die Öffentlichkeit dringen zu lassen und auch den „Genossen“ selbst vorzuenthalten hat es fertig gebracht, die Öffentlichkeit über die Unmora der sozialistischen Partei in dieser Richtung zu täuschen. Bei Gelegenheit gehabt hat, hinter die Kulisse zu schauen, weiß, daß trotz aller Bemängelungen die Unterschlagungen von Parteigelbern durch Parteibeamte eine ständige Klage in den Kreisen der „Genossen“ und auf ihren Versammlungen bilden, und in diesen Kreisen weiß man längst, daß sich häufig Leute zu unbedolbeten Parteimitgliedern drängen, um durch nicht zurückgezahlt werdende, heimliche „Anleihen“ aus der Parteikasse zu essen.“

Daneben lieben es manche dieser Blätter, aus alten Reden oder Schriften hervorragender sozialdemokratischer Parteiführer einzeln ihnen für ihre Fälschungszwecke geeignet erscheinende Stellen herauszufinden, deren Wortlaut und Sinn zu entstellen und sie dann als Beweis für die politische und moralische Verworfenheit der sozialdemokratischen Führer auszuspielen. Dabei befolgt man wieder den schlaunen Trid, nicht genau anzugeben, wann und wo der Betreffende jenen Ausspruch getan hat, denn dann liehe sich ja der Schwindel leicht nachweisen; man beschränkt sich vielmehr in weiser Vorsicht darauf, zu behaupten: „Im Jahre 1873 hat Liebknecht gesagt.“ — „Marx hat geschrieben.“ — „Bebel meinte in den achtziger Jahren“ usw. Auch hierfür einen Beleg, der in dem letzten Wahlkampf eine Rolle gespielt hat.

Einige Tage nach der Auflösung des Reichstages veröffentlichte der Liebertsche Reichsverband ein Flugblatt, in dem behauptet wurde, 1872 hätte „Der Volksstaat“, das Blatt des Abgeordneten Liebknecht, die als Sieger aus Frankreich heimkehrenden deutschen Soldaten „zweibeinige Tiere in Uniform“ geschimpft. Wir unterzogen uns darauf der nicht geringen Mühe, den ganzen Jahrgang 1872 des „Volksstaats“ durchzusehen, fanden aber nirgends den Ausdruck „zweibeinige Tiere in Uniform“; wohl aber hatte Liebknecht in einer gegen Soldatenmißhandlungen gerichteten Notiz die Soldaten „weiße Sklaven in Uniform“ genannt. Darauf stellten wir in Nr. 298 des „Vorwärts“ fest, daß der Liebertsche Reichsverband sich wieder eine Fälschung geleistet hätte.

Wie nicht anders zu erwarten war, nahm weder die Korrespondenz dieses Verbandes noch irgend eines der „anständigen“ Blätter, die sich jene Entdeckung angeeignet hatten, von der Michtigstellung Notiz. Fast täglich erhielten wir Flugblätter und Zeitungsausschnitte aus den verschiedensten Gegenden des Reiches zugesandt, in denen mit der höchsten moralischen Entrüstung behauptet wurde, der alte Liebknecht hätte die deutschen Soldaten, die auf Frankreichs Schlachtfeldern ihr Blut für des Vaterlandes Ehre vergossen hätten, mahlos belächelt. Er hätte sie „zweibeinige Tiere“ genannt. Am 18. oder 19. Januar wurde uns endlich aus Lübeck gemeldet, die betreffende Bezeichnung solle sich in Nr. 71 des Jahrganges 1873 des „Volksstaats“ befinden. Wir schlugen nach und fanden folgende Notiz:

„Zivil und Militär. Daß der Mensch, der keine Uniform trägt, im Militärstaat nur für einen halben Menschen gilt, — wir wollten sagen, daß das zweibeinige Tier, welches keine Uniform trägt, nur halb so viel gilt wie das uniformtragende zweibeinige Tier (denn Menschen kennt der Militärstaat nicht), wird und jetzt gelegentlich der Cholera wieder recht deutlich vordemonstriert. In Gumburg brach unter den dort versammelten Lebungsgruppen die Cholera aus — sofort schickte man die Soldaten nach Haus, was für die Soldaten ganz nützlich war, aber die Wirkung haben wird, die Seuche unter den bürgerlichen Kanakken zu verbreiten. In Berlin, wo unter einem Garde Regiment die Seuche ausbrach, ist beabsichtigt

Man, die Soldaten aus der Kaserne zu entfernen und auf die umliegenden Dörfer einzuquartieren — ein unfehlbares Mittel, den umliegenden Dörfern die Cholera zu geben. Auf genau dieselbe Weise wurde 1866 Leipzig mit der furchtbaren Cholera befallen, die über 2000 Menschen hinwegraffte. Nicht als ob wir für die Soldaten kein Herz hätten — aber wie dächten, für das enorme Geld, welches die Armee kostet, könnte man auch den Soldaten gesunde Kasernen errichten."

Der Verfasser der „Volksstaat“-Notiz hat also nicht die aus Frankreich heimkehrenden Soldaten beschimpft, sondern den herrschenden des Militärstaates vorgeworfen, daß sie die Menschen — einerlei ob im Zivilanzug oder in Uniform — als zweibeinige Tiere betrachten, und er hat gegen solche mißachtende Behandlung protestiert. Das Flugblatt des Reichsverbandes hat also unverschämte gelogen und, um die Feststellung dieser Lüge zu erschweren, obendrein das Datum gefälscht.

Wir teilten darauf in Nr. 17 des „Vorwärts“ (vom 20. Januar 1907) den genauen Wortlaut der „Volksstaat“-Notiz mit. Selbstverständlich hätte wieder keines der „anständigen“ Blätter, welche die Behauptung des Reichsverbandes-Flugblattes übernommen hatten, sich zu einer Verichtigung veranlaßt. Es wurde weiter gelogen.

Das sind nur einige wenige Beispiele aus allerleyer Zeit; doch sie genügen, um die infame Wache zu kennzeichnen. Was kann geschehen, um diesem Verleumdungstreiben entgegenzutreten? Das Berichtigen hat wenig Zweck, denn Verichtigungen nimmt die „anständige“ Presse von der Art der „Post“ und der „Bartling'schen National-Zeitung“ nicht auf. Zudem lassen sich viele Notizen, zum Beispiel in denen ohne Angabe des Namens einfach behauptet wird, in Berlin, Hamburg oder Leipzig wäre ein Schneider- oder Bäckermeister von seinen Gehälfen terrorisiert worden, nicht berichtigen. Hier kann nur helfen, daß den sozialdemokratischen Lesern an einzelnen Beispielen klar gemacht wird, wie ein großer Teil der gegnerischen Presse systematisch lügt und verleumdet, verleumdet wider eigenes besseres Wissen, und deshalb seinen Verleumdungsnotizen nicht der geringste Wert beizumessen ist. Vor allem muß der Einfluß der sogenannten unparteiischen Presse mehr und mehr eingeengt und der Arbeiter dahin gebracht werden, daß er die Zeitungen liest, die fest und konsequent sein Interesse vertreten: die Blätter der Sozialdemokratie. Und da einerseits der einfache, noch nicht politisch geschulte Arbeiter diese Blätter oft nicht versteht, und andererseits diese Blätter in manche Arbeiterkreise, besonders die ländlichen, nicht einzubringen vermögen, so müssen neben den bestehenden populären Wochen- und Halbmonatsblätter gegründet werden, die sich — selbstverständlich ohne Verletzung unserer Grundsätze — dem Verständnis dieser Kreise anpassen.

Die russische Revolution.

Die Duma.

Petersburg, 22. Februar. (Meldung der Petersburger Telegr.-Agentur.) Das endgültige Ergebnis der Duma-Wahlen ist noch nicht gestellt, es ist aber schon jetzt sicher, daß die Kadetten über eine Mehrheit verfügen werden.

Petersburg, 21. Februar. (Meldung der Petersburger Telegr.-Agentur.) Die Fällung der Wahlzettel in den Petersburger Wahlbezirken war erst in vorgezogenen Nachstunden beendet. In allen Bezirken regierten die Kadetten. Von den 100 Gewählten sind: 150 Kadetten, 9 Linke und 1 Oktoberist.

Petersburg, 22. Februar. (Meldung der Petersburger Telegr.-Agentur.) Bis nachmittags 4^{1/2} Uhr sind 408 Abgeordnete zur Duma gewählt, darunter 78 den monarchistischen Parteien angehörend (28 Monarchisten und 45 Mitglieder der Rechten), 41 Gemäßigte (21 Oktoberisten, 13 Gemäßigte, 1 Mitglied der Partei der Rechtsordnung, 1 monarchistischer Demokrat und 5 Mitglieder der Zentrumspartei), 247 Mitglieder der Linken (3 Mitglieder der Friedenserneuerung, 1 demokratischer Reformist, 14 Progressisten, 68 Kadetten, 29 Mitglieder der Arbeitspartei, 39 Sozialdemokraten, 9 Sozialrevolutionäre und 77 Mitglieder der übrigen Linken), 44 Nationalisten und 1 Mitglied, dessen Parteizugehörigkeit unbekannt ist.

Auf der Geldsache.

Mit jeder Stunde bringt der Draht neue Meldungen über die Siege der Opposition bei den Duma-Wahlen. Es unterliegt keinem Zweifel mehr: Die Hoffnungen des Herrn Stolypin, eine „gefällige“ Duma zu bekommen, sind bereits gescheitert. Immer beharrlicher werden daher die Gerüchte von der bevorstehenden Auflösung der Duma, ja sogar von der Möglichkeit, daß sie vorläufig überhaupt nicht einberufen werden soll!

Diese Pläne werden zur Tatsache werden, sobald es der russischen Regierung gelingt, im Auslande eine Anleihe abzuschließen. Nur die Weigerung der ausländischen Bankiers, ohne die nötigen konstitutionellen Garantien mit dem Gelde herauszurücken, kann die Regierung Nikolajew II. dazu zwingen, mit der Volkvertretung zu rechnen. In der „La vie financière“ („Das Finanzleben“) teilt der französische Publizist Alexandre Mar interessante Einzelheiten über das bekannte Projekt einer massierten Anleihe in Frankreich mit: „Das Projekt einer massierten Anleihe in Frankreich verdient die ernsteste Beachtung nicht bloß deshalb, weil ihre Verwirklichung fast wahrscheinlich ist, sondern auch deshalb, weil sie eine wahre Revolution im ökonomischen Leben Russlands im Gefolge hätte. Es handelt sich um die Verpachtung eines Teils des russischen Eisenbahnnetzes an ein französisches Syndikat...“

Der Kern des Projekts dieser „massierten Anleihe“ besteht in folgendem:

Es wird der russischen Regierung angeboten, sieben Eisenbahnlinien für den Zeitraum von fünfzig Jahren zu verpachten, wobei der Zinslauf auch schon früher (nach 25 Jahren) erfolgen kann. Die Linien, die in Betracht kommen, sind die wichtigsten von ganz Rußland; sie haben eine Ausdehnung von circa 10 640 Werst und berühren alle großen Häfen des Schwarzen und Baltischen Meeres (s. z. B. die Linien Petersburg—Warschau, Kiga—Orel, Krasn—Sewastopol, die Zekateriner Bahn und die Südrusslandbahnen). Dafür soll die russische Regierung eine Milliarde Rubel in barem Gelde erhalten.

Wir lassen die Details des vor Mar mitgeteilten Projekts beiseite; denn die obigen Angaben genügen schon, um zu beweisen, daß nur eine Regierung, die am Rande des Unterganges steht, einem Syndikat von Ausländern die wichtigsten Verkehrsadern auf 50 Jahre übergeben kann, um zur Bekämpfung des eigenen Volkes eine Milliarde Rubel in die Hände zu bekommen!

Wenn auch die deutschen Bankiers Kluge und Dör verlocken, so werden doch wohl die deutschen Kleinkapitalisten ein wenig nachdenken, ehe sie ihre Ersparnisse einer unsicheren Regierung anvertrauen.

„In demontieren“ —

Petersburg, 22. Februar. (W. T. W.) Die Petersburger Telegraphen-Agentur ist ermächtigt, die Nachricht eines auswärtigen Blattes auf das bestimmteste zu demontieren, wonach in Jaroslavl-Esels eine Beratung stattgefunden habe, in der beschlossen worden sei, sofort nach dem Zusammentritt der Duma eine programmatische Erklärung vorzulegen, und falls diese nicht angenommen werde, die Duma aufzulösen und über ganz Rußland die Diktatur zu verhängen. Als Diktator werde der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch genannt. Die Nachricht sei absolut falsch.

Das Schurkenstück gegen Tschernial.

London, 22. Februar. (W. S.) Wie aus Stockholm berichtet wird, ist die dortige Polizeiverwaltung überzeugt, daß der russische Revolutionär Tschernial und die drei anderen Personen, die an Bord des „Daf Wng“ umgelommen sind, Opfer der russischen Geheimpolizei geworden sind. Zwei Tage vor der Abfahrt des Schiffes nämlich traf in Stockholm ein Mann ein, der sich für einen französischen Händler Peco ausgab, aber, wie nunmehr festgestellt ist, ein Agent der russischen Polizei war. Am Tage der Abfahrt des Schiffes war er plötzlich verschwunden, und die Polizei ist überzeugt, daß er sich an Bord desselben begeben hatte, um Tschernial zu töten.

Man sollte annehmen, daß die schwedische Polizei ihre russische Kollegin richtig zu beurteilen versteht.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Februar 1907.

Fürsorge.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat am Freitag die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern beendet und die meisten Positionen ohne Debatte genehmigt.

Eine recht interessante Erörterung rief die Forderung von 4 700 000 M. Zuschüsse an die Kommunalverbände zur Ausführung des Fürsorgeerziehungsgesetzes hervor. Während insbesondere die Herren vom Zentrum für die bisherigen mangelhaften Erfolge dieses Gesetzes die zu geringe Anzahl von — Religionsstunden in den Anstalten verantwortlich machten und die Religion — natürlich nach Konfessionen getrennt — als Mittel gegen die „Verrohung der Jugend“ und die „Unsitlichkeit“ anriefen, machte Geheimrat Krohne, belamlich der beste Kenner unseres Gefängniswesens, bemerkenswerte Neußerungen, die um so wertvoller sind, weil sie aus dem Munde eines preussischen Regierungsrats und nicht etwa eines sozialdemokratischen Agitators stammen. Geheimrat Krohne schob der Gesellschaft, die sich von sittlich gefährdeten jungen Leuten abwendet und frühere Fürsorgeerzöglinge zurückhält, anstatt sich ihrer gerade besonders liebevoll anzunehmen, die Schuld dafür in die Schuhe, daß jene schließlich völlig auf Abwege geraten. Er betonte, daß sehr viel gewonnen wäre, wenn die Gesellschaft den entlassenen Fürsorgeerzöglingen die nötige Freundlichkeit entgegenbrächte und sie nicht als „Korrigenden“, als Auswurf der Menschheit behandelte. Beachtenswert war auch sein Appell an die gebildeten Frauen, sich der Erziehung sittlich Gefährdeter mehr als bisher zu widmen. Leider scheint Herr Krohne dabei zu übersehen, daß die preussische Gesetzgebung dem Schwierigkeiten in den Weg legt, nicht nur indem sie die Frauen an der öffentlichen Betätigung hindert, sondern indem sie sogar deren Mitwirkung an der kommunalen Armen- und Waisenpflege aufs äußerste einschränkt. Werden doch die Frauen nicht einmal als vollberechtigte Mitglieder in Waisendeputationen zugelassen, wo sie eine segensreiche Tätigkeit entfalten könnten! Die Regierung sollte die Konsequenz aus der Rede ihres Vertreters ziehen und endlich die Gesetze aus der Welt schaffen, welche die Frauen zu Staatsbürgern zweiter Klasse machen.

Nach Erledigung des Etats begann die Besprechung der beiden vom Zentrum und den Freisinnigen eingebrachten Interpellationen über das Unglück auf der Grube Reden. Der vorgelesenen Zeit wegen kam nur der Begründer der freisinnigen Interpellation, Abg. Goldschmidt, zu Worte, der in engem Anschluß an die Mittelungen des „Vorwärts“ über den entsetzlichen Unfall die Regierung nach den Ursachen derselben fragte, sich gegen die Sparlichkeit der Verwaltung an falscher Stelle wandte und die Anstellung von Grubenkontrolloren aus der Arbeiterklasse forderte.

Am Sonnabend wird zunächst die Interpellation des Zentrums begründet werden. Dann wird Minister Delbrück die Interpellationen beantworten. Man darf gespannt sein zu hören, was dieser Regierungsvertreter über die Fürsorge — für Preußens Vergessenen zu sagen haben wird.

Die rein regierende Sozialdemokratie.

Die größte Wahllüge, die vom Reichsverband und den von ihm abhängigen Personen mit Eifer solportiert wurde, daß die Sozialdemokraten immer nur ablehnen, aber keine positive sozialpolitische Arbeit leisten, wird von den Vertretern der bürgerlichen Parteien selbst so oft widerlegt, als sie Versuche machen, sozialpolitische Anträge zu stellen. Ihr eigenes ernstliches Hirn reicht nicht aus, etwas zu entdecken, was zum Wohle der Arbeiter dienen könnte. Da suchen sie sich denn zu helfen, indem sie zu Anträgen und Vorschlägen greifen, die unsere Genossen im Reichstage gestellt haben, und suchen diese in etwas verschlechterter Form einzubringen. So machte es 1897 der Führer des Bundes der Landwirte, als er einen Entwurf zum Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz einbrachte, und ebenso macht es jetzt Camp mit seinem Antrage. Er wollte die Versicherung auf die Kleinbauern ausdehnen und beantragte, in § 1 des Gesetzes eine Differenz einzufügen. Er nahm den Wortlaut des Antrages Bebel, Nr. 149 der Drucksachen 1888/89, und ersetzte das Wort „Einkommen“ durch das Wort „Arbeitslohn“. Dadurch wären nun aber nicht nur die Kleinbauern und Handwerker, sondern auch alle Rentiers, die weniger als 2000 M. mit Arbeiten verdienen, in die Versicherung hineingefallen.

Eine ähnliche Ungeschicklichkeit macht Camp mit seinem Antrage. Die Vereinfachung und Zusammenlegung der drei Versicherungszweige ist eine alte Forderung unserer Partei! Also Differenz 1 seines Antrages hat er von den Sozialdemokraten — entlehnt. Aber die Anträge und Vorschläge unserer Genossen sehen voraus, daß der Kreis der Versicherten ein gleicher ist. Bei Schaffung der Gesetze sowie bei allen Reformen der Versicherungsgesetze haben unsere Genossen beantragt, diese elementare Vorbedingung für die Zusammenlegung der drei Versicherungszweige zu schaffen. Gleichzeitig beantragten sie die Versicherung auf Kleingewerbetreibende und Privatbeamte auszudehnen. Soweit folgt also Camp den Vorschlägen unserer Genossen. Aber unsere Genossen gingen weiter. Sie verlangten die Ausdehnung der Versicherung auf Arbeiter zur Rettung von Personen und Sachen, ferner auf Personen, die in Anstalten für Kunst, Wissenschaft, der Körperpflege, bei Sportunternehmungen usw. beschäftigt sind.

Diesen Teil der sozialdemokratischen Anträge hat Camp sich wohl für spätere Zeiten aufbewahrt, oder, falls die Genossenschaftsmitglieder überlassen, die auch etwas positiv Arbeit leisten wollen. Aber Camps Antrag muß an der Unübersichtlichkeit scheitern. Er läßt die Landarbeiter auf der Krankenversicherung, die Diensthoten auf der Kranken- und Unfallversicherung heraus! Die Annahme des Campschen Antrages würde zur Folge haben, daß es Versicherte gibt, die nur Anspruch auf Alters- und Invalidenrente haben, andere, die außer Anspruch auf Alters- und Invalidenrente noch Anspruch auf Unfallrente, aber keinen Anspruch auf Krankengeld haben. Die Unfallrente würde teils noch tatsächlich verdienten Löhnen, teils ortsüblichen Tagelöhnen, teils nach den von den Verwaltungsbehörden festgesetzten Werten, teils nach vom Reichsfiskus festgesetzten Steuern festgesetzt. Es würde eine so komplizierte Maschinerie erforderlich sein, die hundertfache Versicherung durchzuführen, daß die Verwaltungskosten noch höher werden würden, als sie jetzt schon sind. Camp will aber die Landarbeiter und Diensthoten von der Kranken- resp. Kranken- und Unfallversicherung ausschließen, um für die Agrarier einige Pfennige Beitrag zu sparen!

Differenz seines Antrages, die Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente ist wiederum dem sozialdemokratischen Arsenal entlehnt. Er findet sich als Antrag Bebel und Genossen in den Drucksachen für 1888/89 und als Antrag Kuer und Genossen, Nr. 100 in den Drucksachen 1895/97. Dort wurde freilich die Herabsetzung der Altersgrenze auf das 60. Lebensjahr gefordert. Dieser Antrag wurde später nicht wiederholt, weil festgestellt ist, daß sowohl in Staatsbetrieben als in der Landwirtschaft den älteren Leuten die Rente durch Lohnkürzungen wieder entzogen wird.

Unsere Genossen verlangen dafür leichtere Erlangung der Invalidenrente, so daß die Leute, die durch Verfall ihrer Körperkräfte nicht mehr in der Lage sind, die Hälfte von der Summe zu verdienen, die gleichartige Arbeiter haben, ohne Rücksicht auf ihr Alter Rente erhalten sollen!

Also was brauchbar ist, hat Camp aus den Anträgen der Sozialdemokraten entnommen, und was er selbst gemacht hat, ist unbrauchbar! Stellen die Sozialdemokraten die Anträge, dann heißen sie nach dem geschmackvollen Ausdruck des Reichsfiskus „nörgelnde, unfruchtbare Kritik“, wenn aber ein sozialdemokratischer Antrag verschlechtert von anderen Parteien oder gar als Regierungsentwurf eingebracht wird, dann ist es eine soziale Grobheit!

Liberalismus und Sozialismus.

Das „Welt-Tagblatt“ bracht aus einem Artikel, von Genosse Jaurès in der neuesten Nummer der Halbmonatsschrift „Mars“ veröffentlicht hat, längere Teile ab, in denen auch folgende Stelle vorkommt:

„Hier aber tut sich eine andere Frage auf. Wenn Deutschlands bürgerlicher Liberalismus eine lebendige Kraft sein will, wenn er kraftvoll danach strebt, ein Programm zu entwickeln, worin politische Freiheit, konstitutionelle Kontrolle und Friede stehen: darf die deutsche Sozialistenpartei ihn dann unterstützen? Ich stelle die eine heikle Frage, denn ich weiß, die Sozialisten sind noch ganz erbt und zornig von der Schläge, die sie gegen die zu Regierungsverbänden Liberalen durchgeföhrt haben, und um sich über diesen Groll zu erheben, dazu wäre wohl eine übermenschliche Spannkraft nötig.“

Gleichwohl will ich's wagen, alles zu sagen, was ich denken meiner Meinung nach sollte die deutsche Sozialdemokratie zuerst vorgehen und einen schönen politischen Schritt tun: sie sollte dem bürgerlichen Liberalismus gegenüber so handeln, als ob er eine ernsthafte, aufrichtig Kraft wäre, sie sollte zu den Liberalen und Demokraten sprechen:

„Ihr behauptet, ihr wollt ernstlich die politische Freiheit in die Demokratie? Beweist es und fordert in allen Landtagen wo ihr Einfluß habt, das allgemeine Wahlrecht! Ist eine gerechtere Wahlkreisverteilung bei den Reichstagswahlen! — Ihr behauptet, ihr wollt die Entwicklung der Geistesfreiheit? Beweist es und kämpft wirklich alle Parteien des Obskurantismus, sichert die Laienfreiheit der aller Konfessionen ledigen Schule in Bezug den Staat von allen Kirchen! Tut ihr nicht, dann schließt ihr den Liberalismus nur vor und halt bloß einen Zwist der Regierung mit dem Zentrum heutig um Euch in den Dienst der Regierung einzuflechten! Dagegen: tut ihr's, versucht ihr ernstlich, eine konstitutionelle demokratische Regierungsweise in Deutschland einzuföhren, und stüht und betätigt ihr ein Programm des Friedens, des allgemeinen Wahlrechts, der politischen Freiheit und der Kassierung; dann wollen wir euch mit der ganzen ungebrochenen Kraft des Proletariats helfen, die Anföhre der Reaktion zu bestehen. Wir werden nach wie vor unser Ideal der sozialen Umwandlung behaupten und ausbreiten; wir werden euch bekämpfen; nie aber um euch der Reaktion auszuliefern, und ihr laßt keine Gefahr, zwischen zwei Feuer zu kommen.“

Der Artikel beweist, daß Genosse Jaurès die deutsche Parteiverhältnisse — wie das bei einem Ausländer auch keineswegs unerklärlich ist — doch nicht so genau kennt, um die politische Situation richtig beurteilen zu können.

Der Rat, den uns Genosse Jaurès gibt, ist an sich durchaus nicht übel; nur schade, daß er bereits vor mehr als 40 Jahren von einem gewissen Ferdinand Lassalle der damals erst im Entstehen begriffenen sozialistischen Arbeiterbewegung gegeben und seit mehr als vier Jahrzehnten von der Sozialdemokratie befolgt worden ist! Die deutsche Sozialdemokratie ist während dieser Jahrzehnte unablässig bemüht gewesen, den deutschen Liberalismus vorwärts zu treiben, um mit ihm gemeinsam erst einmal die demokratischen Grundforderungen in Deutschland durchzuführen. Leider aber hat sich der deutsche Liberalismus selbst in seiner ärgsten Linken immer mehr nach rechts entwickelt. Die Zahl der wenigen freisinnigen Politiker, die gegen den Strom zu schwimmen veruchten, haben sich politisch immer mehr isoliert und zu immer größerer Einflußlosigkeit verurteilt. So hat der letzte wirkliche freisinnige Herr Dr. Theodor Barth, sogar seine Wochenchrift ausgeben müssen, da das Händeln seiner Anhänger im Reich immer mehr zusammenkam.

Ueber die Tatsache dieser reaktionären Entwicklung des Freisinnigen gibt es zurzeit in der deutschen Sozialdemokratie keinerlei Meinungsdivergenzen. So erklärt beispielsweise in derselben Nummer der Halbmonatsschrift „Mars“ der Genosse Heine, daß bis jetzt die „Kraft des Jungliberalismus“ nicht der Fortschritt des Liberalismus zu einer „kraftvollen demokratischen und sozialen Reformpolitik“, sondern eine „Entwicklung der freisinnigen Partei in der Richtung zum Nationalliberalismus“ — den Heine kurz vorher als verhängnisvollen Konterrevolution bezeichnet hat — gewesen sei. Heine sagt weiterhin:

„Einer der wenigen praktischen Differenzpunkte in der Sozialdemokratie betraf das Verhältnis zu den bürgerlich-freisinnigen Parteien. Amir dachte kein „Revisionist“ daran, die Sozialdemokratie mit dem Freisinn zu „verschmelzen“, und kein „Radikaler“ bestrebt je, den eine starke bürgerlich-demokratische Partei ein großer Vorteil für das deutsche Volk wäre, und daß wir mit ihr in diesen Punkten zusammenarbeiten müßten; aber die Hoffnungen, die auf den ent-

schiedenen Liberalismus gesetzt wurden, mögen zeitweilig bei einigen „Reaktionisten“ größer gewesen sein. Fast nicht es aus, als ob gerade in dieser Frage der Reformismus recht behalten sollte.

Genosse Jaurès wird also begreifen, daß sein gut gemeinter Rat für die Sozialdemokratie um einige Jahrzehnte zu spät kommt! —

Deutsches Reich.

Fraktionsschicksale.

Der Rückschlag in der Mandatszahl, den die sozialdemokratische Fraktion in der letzten Wahlperiode erlitten, legt die Frage nahe, welche Schicksale andere Parteien in gleicher Weise erlitten haben. Und da zeigt sich, daß es verschiedenen bürgerlichen Parteien zeitweilig recht schlecht gegangen ist und z. B. die Nationalliberalen sogar niemals wieder zu ihrer Stärke gelangten, die sie in den Reichstagen der 70er Jahre hatten.

Die Nationalliberalen ständen auf dem Höhepunkt ihrer Macht in der Reichstagsperiode von 1874—1877. Damals erlangten sie eine Stärke, wie keine Partei sie vor- oder nachher erlangt hat. Sie zählten 150 Mitglieder; sie bildeten also fast allein die Mehrheit des Reichstages. 1877 sanken sie auf 128 Mitglieder; 1878 nach der Auflösung des Reichstages infolge der Äntentate sanken sie auf 97; 1884 waren sie auf 50 gesunken, 1890 erreichten sie 40; sie waren also jetzt nur noch etwas über ein Viertel so stark, wie 1874. 1893 stiegen sie wieder auf 45 und sie haben gegenwärtig 59 Mitglieder, etwas mehr als ein Drittel der Zahl von 1874. Daß sie niemals wieder auch nur annähernd die Stärke der 70er Jahre erlangen, ist ausgeschlossen, obgleich sie mittlerweile Konserervative und Agrarier als Hilfsgruppen bei den Wahlen gestellt bekommen.

Die Freisinnigen hatten 1884 60 Abgeordnete, 1887 sanken sie auf 31, 1890 waren sie wieder auf 64 gewachsen, die höchste Zahl, die sie überhaupt erreichten. 1898 sanken sie auf 21; außerdem erlangte die freisinnige Vereinigung, die sich mittlerweile gebildet hatte, 11 Mandate. Im letzten Reichstag hatte die freisinnige Volkspartei 25 Mandate, die freisinnige Vereinigung 11. Bei den Kommunalwahlen haben sie eine Verstärkung um ungefähr 8 Mandate erfahren. Beide Fraktionen einschließlich der süddeutschen Volkspartei haben aber bei weitem nicht wieder die Stärke von 1890 erreicht, wo dieselben zusammen 74 Köpfe stark waren. Als drei Fraktionen zusammen erreichen nicht einmal 80 Köpfe. Die Süddeutsche Volkspartei, die 1890 10, 1893 11 Mitglieder zählte, 1887 mit Ausnahme des bayerischen Abgeordneten ganz aus dem Reichstag verschwunden war, zählt heute 9 Mitglieder, also auch noch zwei weniger als 1893.

Diese Zahlenaufstellung zeigt unvorderleglich, daß der deutsche Liberalismus aufgehört hat, eine politische Macht zu sein, und die Politik, die er jetzt treibt, wird ihm endgültig den Hals brechen. Die ganze bürgerliche Klasse ist im neuen Reichstag nur Zweidrittel so stark, als im Jahre 1874 die Nationalliberalen allein!

Die Konservativen gegen den Liberalismus.

Der „Hannoversche Kurier“ hatte die Annahme beiseite, für den Liberalismus für sein Zukunftsdenken mit der Regierung gewisse liberale Zugeständnisse zu verlangen. Dieser Artikel entfesselt aber sofort den Ingrimm der „Kreuzzeitung“. Wenn das nationalliberale Organ meinte, daß ohne den Liberalismus im neuen Reichstage nicht zu regieren sei und daß deshalb die Regierung auch auf den unentbehrlichen Liberalismus Rücksicht nehmen müsse, so sei das eine Unverschämtheit. Wenn die Regierung parteipolitische Zugeständnisse machen wolle, so hätte sie ja ebensogut das Geschäft mit dem Zentrum machen können. Die Nationalliberalen sollten, statt Forderungen zu stellen, erst einmal zu Wege bringen, daß die freisinnigen Parteien bei der nationalen Stange hielten und sich vor Seitenzügen zur Sozialdemokratie wahren. Habe doch Herr Barth festgestellt, daß die Freisinnigen in zwanzig namenhaften Abstimmungen der letzten Reichstagsession sechzehnmal mit den Sozialdemokraten, die Nationalliberalen selbst aber sechzehnmal mit dem Zentrum gegangen seien!

Der arme Liberalismus! Er wird also, um es seinen konservativen Verbündeten recht zu machen, künftig jedesmal mit den Junkern zusammengehen müssen! Irrendwelsche Konzessionen für diesen Prinzipienverrat würde er aber auch dann nicht fordern dürfen, denn die Regierung hat ja mit dem Zentrum nur deshalb gebrochen, um einzelnen Parteien keine Zugeständnisse machen zu müssen! —

Genosse Singer schreibt uns: „Nachdem die „Information“ ihre Klage über den Champagnerabend von Wedel und Singer im „Roland“ endlich eingestanden hat, hängt das edle Organ der Verächtlichung des Genossen Wedel folgende neue Schmutzerei an: „Nebenworts was ist mit Singer? ... War der auch nicht im „Roland von Berlin“?“

Für jeden anständigen Menschen war natürlich durch die Erklärungen des Genossen Wedel — die sich naturgemäß auch auf mich bezogen — klar, daß weder Wedel noch ich den Geburtstag des Kaisers im „Roland“ bei Selt gefeiert haben.

Um jedoch dem Wissensdrang der „Information“ zu genügen, erkläre ich, daß ich am 27. Januar nicht im „Roland“ war und daß der Gewährungsmann der „Information“ ebenso wie Wedel auch mich nur im Champagner-Nebel gesehen haben kann.

Meine Meinung über die „Information“ und deren Gewährungsmänner, die in ebenso „nobler“ als „ehelicher“ Weise das Privatleben der sozialdemokratischen Abgeordneten bespitzeln, fasse ich in die — damals an die Minister gerichtete — Einladung des verstorbenen konservativen Abgeordneten D. Dietz-Daber zusammen: „Die Herren können uns sonst was.“

Der Abgeordnete Noeren, bekanntlich Oberlandesgerichtsrat, hat nach dem Berliner Tageblatt seinen Abschied aus dem Staatsdienst erbeten. Das freisinnige Blatt behauptet, dieses Ausscheiden aus dem Staatsdienst sei durch seine maßlose Schroffheit gegen den „grünen Affeser“ Dräcker und seine Angriffe auf den Bezirkssamtmann a. D. Geo. A. Schmidt, die sich als haltlos herausgestellt hätten, notwendig geworden. Auch die Enthüllung seiner Verurteilung, sich als Nebenregierung aufzuspielen, habe wohl zu seinem Entschluß beigetragen.

Das Noerens-Angriffe gegen Herrn Geo. A. Schmidt sind als „haltlos“ herausgestellt, ist uns bis jetzt nicht bekannt geworden. Herr Geo. A. Schmidt hat lediglich bestritten, was Noeren von ihm behauptet hatte. Hoffentlich aber erachtet es Herr Noeren als seine parlamentarische Pflicht, diese Affäre endlich öffentlich, sei es im Reichstag, sei es in anderer Form zum Ausdruck zu bringen. Da das Zentrum von der neuen Regierungsmehrheit sowohl wie von der Regierung bisher nur Rosenblätter erhalten hat, wird es eine übermenschliche Kraft erfordern, wenn es nicht endlich einmal gründlich der ganzen Kolonialkorruption zu Leibe gehen würde. Man wird ja sehen, ob die Zentrumsfraktion aus lauter solchen Helden besteht, wie Herrn Erzberger! —

Agrarische Enteignungsschmerzen.

Unsere Palatien erstehen befallig ein Enteignungsgefesse, um die „polnischen Kaminchen“ gewaltsam von Haus und Hof zu treiben zu können. Kamenstid unsere Nationalliberalen!

Schwärmen für diese Idee. Unsere Agrarier haben jedoch plötzlich ein Paar in dieser Enteignungspolitik gefunden. Sie anerkennen zwar, daß die bisherige Polenpolitik so gut wie nichts genützt hat, sie geben ferner zu, daß durch die Anläufe der An siedelungskommission die Boden- und Güterpreise bestial in die Höhe getrieben worden sind. So der Preis für das Gekkar von 500 M. im Jahre 1886 auf 1410 M. im Jahre 1906! Eine „angemessene“ Preisberhöhung sei ja, so schreibt die „Deutsche Tageszeitung“, eine natürliche Begleiterscheinung der Kultur. „Sie hintanzuhalten, wäre unzumutbar, bedenklich und unbillig.“ Das müsse unbedingt festgehalten werden. Immerhin müsse zugegeben werden, daß diese Erhöhung im Gebiete der An siedelungskommission sehr stark und bei weitem übernormal gewesen sei. Um diesem Uebelstand abzuhelfen, solle nun der An siedelungskommission das Enteignungsrecht verliehen werden. Gegen ein solches Enteignungsrecht sprächen eine Reihe von formalen Bedenken. Aber die sachlichen Bedenken fielen noch schwerer ins Gewicht. Sei doch zu bezweifeln, daß das Enteignungsrecht der Kommission preisbrückend wirken müsse. Deshalb möge man an seine Durchführung nur dann denken, „wenn eine eminente nationale Gefahr vorliege, die durch andere minder bedenkliche Mittel nicht abgewendet werden könne.“

Die hiedern Strohdachflüchtenden zeigen hier ihre wahre Gesicht. Die Polenpolitik, die Güteraufkäufe waren für sie nicht in erster Linie ein Mittel zur Entourzung des polnischen Grundbesitzes, sondern ein Mittel, die Güterpreise auch für verachtete germanische Junkerzirkeln maßlos in die Höhe zu treiben! Zahlreiche deutsche Großgrundbesitzer haben ihre Güter an die An siedelungskommission verkauft und dabei einen Riesenerlös gemacht! Kommt nun das Zwangsenteignungsgefesse, so werden natürlich polnische Besitzungen enteignet werden. Unsere germanischen Junker aber haben keine Gelegenheit mehr, ihre Güter zu Bucherpreisen an die An siedelungskommission loszuschlagen. Deshalb auf einmal ihre ernstlichen Bedenken! —

Dernburg und die evangelischen Arbeitervereine.

Der bekannte Eigentümlich Weber in D. Gladbach ist so entzückt über den Ausfall der Reichstagswahl, daß er alle Welt im Namen der evangelischen Arbeitervereine, deren Verbandsvorsitzender er ist, antelegraphiert. So hat er dem Kaiser seine Glückwünsche angedrückt, dann dem König von Sachsen, weiter dem Fürsten Bischof und endlich auch Herrn Bernhard Dernburg. Der Kolonialdirektor hat dem geschätzten Sekularanten ein Schreiben geschickt, worin er ausdrückt, daß ihm die Glückwünsche der evangelischen Arbeiter zu dem Ausfall der Reichstagswahl eine große Freude bereitet hätten, und daß er dafür seinen besten Dank ausspreche. Weiter heißt es dann: „Mit Interesse habe ich das Programm des vierten sozialen Ausbildungskurses der evangelischen Arbeitervereine verfolgt. Meines besten Wunsches begleiten Ihre segensreiche Arbeit.“

Was es mit der „segensreichen Arbeit“ des Posters Weber und insbesondere mit dem Ausbildungskursus seiner Arbeitervereine auf sich hat, zeigen die Mitteilungen des evangelisch-sozialen Kongresses, worin es bezüglich des Weberischen Ausbildungskursus heißt:

„Das Verfahren gleicht, wie leider die Erfahrungen der letzten Jahre immer mehr bestätigt haben, zu sehr einer „Schneelöcher“ — um den Ausdruck eines hervorragenden Sozialreformers zu gebrauchen. In vier bis sechs Wochen sollen Arbeiterführer herangebildet werden. Die ausgebildeten Kurstisten gerieren sich vielfach als angestudierte Herren, statt die feste Mahnung und Warnung einschüchternden Dozenten zu beherzigen, die bei keinem Kursus gefehlt hat: weniger zu reden und zu lehren, vor allem weniger zu agitieren und dafür in aller Ruhe weiter zu lernen und zu studieren. ... Wir haben den Eindruck, als suche man mit dieser unermüdlichen Aufeinanderfolge der Kurse nicht die Zwecke wissenschaftlicher Aufklärung in den dringendsten sozialen Fragen, als wolle man nicht evangelische Arbeiter zu einem sicheren und begünstigten Urtell über unser wirtschaftliches und soziales Leben, über Arbeiterrechte und -pflichten anleiten, sondern als sollten vielmehr allerlei politische Redensarten verfolgt werden, als wolle man um jeden Preis rasch Leute fertig machen, in Versammlung und Presse ein paar agitatorische Worte zu reden und für Parteien, vor allem die christlich-sozialen, zu arbeiten. Solche Kurse sind für uns kein Bedürfnis, so dringend die Arbeiterbildungsfrage für uns Evangelische bleibt. Solche Arbeiterführer werden keine Schlachten gewinnen. Wie es gemacht werden muß, können wir in aller würdendwerten Deutlichkeit sowohl von den Sozialdemokraten wie von den Katholiken in D. Gladbach lernen!“

Der Papst und die deutschen Reichstagswahlen.

Wie die Zentrumsprelle mittelst, hat Papst Pius X. regen Anteil an den deutschen Reichstagswahlen genommen. Zu einem ihm sehr nahestehenden Geistlichen machte er gleich nach der Auflösung des Reichstages folgende Bemerkung:

„Es würde mir außerordentlich leid tun, wenn das Zentrum bei den Wahlen auch nur einen Sitz verlor. Ich werde alle Tage in der hl. Messe beten, daß diese tapferen Männer alle wieder auf ihren Posten zurückkehren.“

An dem für das Zentrum günstigen Wahlausgange scheinen uns doch andere Umstände als die Gebete des Papstes schuld zu sein. —

Die Vorschriften des Bundesrats über die Einrichtung und den Betrieb der zur Anfertigung von Zigaretten bestimmten Anlagen enthalten insofern eine Verbesserung der bestehenden Bundesratsverordnung, als jetzt ein Luftraum von mindestens zehn Kubikmeter für jede beschäftigte Person gefordert wird.

Die Verordnungen vom 8. Juli 1893 und vom 9. April 1905 forderten nur einen Luftraum von sieben Kubikmetern. Hygieniker und auch das Reichsgesundheitsamt behaupten, daß mindestens ein Luftraum von 15 Kubikmetern vorhanden sein muß, wenn die Gesundheit der Arbeiter nicht gefährdet werden soll.

Von acht Wülow'schen sozialpolitischem Geist zeugt die Behandlung der Zigarettenarbeiter. Früher fand die Verordnung auf Zigarettenfabriken Anwendung. Dann beschritt ein bester Zigarettenfabrikant den Rechtsweg, und da erkannte das Kammergericht, daß die Verordnung auf Zigarettenfabriken keine Anwendung finde. Statt nun die Verordnung entsprechend zu ändern, bleibt die Lücke bestehen. Frauen, die Zigaretten rippen, dürfen in tiefen Kellern, auf Böden mit unerschalteten Dächern, in Räumen, wo Darrten stehen, arbeiten, wenn der abgerippte Tabak zur Zigarettenfabrikation verwendet werden soll. Für Zigarettenarbeiter ist kein Mindestluftraum vorgeschrieben. Obwohl alle Umstände, die den Erlaß der Verordnung herbeiführten, für Zigarettenfabriken auch bestehen, wird den in diesen Fabriken beschäftigten Frauen und Mädchen der Schutz nicht gewährt. Bei Beratung des Zigarettensteuergesetzes wurde auf diese Umstände hingewiesen. Aber für sozialpolitische Maßnahmen ist unter der Führung des Fürsten Wülow noch weniger Stimmung, als bei seinen Vorgängern!

„Das Reich.“ Der Verlag der „nationalen Tageszeitung“ für soziale Reform: Das Reich“ scheidet folgende Betätigung:

An die Redaktion des „Vorwärts“	Hier
Einschreiben	Einschreiben
In Ihrem Blatte vom 16. d. Mts. trüben Sie unter der Ueberschrift Die Stöckerwille durch Scharfmachermittel saniert“ mit, daß die Zeitungen „Reich“ und „Staatsbürger Zeitung“ vom „Deutschen Verlage“ ausgehalten werden würden.“ Diese Nachricht ist un wahr, wahr ist, daß wir mit dem „Deutschen Verlage“, wie wir sofort in unserer Blatte mitteilen (was Sie aber Ihren Lesern nicht mitteilen), einen einfachen Verlagsvertrag abgeschlossen haben.	„Das Reich“ G. m. b. H.

Der Verlag des „Reich“ hätte, statt sich zu entziehen, den „Vorwärts“ vom 17. d. M. nachlesen sollen. Sofort, nachdem wir in der Zwillingsschweizer des „Reich“, der „Staatsbürger Zeitung“ die Notiz gefunden hatten, daß unsere Mitteilung vom 16. d. M. nicht richtig sei, haben wir sie berichtigt. Deutlich heißt es in Nr. 41 des „Vorwärts“:

„Die ehrsame „Staatsbürger Zeitung“ fühlt sich tief gekränkt, daß wir gestern meldeten, sie werde durch Scharfmacher „saniert“ und künftig vom Deutschen Verlage ausgehalten werden. „Wir haben“, schreibt sie, „schon erklärt und wiederholen angelehnt der Vorbedingungen des Organs der Umstürzer die Erklärung, daß wir politisch mit den „Berliner Neueste Nachrichten“ und ihren etwaigen uns ganz unbekanntem „Internatinnern“ gar nichts zu schaffen haben. Aus Gründen, die nur geschäftliches, aber keinerlei politisches Interesse haben, haben wir in vollem Frieden unseren bisherigen Verlagsvertrag gelöst und haben mit dem Deutschen Verlage einen rein geschäftlichen Verlagsvertrag geschlossen, da der Deutsche Verlag eine große und leistungsfähige Zeitungsdruckerei besitzt.“

Die Mahnung des Verlages ist also völlig überflüssig. Vielleicht aber nimmt er Veranlassung, der Redaktion des „Reich“ zu empfehlen, daß sie Berichtigungen anderer Blätter ebenfalls prompt aus eigenem Antrieb aufnimmt. —

Künftige Konsumvereinsbeschränkung. Der Gemeinderat in Lungwitz bei Kreiße (Sachsen) hatte den Valermeister Müller, der auch Mitglied des Konsumvereins Kreiße ist, zum Gemeindevorsteher gewählt. Der Mann wurde darauf zum Amtshauptmann befohlen, der im erklärte, es sei der Amtshauptmannschaft unmöglich, ihn als Gemeindevorsteher zu bestätigen, weil er dem sozialdemokratischen Konsumverein angehöre. Müller versuchte nun, dem Amtshauptmann klar zu machen, daß er nur aus wirtschaftlichen Gründen dem Konsumverein angehöre. Es half ihm aber alles nichts! Er fand keine Gnade vor dem Amtshauptmann Dr. Mehnert, der ruidweg erklärte, der Konsumverein Kreiße stehe unter „sozialdemokratischer Leitung“ und aus diesem Grunde dürfe ihm ein Gemeindevorsteher nicht angedehnt. Wollte er (Müller) als Gemeindevorsteher bestätigt sein, so müsse er auf alle Fälle erst aus dem Konsumverein austreten! Diese Erklärung des Amtshauptmanns hatte nun auch den Erfolg, daß Müller aus dem Konsumverein austrat. Darauf ist er bestätigt worden! Das ist nun schon der zweite derartige Fall an Ort. Im ersten Falle hat der Betroffene (Himmerey Zeißner) dem Herrn Amtshauptmann gezeigt, daß ihm die Konsumvereinsmitgliedschaft lieber ist als der Posten eines Gemeindevorsteher. Er wurde dann auch nicht bestätigt! Im letzten Falle ist aber die Behörde als Sieger hervorgegangen!

Aus der Kaserne. Vor dem Weeslauer Kriegsgericht der elften Division unter Vorsitz des Majors Kausch stand angeklagt der Unteroffizier Lange vom Trainbataillon 6 in Breslau der Soldatenmishandlung und vorchristlichwidrigen Behandlung. Nach Auslage des Trainbataillon Ernst Wehl habe der Unteroffizier den Mann am 24. Januar während des Stadtdienstes (warum kann der Mann sich nicht erklären) mit der Faust einen kräftigen Schlag unter den Kinn gegeben. Dann rief er ihm zu: „Bist Du noch nicht gleich weg!“ und bezogte ihm einen heftigen Prügel in den Unterleib. Als der Mann sich unter Leibschmerzen wand und jammerte, rief der Unteroffizier dem Soldaten zu: „Stehst Du noch nicht gleich still, komm mal her!“ und schrieite ihn wieder. Der Unteroffizier gibt nur zu, den Mann mit „Du“ angeredet und geohrfeigt zu haben, weil er an ihn angetroffen habe, was der Gemeindevorsteher befreite. Der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Diehl, meint, der Unteroffizier werde wohl den Mann nicht ohne Grund zur Erregung geschlagen haben, aus Wollust schlage wohl niemand, vielleicht habe er ihn aus Versehen angefohlen, aber weil er mit dem Duz Strohhalmes fortgeschafft. Gleichwohl beantragte er zehn Tage Mittelarrest. Das Kriegsgericht erkannte auf vierzehn Tage Mittelarrest, indem der Verhandlungsführer, Kriegsgerichtsrat Siehe, in der Urteilsbegründung das Verhalten des Unteroffiziers scharf rügte. Das Gericht sei über das beantragte Strafmaß hinausgegangen, weil das Verhalten des Unteroffiziers sich als ziemlich rohes geoffenbart habe. —

Feldzug gegen ein Witzblatt. Eine Vertreterversammlung der Kriegervereine des Landkreises Bonn am Rhein nahm dieser Tage unter dem Vorsitz des Königl. Landrats Grafen von Galen Stellung gegen den „Simplifizimus“. Ueber den Antrag auf Ausschließung der Zeitschrift „Simplifizimus“ aus den Vereinslokaltäten“ referierte, wie die Vomer „Deutsche Reichszeitung“ schreibt, der Schriftführer. Er ging davon aus, daß „es mit dem Wesen der Kriegervereine nicht vereinbar sei, eine derartige Zeitschrift in den Lokaltäten der Kriegervereine auszuliegen“. Sein Vorschlag, fernerhin den „Simplifizimus“ aus den Vereinslokaltäten auszuschließen, fand nach einigen bezüglichen Bemerkungen des Vorsitzenden Grafen Galen einstimmig die Zustimmung der Versammlung.

Das Rändener Witzblatt soll also in sämtlichen Orten des Landkreises Bonn aus den Sitzungslokalen der Krieger entfernt werden. Es ist kaum anzunehmen, daß die Witze dem unterworfenen Anstimm einer Keinen Mindeheit ihrer Gäste in merklicher Zahl sich widersehen werden. Jedenfalls zeigt der unter Mitwirkung des königlichen Landrats gefasste Beschluß, daß die Siebe des Witzblattes gefesselt haben.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse. Wegen Beleidigung des Königs von Sachsen wurde der Fabrikarbeiter Stierzel in Rottenkirchen vom Landgericht Plauen zu zwei Monaten zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Die Beleidigung hatte er in der Trunkenheit begangen.

In Sachsen werden nach einer kürzlich veröffentlichten Regierungserklärung Beleidigungen des Königs nur mit dessen Zustimmung verfolgt. Auf diese Weise soll dem Anwachsen der Majestätsbeleidigungsprozesse vorgebeugt werden.

Landtagswahl. Bei heutigen Landtagswahl in Wehl (Kreis 2) wurde Rentner Theodor Wingen in Bonn (Zentrum) mit 342 von 343 abgegebenen Stimmen gewählt.

Parlamentarisches.

Dem Reichstage sind folgende wichtige Anträge zugegangen: Antrag des Grafen v. Hompesch, Dr. Schädler, Dr. Spahn, Gröber. Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen:

- 1) tunlichst bald einen Gesandtschaftsbesandlung betreffend Kenderung der Gewerbeordnung vorzulegen, in welchem vorgeschrieben wird, daß besondere Beamte für die Baukontrolle (§ 139b) in genügender Zahl angestellt und gewählte Vertreter der Arbeiter bei der Kontrolle zugezogen werden;
- 2) Verordnungen zum Schutze der Bauarbeiter auf Grund des § 139c der Gewerbeordnung zu erlassen;
- 3) zur Sicherung einer zweckmäßigen Gestaltung der Vorschriften sub a und b vor Erlaß derselben beteiligten Arbeitgebern und Arbeitnehmern unter besonderer Berücksichtigung der bezüglichen gesetzlichen Vertretungen (Handwerkskammern, Innungsverbände, Gesellenvereine usw.) Gelegenheit zu gutachtlicher Äußerung zu geben.

Antrag der Herren v. Staudy, Graf v. Carmer-Oren, v. Raiban, Reichert u. Wartenberg und Penzlin. Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage noch in der gegenwärtigen Session einen Gesandtschaftsbesandlung vorzulegen, durch welchen die Indussteuer von 14 Mark auf höchstens 10 Mark für den Doppelgenner herabgesetzt wird.

Antrag des Grafen v. Hompesch, Dr. Schädlcr, Dr. Spahn, Gröber. Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen um Vorlegung von Gesetzentwürfen und um Anordnungen zu ersuchen, welche bezwecken:

bezüglich der Privatbeamten:

1. Ausdehnung der Erhebungen der Kommission für Arbeiterstatistik auf die Verhältnisse aller Privatbeamten;
2. Errichtung von Ausschüssen der Privatbeamten in größeren Betrieben;
3. Vertretung der Privatbeamten in den zu schaffenden Arbeitskammern;
4. Schaffung einer gesetzlichen Aufsicht über die Durchführung der Schutzbestimmungen zugunsten der Privatbeamten;
5. Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung auf Privatbeamte in angemessenen Grenzen;
6. Einführung einer staatlichen Pensions- und Hinterbliebenenversicherung für Privatbeamte;
7. Sicherung der Dienstkautionen der Privatbeamten im Konkurs des Arbeitgebers;

bezüglich der technischen Angestellten:

rechtl. Gleichstellung der technischen Angestellten mit den kaufmännischen Angestellten.

Ausland.

Schweiz.

Trennung von Kirche und Staat im Kanton Genf.

Genf, 18. Februar. (Eig. Ber.) Die vom Großen Rat (Landtag) für die Frage der Trennung von Kirche und Staat bestellte besondere Kommission hat folgende Gesetzentwürfe für das Plenum ausgearbeitet:

Art. 1. Die Kultusfreiheit wird gewährleistet. Staat und Gemeinden besolden und subventionieren keinen Kultus. Niemand kann gehalten werden, durch Steuern zu den Ausgaben eines Kultus beizutragen. Art. 2. Die Ausübung der Kulte und die Organisation der Kirchen vollzieht sich auf Grundlage der Versammlungsfreiheit und des Vereinsrechtes. Die Kulte sollen sich den allgemeinen Gesetzen sowie den Polizeiverordnungen über ihre Ausübung nach außen unterziehen. Die Kirchen können in Anlehnung an die Vorschriften des schweizerischen Obligationenrechtes die juristische Persönlichkeit erwerben mit allen rechtlich damit verbundenen Folgen. Sie können sich mit großräumlicher Genehmigung als Stiftungen einrichten. Art. 3. Die Bethäuser, Kirchen und Pfarrhäuser bleiben, wie bis anhin, unentgeltlich dem protestantischen oder katholischen Kultus zugeeignet, so wie jeder von ihnen sich darin im Augenblick des Inkrafttretens des vorliegenden Gesetzes ausübt. Solange die Gebäude Gemeindegut bleiben, behalten sie die kirchliche Zweckbestimmung. Immerhin erhalten die Gemeinden fünf Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes das Recht — die staatliche Bewilligung vorbehalten — die Gebäude den Vertretern des Kultus, der darin seine Ausübung findet, zu vermieten oder zu Eigentum zu übertragen. Die Handänderungen sind gebührenfrei. Art. 4. Die Kirche von St. Peter bleibt unveräußerliches Eigentum der Stadt Genf; sie dient auch fernerhin dem protestantischen Kultus. Der Staat verfügt, wie bisher, über sie für die Landesfeierlichkeiten.

Das Gesetz soll am 1. Januar 1909 in Kraft treten, und von da an soll jede Ausgabe für die Ausübung der Kulte aus dem Staatsbudget gestrichen werden. Die Geistlichen beider christlichen Konfessionen, die 10 Jahre im Amte und 40 Jahre alt sind, erhalten für die folgenden 5 Jahre eine Pension von $\frac{2}{3}$ ihres Gehaltes, nachher nur noch die Hälfte desselben. Die übrigen Geistlichen, bei denen diese Bedingungen nicht zutreffen, erhalten nur für die folgenden 5 Jahre eine Entschädigung, und zwar ebenfalls von $\frac{2}{3}$ ihres Gehaltes.

Ueber die Aussichten der Vorlage im Großen Rat läßt sich heute noch nichts sagen.

England.

Eine Reform des Oberhauses bezweckt ein von Lord Newton am Donnerstag im Oberhause eingebrachter Gesetzentwurf. In der Absicht, den übermäßigen Einfluß des erblichen Elementes zu beschränken, steht der Entwurf vor, daß kein erblicher Pair im Oberhause sitzen soll, außer wenn er ein hohes Amt bekleidet hat oder wenn er zweimal ins Unterhaus gewählt worden ist, ehe er Pair wurde, oder wenn er als Wahlpair (representative peer) gewählt worden ist. Die erblichen Pairs sollen Vollmacht erhalten, ein Viertel aus ihrer Zahl zu gewählten Pairs zu wählen. Die Krone soll Vollmacht haben, hundert Pairs auf Lebenszeit zu ernennen, um eine Vertretung aller Interessen zu sichern; die Zahl der Bischöfe im Oberhause soll herabgesetzt werden.

Eine Erklärung der Regierung wird voraussichtlich bei der zweiten Lesung des Entwurfes erfolgen.

Schweden.

Befreiung vom Militärdienst wegen Gewissenskrampfen.

Der Gesetgebungsausschuß des schwedischen Reichstages hatte einem Vorschlage zugestimmt, der die Befreiung vom Militärdienst für solche Militärschlichtige fordert, die aus Gewissenskrampfen den Dienst verweigern. Solche Militärschlichtige sollten denselben mit zivilen Arbeiten für den Staat beschäftigt werden. Am Mittwoch befaßte sich der Reichstag mit dem Antrage, die Regierung aufzufordern, einen Gesetzentwurf dieser Art auszubringen. Die Erste Kammer lehnte den Antrag rundweg ab. Wenngleich einige Redner sich für ihn ausgesprochen hatten, so siegte doch die Befürchtung, daß die von „staats- und gesellschaftsfeindlichen“ Lehren ergriffenen Massen sich jenes Mittels zur Befreiung vom Militärdienst bedienen würden! Die Zweite Kammer dagegen nahm den Antrag mit 91 gegen 40 Stimmen an. Unsere Genossen hatten in der Debatte hervorgehoben, daß nicht nur religiöse Gewissensgründe, sondern auch die nicht mit einer bestimmten Religion zusammenhängende Auffassung von der Verwerflichkeit irgend welcher kriegerischen Maßnahmen zur Befreiung vom Militärdienst berechnen sollten. Die Mehrheit der Freunde des Antrages hatte allerdings nur die religiösen Militärdienstverweigerer im Auge.

Gewerkchaftliches.

Liberaler Christenliebe.

Die Danziger Gewerbergerichtswahl fand unter äußerst eigentümlichen Umständen statt, die die „soziale Gerechtigkeit“ des in Danzig kommunal unumschränkt herrschenden Kommerziantenfreisinn in seiner ganzen Klassenbrutalität enthüllte. Die Wahl erfolgte bisher in der Weise nach Bezirken, daß nicht die Majorität der Gesamtstimmen, sondern die in den einzelnen Bezirken erzielte Mehrheit über die Weisiger entscheidet. Trotz dieses Verfahrens haben die freien Gewerkschaften bisher 23 von den insgesamt 25 Weisigern erhalten. Die Christlichen und Kirch-Dunderschen bemühten sich deshalb schon seit Jahren, den Magistrat aus den faktisch bekannten „Gerechtigkeitsgründen“ zur Einführung der Verhältniswahl zu drängen. Aus Zeitmangel — angeblich — hat der Hochwohlblöbliche das neue System, mit dem er aber durchaus sympathisierte, noch nicht eingeführt. Eher dürfte aber die Annahme zutreffen, daß er nach verschiedenen praktischen Erfahrungen mit der Proportionalwahl dieses System noch nicht für geeignet genug hielt, um seinen Schützlingen die genügende Vertretung zu sichern. Deshalb wählte er einen anderen Weg, der selbst im heiligen russischen Reich durchaus originell sein dürfte.

Von den bisherigen 5 Bezirken ergab nämlich nur einer — die Vorstadt Neufahrwasser — eine zentrumschriftliche Majorität, welche den freien Gewerkschaften trotz ihrer überwiegenden Mehrheit 2 Weisiger entriß. In diesem Jahre teilte der Magistrat der Wählerchaft nun im allerletzten Augenblick ganz unvorbereitet mit, daß die Stadt in 6 Bezirke geteilt werde! Obgleich nun die Zahl der Weisiger mit 25 dieselbe blieb, wurden der städtischen Vorstadt Neufahrwasser statt der bisherigen 2 jetzt 3 Weisiger zugeteilt! Der neu gebildete 6. Bezirk aber war einzig und allein die Waggonfabrik, ein Betrieb, den der Vorsitzende des Verbandes ostdeutscher Industrieller, Regierungsrat a. D. Schrey, als Direktor leitet. Nebenbei verdankt gerade dieser Betrieb seine Existenz den ominösen 1 400 000 M., die nach der „Münchener Post“ für die jetzt radikal verpackte Regierungsgründung „Nordische Industrie- und Stahlwerke“ — die Börse wigelt schon längst „Nordische Schindustrie- und Stahlanwerke“ — loder gemacht wurden und dann zu dem interessanten Lieferungsvertrag zwischen der Staatsbahnverwaltung und dem Waggonkartell führten.

Der ostelbische Scharmacherhäuptling hat es nun durch ein raffiniert ausgeklügeltes System der Wohlfahrtsfabrikerei nur zu gut verstanden, sich aus seinen Arbeitern eine blindlings dem „Prothorn“ folgende Schutztruppe zu dressieren. Dieser einzige Betrieb mit nur circa 400 Arbeitern wurde nun ein selbständiger Wahlbezirk und erhielt ebenso 4 Weisiger, wie die Kreise der Innenstadt, die je $\frac{1}{3}$ derselben mit kolossalen Wählerzahlen ausmachen. Diese unerhörte Brüskierung der Arbeiter zugunsten kapitalistischer Quertreiber und Scharmacher wurde von dem „freisinnigen“ Magistrat, der selbst so unparteiisch ist, Mitglied des „Verbandes ostdeutscher Industrieller“ zu sein, so ungeniert betrieben, daß er sie fast unmittelbar neben der Waggonfabrik belegene aber „unzuverlässige“ Schichau-Werft dem eine gute halbe Stunde entfernten Niesenzweig Langfuhr zuteilte!

Diese skandalöse Wahlkreisgeometrie erfüllte denn auch voll den erstrebten Zweck. Obgleich die freien Gewerkschaften 1526 und die Gegner zusammen nur 1268 Stimmen erhielten, behielt die Vorstadt Neufahrwasser leider wieder die Zentrumsmajorität und die Arbeiter der Waggonfabrik mußten ebenfalls für die Gewerkschaftslisten stimmen, so daß diese statt der früheren 2 jetzt 7 Weisiger erbeuteten. Nun schweigt aber die gesamte ordnungswidrige Zeitungspresse diese infamen Machenschaften der freisinnigen Stadtregenten völlig tot. Die christliche Wahrheitsliebe der schwarzen Arbeitervertreter ist dafür aber so unverfroren, unter jesuitischer Verheimlichung der zu ihren Gunsten betriebenen Wahlkreisumgelei durch die Nebeneinanderstellung ihrer früheren und jetzigen Weisigerzahl — natürlich noch mit einer derben Portion des berüchtigten Terrorismusgeschwindel garniert — den 250 Proz. Sieg der „christlich-nationalen Arbeiterschaft“ in die Welt zu legen.

Wie würde wohl das gesamte kapitalistische Zeitungsgesinde das Heuchlermaul über terroristische Vergewaltigung aufreißen, wenn Sozialdemokraten jemals die Praxissen befolgen würden, mit denen der Danziger Freisinnsmagistrat die Arbeiterschaft um die wohlverdienten Früchte ihres Sieges brachte.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Rohrlieger und Hesser Berlin! Wir ersuchen, bei der Firma Volk u. Wittmer keine Arbeit anzunehmen, weil dort eine längere Arbeitszeit, als unser Tarif sie zuläßt, vorherrschend ist. Alle Verträge, mit dem Vertreter der Firma zu einer Einigung zu kommen, scheiterten an dessen Hartnäckigkeit. Aus diesem Grunde mußten unsere Berliner Kollegen sämtlich den Bau verlassen.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin, Engel-Ufer 15.

Die in der Stickereiindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen des Zentralverbandes deutscher Textilarbeiter beschlossen einstimmig in einer am Donnerstag in den „Arminshallen“ abgehaltenen öffentlichen Versammlung, in eine Lohnbewegung einzutreten. Dem Beschlusse ging eine eingehende Erörterung der Arbeitsverhältnisse dieser Kategorie Arbeiter voraus, in der von sämtlichen Rednern und Rednerinnen bekräftigt wurde, die noch einige Zeit andauernde Hochzeiten auszusparen, um die dringend verbesserungsbedürftige Lage dieser Arbeiter und Arbeiterinnen zu heben. Die Versammelten verpflichteten sich, eine eifrige Agitation unter ihren Arbeitskollegen und -kolleginnen zu entfalten, ihnen die Notwendigkeit einer starken Organisation zum Bewußtsein zu bringen.

Brauereiarbeiter! Der Streit der Brauereiarbeiter im Norddeutschen Brauhaus in Grünau dauert unverändert fort. Die organisierten Brauereiarbeiter und Heizer des genannten Betriebes haben sich mit den Streikenden solidarisch erklärt und die Arbeit ebenfalls niedergelagt. Leider ist zu verzeichnen, daß zwei politisch und gewerkschaftlich organisierte Böttcher, Sandhaf und Katschmerowski, im Betriebe verblieben sind und Streikarbeit verrichten. Außerdem kamen unter Sendameriedewodung der Kellermeister August Schröder und 4 Mann aus der Flaschenabteilung der Norddeutschen Brauwerke aus Kummelsburg in Grünau an, um Arbeitswilligendienste zu leisten. Von welchem Geiste die Direktion des Norddeutschen Brauhauses befeht ist, lehrt der Umstand, daß der Direktor Heinemann einem entlassenen organisierten Brauer erklärte: „Sie haben keinen Grund sich auf hohe Forderungen zu setzen. Nach dem Ausfall der letzten Reichstagswahlen können wir jubeln.“ Um Uneinigigkeiten zwischen den beiden hiesigen Sektionen des Brauereiarbeiterverbandes herbeizuführen, griff Herr Heinemann zu folgendem Kniff: er sandte der Verwaltung der Sektion II (Hilfsarbeiter) den eingereichten Lohnsatz unterzeichnet zu und ersuchte um Bestätigung des Einganges des Tarifes. Was sich dieser Herr wohl unter dem Begriff „Solidarität“ vorstellen mag? Den Tarif der Sektion I (Brauereiarbeiter) vorzustellen, weigert sich der Direktor. Die Haltung der Streikenden ist vorzüglich. Zug um Zug nach Grünau ist ferngehalten.

Das Norddeutsche Brauhaus in Grünau (früher Brauerei Siemens) ist für organisierte Brauereiarbeiter gesperrt. Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter, Zweigverein Berlin I und II.

Deutsches Reich.

Die Kämpfe in der Holzindustrie haben auch den Zentralverein der Bildhauer vielfach in Mitleidenschaft gezogen, weil zahlreiche Holzbildhauer in Tischlereien und ähnlichen Betrieben der Holzverarbeitungsbranche tätig sind. Zwischen dem Holzarbeiterverband und dem Zentralverein der Bildhauer ist deswegen ein Kartellvertrag zustande gekommen, der in seinen wichtigsten Punkten folgendes besagt:

Die an gemeinsamen Arbeitsstätten beschäftigten Mitglieder der beiden Verbände haben sich gegenseitig über die Zugehörigkeit zur Organisation auszuweisen, sowie in der Agitation unter den indifferenten gegenseitig zu unterstützen, um dieselben der für ihren Beruf bestehenden Organisation zuzuführen, und zwar die Holzbildhauer dem Zentralverein der Bildhauer Deutschlands, die übrigen Holzarbeiter dem Deutschen Holzarbeiterverband. Wo in einem Betriebe Angehörige beider Organisationen beschäftigt sind, haben dieselben bei Differenzen, welche zu einer Arbeitseinstellung führen könnten, die Leitungen ihrer Organisationen sofort zu benachrichtigen.

Lehtere haben, sofern beide Organisationen direkt an dem Ausbruch der Differenzen beteiligt sind, zwecks Verständigung über die notwendigen Maßnahmen miteinander in Verbindung zu treten. — Wichtig ist die eine Organisation an einem Orte in eine Angriffsbewegung einzutreten, welche sich voraussichtlich auf Betriebe erstreckt, in denen Angehörige beider Organisationen beschäftigt sind; so hat sie der örtlichen Leitung der anderen Organisation davon rechtzeitig, zwecks Verständigung über ein eventuelles gemeinschaftliches Vorgehen, Kenntnis zu geben. Wird ein gemeinsames Vorgehen nicht für angängig erachtet, so ist die andere Organisation von wesentlichen Änderungen in der Bewegung zu unterrichten und eventuell zu den Beratungen ein Vertreter derselben hinzuzuziehen. — Bei gemeinschaftlichen Bewegungen, Aussparungen usw. haben die örtlichen Leitungen nach Bedarf zu gemeinsamen Beratungen zusammenzutreten. Die Oberleitung der Bewegung durch die beiderseitigen Zentralverbände darf jedoch durch Beschlüsse, die in solchen gemeinsamen Sitzungen gefaßt werden, nicht beeinträchtigt werden.

Achtung! Vater! In Kolberg sind unsere Kollegen seit dem 18. Februar ausgeperrt, und das, obwohl der dortige Tarifvertrag noch bis zum 1. April Gültigkeit hat. Die Arbeitgeber haben also einen Tarifbruch begangen. Alljährlich fahren eine Anzahl Kollegen nach den Baderorten, so auch nach Kolberg, weil um diese Zeit dort die Konjunktur beginnt. Die Kollegen werden dringend ersucht, den Zugang so lange fern zu halten, bis die Differenzen dort beseitigt sind.

Die Parteiblätter werden um Bekannthabe vorstehender Notiz gebeten.

Der Bezirksleiter, L. Jakob, Berlin.

Reineidige Streikbrecher. Bei dem verhängnisvollen Streik in den Unionwerken zu Rürnberg haben sich besonders die Brüder Andreas und Georg Held als sehr nützliche Elemente erwiesen. Wie diese Unternehmungsgeistigen moralisch zu bewerten sind, geht daraus hervor, daß inzwischen Andreas wegen großartiger Schwindeltaten zu 1 1/2 Jahren und Georg, der es nicht so arg trieb, zu 1 Monat Gefängnis verurteilt wurden. Die Herren haben aber auch sonst noch sehr anziehende Charaktereigenschaften. Im August zeigten sie beim Staatsanwalt an, sie seien morgens am dem Gang zur Arbeit von drei Tischlern überfallen und schwer mißhandelt worden, weil sie die Arbeit nicht niederlegen wollten. Wegen dieser Sache fanden bereits drei Verhandlungen vor dem Nürnberger Schöffengericht statt. In der ersten ergab sich, daß der eine der drei Angeklagten völlig grundlos angezeigt war, so daß er sofort freigesprochen werden mußte. In der zweiten Verhandlung standen die eiblichen Angeklagten der Kronzeugen Gebrüder Held mit denen der übrigen Zeugen in derart drohem Widerspruch, daß Befuß weiterer Zeugenladung die Verhandlung nochmals ausgesetzt werden mußte. Die dritte Verhandlung fand am Mittwoch statt. Hier stürzte das Lügengebäude der netten Brüder völlig zusammen; es ergab sich, daß ihre eiblichen Bekundungen offenkundig reineidig sind. Trotzdem beharrten sie wiederum darauf und spielten die verfolgte Unschuld. Der Staatsanwalt selbst sah sich genötigt, die Aussagen der Kronzeugen als durchaus unrichtig zu erklären und Freisprechung der Angeklagten zu beantragen, von denen lediglich der eine dem Andreas Held, der ihn schwer verhöhnt und provoziert hatte, eine Ohrfeige versetzt hat, wie er schon von allem Anfang an zugab. Das Gericht erkannte auf Freisprechung beider Angeklagten, da auch die Ohrfeige mangels eines Strafankrages nicht gefaßt werden konnte. Mit der Reineidsfirma Gebrüder Held wird sich nun der Staatsanwalt beschäftigen.

Ausland.

Die österreichischen Buchdrucker und die Partei. Die Buchdruckergehilfen Nieder-Österreichs haben dem Zentralverband der österreichischen Sozialdemokratie 15 000 Kronen überwiesen.

Die Schweiz für Bauarbeiter gesperrt.

Der Zentralverband des Maurerverbandes in der Schweiz fordert in einem Aufrufe alle ausländischen Bauarbeiter, vor allem die italienischen auf, die Schweiz zu meiden. Der Grund zu diesem Vorgehen liegt in den ungenügenden Löhnen, die in der Schweiz bezahlt werden und mit denen nicht auszukommen ist. Würde die Sperre nicht geholt, so wären ehemalige Maurerstreiks usw. in der Schweiz unvermeidlich. Hauptstädte zu meiden sind folgende Orte: Zürich, Bern, Winterthur, La Chaux-de-Fonds, Frauenfeld, Chur, St. Gallen, Montreux, Lugano, Biel, Aarau, Baden von Handlangern und Maurern und Basel nur von Handlangern. Die bürgerliche Presse jammert bereits über dieses Vorgehen des Maurerverbandes, denn noch jede Lohnbewegung der Maurer wurde von ihr als unredlich und fruchtlos belächelt. Sie erntet nur, was sie sät.

Die Pariser Lehrer in die Arbeitsbörse aufgenommen.

Paris, 20. Februar. (Eig. Ber.) Nun hat die Verwaltungskommission der Pariser Arbeitsbörse die Lehrergewerkschaft des Seine-Departements auf ihr Ansuchen unter die auf der Arbeitsbörse vertretenen Gewerkschaften aufgenommen und ihr ein Bureau angewiesen. Der Zulassungsbefehl beruht sich darauf, daß die Lehrergewerkschaft eine gemäß dem Gewerkschaftsgesetz von 1884 konstituierte Vereinigung von Lohnarbeitern ist. — Es heißt, daß sich der Seine-Präsident der Installation der organisierten Lehrer in der Arbeitsbörse widersetzen werde. Die Verwaltungskommission ist aber entschlossen, nicht nachzugeben. So ist ein neuer Konflikt zwischen der Arbeitsbörse und der Regierung wahrscheinlich.

Eingegangene Druckschriften.

Plinius. Heft 8. Kritische Bodenschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber: Georg Bernhard). Abonnement einschließlich der Plinius-Veranstaltung vierteljährlich per Post und Buchhandel 3,50 M., direkt vom Verlag 4 M. Verlag: Berlin-Charlottenburg, Weststr. 69.

Militarismus und Antimilitarismus, unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung von Dr. Karl Ledwith. 126 Seiten. Verlag der Leipziger Buchhandlung A. G. in Leipzig.

Monatsschrift für christliche Sozialreform. Februarheft. Preis 6,40 M. Verlag: Baehler, Drexler u. Cie. Zürich (Schweiz).

Rachblatt für Holzarbeiter. Heft 2, Februar 1907. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband, Stuttgart.

Strahburger Arbeiter Almanach für das Jahr 1907. Herausgegeben vom Gewerkschaftskartell Strahburg. 64 Seiten. Volksdruckerei Paul Singer, Strahburg i. S., Jünkerstr. 2.

Jahresbericht 1906 des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Verwaltung Braunschweig. 62 Seiten. Verlag: D. Hammschmidt, Bevollmächtigter des Verbandes in Braunschweig.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eine neue Schiffskatastrophe.

Kopenhagen, 22. Februar. (B. L. W.) Heute mittag strandete an der Westküste Jütlands südlich von Vobberg ein norwegischer Dreimaster, der von Norwegen nach Bremen unterwegs war. Das Schiff ist zertrümmert, die auf 18 Personen bestehende Besatzung ertrunken. Ein Rettungsboot konnte wegen des herrschenden Sturmes nicht abgelassen werden und die abgeseuerten Raketen hatten keinen Erfolg.

Bergung der Leichen.

Soel van Holland, 22. Februar. (B. L. W.) Bis heute nachmittag 4 1/2 Uhr waren 35 Leichen geborgen. — Den ganzen Tag über herrschte hier heftiger Sturm mit Schneee und Hagel.

Abgeordnetenhaus.

17. Sitzung vom Freitag, den 22. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerische: v. Bethmann-Hollweg. Es wird zunächst die zweite Beratung des Titels „Ministerium des Innern“ fortgesetzt.

Abg. Voelckers-Schmidlein (fr.) beantragt das Höchstgehalt der Gendarmen von 1900 auf 2100 M. zu erhöhen.

Die Abgg. Hammer (l.), Schmidt-Warburg (r.), Werner (Antif.), Stoll (r.) und Hund (fr. Sp.) sprechen sich für diesen Antrag aus.

Der Antrag geht an die Budgetkommission.

Beim Kapitel „Allgemeine Ausgaben im Interesse der Polizei“ werden Zuschüsse an die Kommunalverbände zur Ausführung des Gesetzes über die Fürsorgeziehung Minderjähriger verlangt.

Abg. Schmieding (r.) bemängelt die gegenwärtige Handhabung der Fürsorgeziehung: Es müsse mehr Wert auf die Ausbildung für das praktische Leben gelegt werden.

Abg. Schmidt-Warburg (r.) wünscht die Errichtung einer besonderen Fürsorgeanstalt in Berlin für die circa 800 katholischen Fürsorgezöglinge.

Abg. Frickhof (fr. Sp.) erwidert dem Vorredner, die Stadt Berlin tue schon sehr, was in ihren Kräften stehe.

In Sichtenberg seien nur 19 katholische Zöglinge, dafür sei ein besonderer katholischer Lehrer vorhanden.

Abg. Dr. Matzinger (r.) empfiehlt, die Kosten der vorläufigen Unterbringung auf den Staat zu übernehmen, wenn nachher die Fürsorgeziehung nicht eingeleitet werde.

Abg. Wankenberg (fr. Sp.) bringt zahlreiche Fälle zur Sprache, in denen in Bezug die Einleitung der Fürsorgeziehung durch die Polizei Jahre erfordert habe!

In vielen Fällen sei in dieser Zeit eine völlige Verwahrlosung eingetreten.

Geheimrat Krohne: Den Vorredner bitte ich, mir sein Material mitzuteilen. Was die Fürsorge selbst betrifft, so meine ich, wir haben überall die Erfahrung gemacht, daß die Hauptfache für die gefallenen Mädchen, die in Fürsorge kommen, ist, daß sie vergessen. Oft haben wir das wohl erreicht, wenn die Mädchen entlassen werden.

Wenn wir damit oft keinen Erfolg haben, so ist das die Schuld der Gesellschaft. Dann suchen wir vergebens nach einer edlen Frau, die sich des armen Mädchens annimmt!

Dann verlagert die Gesellschaft! Besserung kann nur geschaffen werden, wenn es uns gelingt, schon für die Anstalten edle und gebildete Frauen zu gewinnen, in denen die Mädchen eine Mutter sehen. Wir werden dafür sorgen, daß nur gebildete Frauen für unsere Anstalten tätig sind. (Sehr gut!) Das ist der Grund, weshalb die Frauen aus den religiösen Genossenschaften einen so tiefen Eindruck auf die armen Wesen machen. Die charitativen Einrichtungen haben leider nicht die Hoffnungen erfüllt, die wir auf sie gesetzt haben. (Beifall.)

Abg. Wankenberg (fr. Sp.) hofft, daß die überaus menschlichen Ausführungen des Vorredners einen lebhaften Widerhall in der Bevölkerung finden. Die Gesellschaft dürfe die armen Mädchen nicht in den Schmutz zurückstoßen.

Abg. Stoll (r.) führt Klage über die Konkurrenz, die dem Handwerk durch die Gefängnisarbeit gemacht werde.

Geheimrat Krohne erwidert, daß die Gefängnisverwaltungen ständig bemüht seien, das Handwerk durch die Gefängnisarbeit möglichst nicht zu schädigen.

Abg. Louncean (r.) begrüßt es mit Freuden, daß die Zahl der für die Privatindustrie arbeitenden Gefangenen ständig abnimmt.

Abg. Straßer (l.): Der Strafvollzug hat nicht nur den Zweck, eine Sühne des Verbrechens zu sein, sondern auch den Zweck der Besserung. Deshalb haben die Gefangenen nicht nur die Pflicht zu arbeiten, sondern auch ein Recht darauf. Von diesem Gedanken müssen sich die Gefängnisverwaltungen leiten lassen und bei der Zuteilung der Arbeit möglichst auf die Individualität der Gefangenen Rücksicht nehmen. Die Klagen über die Konkurrenz, die die Gefängnisarbeit der Privatindustrie macht, sind schon recht alt. Wie soll man diesen zweifellos bestehenden Mißständen abhelfen? Man kann doch im Ernst nicht daran denken, die Gefängnisarbeit abzuschaffen.

Auf Anregung des Abg. Dr. Weder (r.) erklärt Geheimrat Krohne, daß die Gefangenen nach Möglichkeit nicht in den Industriezentren untergebracht würden, sondern in die kleineren und mittleren Städte gebracht würden.

Auf eine weitere Anfrage des Abg. Fink (natl.) erklärt Geheimrat Krohne, daß für Kinder, deren Eltern ins Gefängnis kämen und die im Gefängnis geboren würden, nicht die Fürsorgeziehung angeordnet werde.

Der Etat wird bewilligt.

Es folgt die Verlesung der Interpellationen der Abgeordneten Marx (r.) und Bronsohn (fr. Sp.) über das Redener Unglück.

Die Interpellationen decken sich im wesentlichen, nur fragt die Interpellation des Zentrum noch an, welche außerordentlichen Beihilfen die Regierung den vom Unglück Betroffenen zu teil werden lassen wolle.

Minister Dr. Delbrück erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Zur Begründung der ersten Interpellation fährt Abg. Goldschmidt (fr. Sp.) aus: Die Herzen der gesamten Kulturmenschen sind aus tiefster Erschütterung. Am 28. Januar früh morgens sind die Bergleute in Neben in die Grube eingefahren, um nicht wieder das Licht des Tages zu erblicken. Wir stellen unsere Anfrage an die Regierung, obwohl wir wissen, daß wir eine befriedigende Antwort nicht erhalten werden! Wir erwarten aber doch eine gewisse Klärung von der Regierung, die uns den Weg zeigt, wie auf zuverlässigste für die Zukunft Vorkehrungen getroffen sind. Den Männern, die uns die zuverlässigste Antwort geben könnten, ist der Mund geschlossen. — Am Tage vor dem Unglück war Kaisers Geburtstag. Man sagt, es sei infolge dessen einer der Wettermänner zu spät in die Grube gefahren und sei daher nicht in der Lage gewesen, zu revidieren! Darf das Schicksal einer ganzen Belegschaft abhängig sein von der zufälligen Verspätung eines Mannes? Waren die Wettermaschinen so in Ordnung, wie es nötig ist? Wurde die Verwaltung nicht, daß sich in den festgestellten Gase gezeigt hatten? War die Verlesung ausreichend? War nicht falsche Sparbarkeit hier wieder im Spiel? Konnte man nicht wenigstens die unerfahrenen Arbeiter mit elektrischen Lampen ausrüsten? War dieser Vorfall nicht wieder: Arbeiter als Grubenkontrollanten anzustellen? Der Arbeiter höchstes Gut ist ihr Leben und ihre Gesundheit. Dieses zu schützen ist unsere heiligste Pflicht. (Beifall.)

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (Interpellation über das Redener Unglück. Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung.)

Schluss: 3/4 Uhr.

Biländische Junker gegen den „Vorwärts“.

Gestern spielte sich vor dem Schöffengericht wieder eine Episode der Kampagne ab, welche biländische Adelige gegen den „Vorwärts“ eröffnet haben. Diesmal war es ein Landrat Eduard v. Trause, der als Dritter im Rande der Hagenden Barone mit einer Privatklage gegen unseren verantwortlichen Redakteur, Genossen Weber, vorging. Der Herr v. Trause ist gar nicht im „Vorwärts“ genannt, noch viel weniger ist in bezug auf ihn etwas Beleidigendes gesagt. Trotzdem fühlt sich

der Herr v. Trause berechtigt, den „Vorwärts“ wegen Beleidigung zu verklagen und sein Anwalt Dr. Ebel begründet dies Vorgehen des Herrn v. Trause so: Am 17. Februar v. J. erschien im „Vorwärts“ ein Artikel, worin gesagt wird, daß baltische Junker ihnen gehörige Gutsgebäude ansteden ließen, um diese Brandstiftungen als Taten der Revolutionäre zu kempeln. Ein gewisser Baron Trause hat dasselbe mit seinem Gute gemacht. Da es, wie durch eine Auskunft der biländischen Ritterchaft erwiesen werden könne, den Namen v. Trause unter den biländischen Adelligen gar nicht gebe, so könne nur der Herr v. Trause gemeint sein. Wenn man den Namen „Trause“ mit lateinischen Buchstaben schreibe, dann könne er sehr wohl als „Trausch“ gelesen werden. Auf eine solche Verwechslung werde es wohl zurückzuführen sein, daß aus dem Herrn v. Trause im „Vorwärts“ ein Baron Trausch geworden sei. — Dieser mehr als kühnen Schlussfolgerung vermochte sich das Gericht nicht anzuschließen. Es stellte sich vielmehr auf den vom Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht, vertretenen Standpunkt und wies die Klage des Herrn v. Trause mit der Begründung ab: Im „Vorwärts“ sei die Rede von einem Baron v. Trausch, es liege demnach auf der Hand, daß der Kläger v. Trause mit demselben nicht identisch und also nicht legitimiert ist, wegen einer Äußerung, die einen Baron v. Trause betrifft, zu klagen.

Vor demselben Gericht stand im Anschluß daran wieder — zum dritten Mal — Termin an in der Privatklage des Gutsbesizers v. Sivers (ohne e) auf Römerhof in Livland gegen den Genossen Weber. Bekanntlich lagt auch in diesem Falle ein Mann gegen den „Vorwärts“, auf den sich die angeblich beleidigende Äußerung gar nicht bezieht, was schon daraus herabergibt, daß sich der Kläger ohne „e“ schreibt, während im „Vorwärts“ vom 11. Februar v. J. von einem Herrn v. Sivers mit „e“ die Rede war. Von diesem Herrn v. Sivers mit „e“ wurde gesagt, er habe Gutsgebäude anzünden lassen, um die Brandstiftung auf die Revolutionäre schieben zu können. Auch in diesem Prozeß hat der Angeklagte die Unbilligkeit des Herrn v. Sivers ohne „e“ bestritten, das Gericht hat sich aber in den früheren Terminen auf den Standpunkt gestellt, die verschiedene Schreibweise des Namens „Sivers“ sei unerheblich, jeder Träger dieses Namens in Livland könne sich durch die Äußerung des „Vorwärts“ beleidigt fühlen und deswegen klagen, es müßte denn sein, der Beklagte führe den Nachweis, daß der Kläger nicht gemeint sein könne. Der Anwalt des Klägers führte als Grund für die Unbilligkeit seines Mandanten in den früheren Verhandlungen an, es gebe nur einen Herrn v. Sivers in Livland, auf dessen Gut es gebrannt habe, und das sei der hier als Kläger auftretende v. Sivers-Römerhof, der eben deshalb die Äußerung auf sich beziehen müsse, weil es bei keinem anderen biländischen Sivers gebrannt habe. — Im geklagten Termin bot nun Rechtsanwalt Liebknecht als Verteidiger des Beklagten Beweis dafür an, daß auf dem Gute Rappin, welches einem Herrn v. Sivers mit „e“ gehört, eine Scheune auf Veranlassung des Gutsbesizers in Brand gesetzt worden sei. Rechtsanwalt Dr. Ebel gab zu, daß bei Herrn v. Sivers auf Rappin, der sich aber auch ohne „e“ schreibe, sogar zwei Scheunen abgebrannt seien, die Sache sei auch gerichtlich untersucht worden, jedoch habe die Ursache der Brandstiftung nicht festgestellt werden können. — Demgegenüber führte Rechtsanwalt Dr. Liebknecht aus: Nachdem der Anwalt des Klägers selbst zugegeben habe, daß bei einem zweiten Sivers Scheunen abgebrannt sind, liege doch kein Grund mehr zu der Annahme vor, daß der Kläger, v. Sivers-Römerhof, die betreffende Bemerkung des „Vorwärts“ auf sich beziehen müsse, die Klage sei also hinsichtlich unzulässig. — Hierüber kam es zu längeren Auseinandersetzungen zwischen den beiden Anwälten, ebenso über die Art, wie bewiesen werden soll, daß ein Scheunenbrand in Rappin stattgefunden und ob der Brand auf Geheiß des Gutsbesizers angezettelt worden sei. — Das Gericht beschloß, die Verhandlung zu vertagen und von dem zuständigen russischen Gericht die Untersuchungsakten über den Brand in Rappin einzufordern.

Der Janke-Prozeß der Breslauer „Volkswacht“.

Aus der Verhandlung dieses Prozesses, dessen Ausgang — Verurteilung des Genossen Th. Müller zu einem Monat Gefängnis wegen Beleidigung der Janke-Strafkammer — wir telegraphisch gemeldet haben, sind einige Stellen noch der Mitteilung wert. Bei der Vernehmung des Genossen Redakteurs Albert von der „Volkswacht“ fragte der Verteidiger Dr. Karl Liebknecht: Herr Albert, ist Ihnen bekannt, daß Ihr Kollege Nadloski Breslauer Richter für Gefangene erklärte und weshalb geschah das? Zeuge: Weil wir vor Gericht — namentlich vor der zweiten Strafkammer des Herrn Janke nie das Recht und das Verständnis fanden, auf das wir Anspruch zu haben glauben. Herr Nadloski hat ferner die Ablehnung damit begründet, daß seit ungeschwehelter Gefängnisstrafen gegen unser Blatt verhängt wurden, daß eine Vereinigung der Richter gegen uns vorherrsche und daß man ein verlorener Mann sei, sobald man als Sozialdemokrat vor der zweiten Strafkammer stehe.

Verteidiger: Haben nicht auch die Urteile der zweiten Kammer aus § 153 G.D. in Arbeiterkreisen eine gewisse Erregung verursacht? Zeuge: Erregung? Das ist gar keine Bezeichnung dafür. Horn, Erbitterung, ja höchste Wut herrschte darüber vor und in hunderten von Versammlungen kommt sie zum Ausdruck.

Vorsitzender: Aber § 153 kennt doch nur eine Höchststrafe von drei Monaten. Zeuge: Ganz recht! Aber diese wurde sehr häufig gegen Arbeiter und zwar wegen ganz geringfügiger Verstoßnisse verhängt! Außerdem sind Arbeiter zu harten Gefängnisstrafen verurteilt worden, nur weil sie Arbeitswillige durch Worte oder gar nur Blicke „beleidigt“ haben sollten. Wir haben häufig die Hände aber dem Kopfe zusammengeschlagen, wenn wir von den Streikurteilen der zweiten Kammer hörten.

Vorsitzender: Aber im Kravallprozeß, den ich geführt, sind doch aus § 153 nicht übermäßig hohe Strafen verhängt? Zeuge: Das ist richtig; An den Urteilen der Janke-Kammer gemessen, waren sogar die immerhin harten Strafen noch verhältnismäßig milde zu nennen. (Heiterkeit.)

Verteidiger: Ist dem Zeugen bekannt, daß im Razole-Prozeß Herr Alexander Haberling seltsame Auffassungen über das Recht der Presse behandelte? Zeuge: Ja wohl. Ich sagte damals als Zeuge aus, daß ich die Notiz gegen den seine Frau mißhandelnden Schuymann gedruckt hätte, um der Frau zu helfen und weil mir die Mitteilungen über den Schuymann interessant genug erschienen waren, um sie zu veröffentlichen. Das letztere genügte Herrn Haberling, triumphiierend zu erklären: „Naha, also deshalb!“ Ich hatte die Empfindung, als hätte dieser Richter in diesem Augenblicke etwas längst Gefagtes endlich gefunden. Innerlich sagte ich mir: Na, wenn ein Richter das schon als ein Verbrechen ansieht, daß man eine interessante Notiz bringt, weil sie halt für die Öffentlichkeit von Interesse ist, dann ist es ja kein Wunder, daß wir von den Richtern nie verstanden werden und daß es uns nie gelingt, ihnen unsere Beweggründe klar zu machen.

Verteidiger: Ist Ihnen bekannt, daß das Gedicht, das Ihrem Kollegen Kläbs vor der zweiten Strafkammer drei Monate einbrachte, anderswo unbeanstandet geblieben ist? Zeuge: Nicht nur das! Wohl zehn Blätter haben dasselbe Gedicht gedruckt, nichts ist ihnen geschehen. Ja, selbst die Blätter, die es nach der hiesigen Konfiskation, gleichsam als demontriert gegen die Breslauer Justiz ostentativ abdruckten. In Frankfurt ist sogar von einem Gerichtshofe offen ausgesprochen worden, daß es nichts Strafbares enthalte! (Bewegung.)

Verteidiger: Wissen Sie etwas davon, daß früher bürgerliche Blätter die „Weisfremdheit“ Breslauer Richter als für die Rechtsprechung gefährlich bezeichnet haben. Zeuge: Jawohl. Bei aufsehenerregenden Streikurteilen und nach dem bekannten Sombart-Intermezzo in meinem Aufreizungsprozeß am 7. Juni wiesen eine ganze Anzahl Blätter darauf hin, daß die Richter wichtigen Volksfragen direkt fremd gegenüber ständen und es wurde vielfach aus Sombarts Buch nachgewiesen, daß manche Breslauer Urteile nur dem verständlich wärden, der den Mangel an Vertrauen mit Arbeiter- und anderen Fragen bei den Richtern kenne. Offen wurde ausgesprochen, daß es den Breslauer Richtern der II. Kammer einfach unmöglich sei, sich in die Rotte eines Streikers oder sonstigen Sozialdemokraten hineinzuversetzen.

Verteidiger: Hat ein Jurist in Breslau erklärt, er hätte das Vertrauen zur Justiz verloren? Zeuge: Ja, das war Justizrat Dr. Mamroth in Breslau, der das in einem öffentlichen Vortrage erklärt hat. (In diesem Augenblicke tritt Mamroth in den Saal.)

Verteidiger: Gatten Sie Eobor der II. Kammer die Empfindung, daß die Herren Richter Vereinigenommenheit gegen Angeklagte an den Tag legten? Zeuge: Auch das. Zum Beispiel wurde im Razole-Prozeß ein Zeuge, der gar nicht Sozialdemokrat war, wiederholt vom Vorsitzenden gefragt, ob er „der Partei“ angehöre, ob er „Mitglied der Sozialdemokratie“ sei. Man verstand einfach nicht, was die politische Meinung dieses Zeugen bei einer solchen Sache zu tun haben sollte. Ich empfand das als im höchsten Grade vornehmkommen und möchte lieber nicht die Urteile wiederholen, die man allseitig darüber fällt.

Vorsitzender: Finden Sie nicht auch manche Stelle des Artikels beleidigend? Zeuge: Nicht im geringsten! Ich halte den Artikel für eine nur zu berechtigte Kritik der Breslauer Justiz.

Der Staatsanwalt beantragte drei Monate und eine Woche Gefängnis. An dem beleidigenden Charakter des Artikels bestreite überhaupt kein Zweifel.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Liebknecht führte im Plaidoyer u. a. aus: Der Artikel trägt den Stempel lebhafter Erregung an der Stirn darüber, daß ein unbestrafter Mann wegen einer solchen Sache (Schuymannbeleidigung) zu 300 M. Strafe verurteilt wurde, sowie auch über die Art der Verhandlungsführung. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß das Urteil nicht richtig sei, weil auch die Gesetze nicht richtig sind. Nach juristischen Begriffen ist freilich jedes Urteil richtig, weil die Gesetze richtig sind, der Artikel schildert aber die Dinge von einer höheren Warte aus betrachtet. Die Herren Richter mögen einmal Gelegenheit nehmen, zu erfahren, welche Auffassung in Rechtsanwaltskreisen über Zeugenaussagen bestehen, die von Schuyleuten unter ihrem Eide abgegeben werden. Da ist die Auffassung allgemein vertreten, daß einem einzigen Schuymann stets mehr geglaubt wird als einer ganzen Anzahl von Blutzengen. Am Schluß sind die Richter durchaus nicht als dumme Kerle hingestellt worden, oder als borniert im landläufigen Sinne. Es ist vielmehr eine Eigentümlichkeit aller Menschen, daß sie über ihren Horizont nicht hinauszusehen vermögen. Für die Richter kommt in Betracht, daß der einzelne sich nur unter großen Schwierigkeiten über die Anschauungen seiner Klasse hinwegzusetzen vermag. Die Klassenjustiz ist deshalb eine gesellschaftliche Erscheinung. Es dürfte kaum vorkommen, daß ein Richter sozialdemokratische Zeitungen liest und sozialdemokratische Versammlungen besucht, um sich eine richtige Meinung über die Sozialdemokratie zu bilden, der Vorwurf, daß vom grünen Tische aus geurteilt wird, ist deshalb nicht unbegründet. Vom Herrn Vorsitzenden hörten wir, daß ihm der Begriff „bürgerlich“ in der sozialdemokratischen Sprache nicht verständlich war, obwohl gerade er sich bemüht, die Dinge zu verstehen. So geht es aber der Justiz in bezug auf die gesamte Arbeiterbewegung. Und nun vergegenwärtigen wir uns die große Zahl von Prozessen, die in letzter Zeit erst gegen die „Volkswacht“ geführt wurden. Im verfloffenen Jahre wurden 19 Monate Gefängnis und 1700 Mark Geldstrafe über ihre Redakteure verhängt, in der Hauptsache gerade von der Kammer, die als am wenigsten objektiv angesehen wird, und zwar nicht nur in Preßprozessen. Die Urteile der zweiten Kammer auf Grund des § 153 haben die Breslauer Justiz geradezu sprichwörtlich gemacht. Im Reichstage sind diese Urteile öffentlich und scharf kritisiert worden. Diese Urteile haben in der Arbeiterchaft allgemeine Erbitterung erzeugt und Geheimrat Janke ist eben der Leiter dieser Rechtsprechung gewesen, die solche Erbitterung hervorrief. Er persönlich hat auch vielfachen Eindruck hochgradiger Vereinigenommenheit erweckt.

Die Verhandlung ist die schärfste Kritik an der Breslauer Justiz gewesen, die überhaupt denkbar ist. Die Verurteilung des Angeklagten dürfte die Janke-Strafkammer dafür kaum entschädigen.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Im Vorlage der Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft (Druckerei der „Leipziger Volkszeitung“) erschien:

Militarismus und Antimilitarismus unter Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung, von Dr. Karl Liebknecht.

Die Schrift hat folgenden Inhalt: 1. Kapitel. Allgemeines. — 2. Kapitel. Der kapitalistische Militarismus. — 3. Kapitel. Mittel und Wirkungen des Militarismus. — 4. Kapitel. Besonderes von einigen Hauptstücken des Militarismus.

Zweiter Teil: Antimilitarismus. 1. Kapitel. Antimilitarismus der alten und der neuen Internationalen. — 2. Kapitel. Der Antimilitarismus im Auslande unter besonderer Berücksichtigung der Jugendorganisationen. — 3. Kapitel. Die Gefahren des Antimilitarismus. — 4. Kapitel. Antimilitaristische Taktik. — 5. Die Notwendigkeit einer besonderen antimilitaristischen Propaganda. — 6. Kapitel. Der Antimilitarismus in Deutschland und die deutsche Sozialdemokratie. — 7. Kapitel. Die antimilitaristischen Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie.

Im Vorwort sagt der Verfasser: „Die sozialdemokratische Frage ist eine rein militärische.“

Das ist seit je der Grundton aller Scharfmachermelodien. Wenn das die früheren Wisnads- und Puttkamerischen Indoktrinationen, die Alexandrinerrede, die „Hamburger Reden“ und der Volkstur-junker von Oldenburg-Januschka noch nicht beigewacht hatten, dem werden noch den Hohenstaufen-Deutschen Entschuldigungen, die um die Jahreswende ihre Bestätigung durch den Bundesgerichtshof Außmann gefunden haben, dem werden noch jenen lapidaren Boer Wisnads die Augen aufgemacht sein.

„Die sozialdemokratische Frage — soweit sie eine politische Frage ist — ist an lebten Ende eine militärische.“ Das sollte auch der Sozialdemokratie stets als Reinekel vor Augen schweben und als ein tatsächliches Prinzip ersten Grades gelten.

Der innere Gegner (die Sozialdemokratie) ist gefährlicher als der äußere, weil er die Seele unseres Volkes vergiftet und uns die Waffen aus der Hand windet, ehe wir diese noch ergreifen.“ So

proklamierte die „Freiheit“ am 21. Januar 1907 die Souveränität des Klasseninteresses über das nationale Interesse — in einem Wahlkampf, der gerade „unter der hehrenden Standard des Nationalismus“ geführt wurde! Und dieser Wahlkampf stand unter dem Zeichen fortgesetzt gesteigerter Wahl- und Koalitionsrechtsbedrohung, unter dem Zeichen des „Bonapartisten Dogen“, mit dem Kaiser Wilhelms in seinem Selbstvertrauen die Köpfe der deutschen Sozialdemokraten suchte, um sie ins Vordringen zu jagen; er stand unter dem Zeichen eines zur Siechtigkeit gesteigerten Klassenkampfes. Nur der Blinde und Taube kann leugnen, daß diese Zeichen und viele andere auf Sturm, ja auf Orkan deuten.

Damit hat das Problem der Bekämpfung des „inneren Militarismus“ aktuelle Bedeutung gewonnen.

Die Jahreshauptwahl 1907 wurden aber auch geführt um die nationale Phrase, um die koloniale Phrase, um Chauvinismus und Imperialismus. Und sie haben gezeigt, wie beschränkt gering trotz alledem die Widerstandskraft des deutschen Volkes gegenüber den pseudo-patriotischen Nationalphrasen jener verächtlichen Geschäftsparasiten ist. Sie haben gelehrt, welche grandiose Demagogie die Regierung, die herrschenden Klassen und die ganze heulende Reute des „Patriotismus“ zu entfalten vermögen, wenn es um ihre „heilighen Güter“ geht. Sie waren für das Proletariat Wahlen der nützlichsten Klarung, Wahlen der Selbstbestimmung und der Bekehrung über das soziale und politische Verhältnis, Wahlen der Erziehung, der Befreiung von der unglückseligen „Siegesgewohnheit“, Wahlen des willkommenen Bruchs zur Vertiefung der proletarischen Bewegung und des Verständnisses für die Psychologie der Massen gegenüber nationalen Aktionen. Gewiß sind die Ursachen unserer sogenannten Schlappe, die keine Schlappe war und über die die Sieger verblüfft waren als die Besiegten, gar mannigfaltig; kein Zweifel aber, daß gerade die militaristisch durchdrungenen oder beeinflussten Teile des Proletariats, die freilich an sich schon dem Regierungsterrorismus am wehrlosesten ausgeliefert zu sein pflegen, z. B. die Staatsarbeiter und Unterbeamten, der sozialdemokratischen Ausbreitung einen besonders festen Damm entgegenzusetzen haben.

Auch das rückt die antimilitaristische Frage und die Frage der Jugendbewegung, der Jugendbildung für die deutsche Arbeiterbewegung energisch in den Vordergrund und sichert ihnen Anspruch auf zunehmende Beachtung.

Die folgende Schrift ist die Ausarbeitung eines Referats, das der Verfasser am 28. November 1906 auf der Mannheimer Konferenz der Deutschen Jugendorganisationen hielt. Sie mocht sich nicht anheißig, etwas wesentlich Neues zu bieten; sie soll nur eine Zusammenfassung bereits bekannter, mehrheitlich gemeinplätzlicher Materialien sein. Sie beansprucht auch nicht den Titel erschöpfender Vollständigkeit. Der Verfasser hat sich nach Kräften bemüht, das meiste in Leitungen und Zeitschriften unendlich zerstückelt und vergettelte Material aus aller Herren Länder zusammenzufassen; und dank vor allem der Hilfe unserer belgischen Genossen die Klarheit zu erlangen, wenigstens einen Ueberblick über die antimilitaristische und die Jugendbewegung der wichtigsten Länder zu gewinnen.

Wenn hier und da Irrtümer untergekauft sein sollten, so mögen sie durch die Schwere der Stoffbearbeitung, aber auch die vielfache Ungewissheit der Quellen entschuldigt werden, die sich nicht selten selbst in Widerspruch bewegen.

Auf dem Gebiete des Militarismus ist gerade in unseren Tagen vieles in schnellem Fluß, und z. B. im Punkte der französischen und englischen Militärreformen wird die Darstellung der folgenden Zeilen gewiß durch die Ereignisse gar bald überholt werden.

Noch mehr gilt das aber von dem Antimilitarismus und der proletarischen Jugendbewegung, diesen neuesten Erscheinungen im proletarischen Befreiungskampf, die sich allenfalls in roher Entwicklung und trotz mancher Rückschläge in erfreulichem Aufschwung befinden. So ist erst nach Durchsicht dieser Schrift in Erfahrung gebracht worden, daß die finnischen sozialistischen Jugendvereine am 9. und 10. Dezember 1906 ihren ersten Kongress in Tammerfors abhielten, wo ein Verband jugendlicher Arbeiter Finnlands gegründet wurde, der sich der finnischen Arbeiterpartei anschließen wird und neben der Erziehung der jugendlichen Arbeiter zum Klassenbewußtsein auch den Kampf gegen den Militarismus in allen seinen Gestalten zur besonderen Aufgabe hat.

Man wird gegenüber der theoretischen Grundlegung unserer Arbeit den Vorwurf often großer Kürze und ungenügender historischer Vertiefung zu erheben geneigt sein. Dem gegenüber muß auf den atavistischen Jargon der Schrift verwiesen werden, den Zweck, den antimilitaristischen Gedanken zu fördern.

Man wird wiederum mit der Aufzählung der zahlreichen oft anscheinend unerheblichen Einzelheiten besonders aus der Geschichte der Jugendbewegung und des Antimilitarismus unzufrieden sein. Diese Ungenauigkeit mag gerechtfertigt sein. Der Verfasser ging in diesen von der Ansicht aus, daß erst durch die Einzelheiten, das Auf- und Abwogen der organisatorischen Entwicklung, das Werden und Wandeln der taktischen Grundzüge eine lebendige Anschauung und die erstrebte Zusammenfassung ermöglicht wird, zumal ja gerade bei der antimilitaristischen Agitation und Organisation die Hauptverwirrlichkeit im Detail liegt.

Berlin, den 11. Februar 1907. Dr. Karl Liebknecht.

Anfrage. Am ersten Januar empfing Genosse Gerich von einem Herrn Em. Fr. per Post fünfzig Mark zugewandt mit der Weisung, sie dem Genossen Weber zu übergeben. Der Genosse Weber bittet den Absender, ihm mitzuteilen, für welchen Zweck diese 50 M. bestimmt sein sollen.

Vom Fortschritt der Presse. In Mecklenburg, so wird uns aus Rostock geschrieben, geht es auch vorwärts, trotzdem unsere Stimmzahl am 25. Januar um 5000, von 56 000 auf 61 000 gesunken ist. Das Parteiorgan, die „Mecklenburgische Volkszeitung“, ist in den 50 Städten und Ortschaften des Landes immer weiter vorgebrungen. Am 1. Januar 1907 betrug die Abonnentenzahl erst 4087, während sie sich am 1. Januar 1907 bereits auf 8800 und gegenwärtig auf 9300 gehoben hat. Der gegenwärtigen Presse muß noch viel Terrain abgenommen werden. Fast in jeder Stadt erscheinen zwei bürgerliche Zeitungen, außerdem hat der „Rostocker Anzeiger“, in dessen Offizin organisierte Buchdrucker nicht geleistet werden, überall Fuß gefaßt und vergiftet die öffentliche Meinung. Die übrigen Blätter werden zumeist vom Reichsverband gefüttert und erwidern nie eine kritische Betrachtung „ihrer“ Artikel, die in der „Mecklenburgischen Volkszeitung“ erscheint, die weil sie es nicht können. Die Sozialdemokratie darf ja im Lande Mecklenburg außer der Wahlzeit auch keine Versammlungen abhalten, was andere Parteien dürfen. Die Arbeiterpartei als nicht vorhanden zu betrachten wird aber immer weniger Erfolg haben, je mehr unsere Presse Eingang im Volke findet.

Von den Organisationen. Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Gorchlitz zählt jetzt über 2000 Mitglieder; 800 davon sind in der letzten Zeit gewonnen worden.

Berichtigung. In der letzten Nummer über die im Monat Januar eingegangenen Parteibeiträge wird auch der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“, Hamburg, mit einem Betrage von 700,— genannt. Diese 700,— M. sind jedoch gesendet vom Zentralverband der Stukkateure und Gipser, Hamburg. Lediglich die Ueberweisung ist durch den Verein „Produktion“ erfolgt. K. Gerich.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Vom preussischen Verfallungs-„Recht“. Aus Eickert erda wird dem „Volksblatt“ zu Halle berichtet:

Am Sonntag sollte in Biehla eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung stattfinden. Am Donnerstag wurde die vorchrift-

*) Am Abend des Stichtages (5. Februar 1907) wurden Truppen der Berliner Garnison mit scharfen Patronen versehen und zum Ausrücken bereit gehalten. Bekanntlich waren am 25. Juni 1906, dem vormaligen Stichtag, in Spandau die Pioniere bereits auf der Schönwalder Straße, um die über den Bahnausfall errichtete Arbeiterkaserne, „zur Mähen zu bringen“.

mäßige Anmeldung durch einen Genossen nach Saathion zum Amts-vorsteher Hauptmann a. D. Bormann befördert. Der Amtsvorsteher war aber nicht zu sprechen! Die Anmeldung blieb am Orte. Am Sonntag sollte der Vote wiederkommen. Der Amtsvorsteher verweigerte aber am Sonnabend (an welchem Tage er nur nachmittags zu sprechen war) einfach die Bescheinigung, weil er erstens den Einberufer nicht konnte, zweitens der Referent aus Berlin sei, drittens Arbeiterinnen eingeladen seien und viertens der zur Abholung der Bescheinigung Beauftragte nur ein Strohmann des Einberufers sei.

Am Sonntag besuchte also der Einberufer selbst den Hauptmann in seinem Schlosse. Die das wahrscheinlich in „färnehmen“ Häusern üblich ist, mußte unser Genosse von 11—2 Uhr warten! Dann endlich konnte er dem Amtsvorsteher und Hauptmann a. D. sein Anliegen vortragen. Erfolg hatte es nicht, denn es wurden abermals neue Gründe zur Verweigerung vorgebracht. Da blieb es: eine Gewerkschaftsversammlung ist nicht statthaft (!), da es so viele Gewerkschaften gibt. Weiter hatte der Einberufer unter der Annahme seine volle Adresse angegeben. Da wurde nun gefragt, wer die Verantwortung tragen solle? Die Gewerkschaft könne es nicht, weil es eben eine Gewerkschaft sei (!), der Einberufer könne es auch nicht, da er nur im Auftrage (der betreffende Genosse hatte vor seinen Namen die Buchstaben J. A. geschrieben) handle und ferner ungläubig (!) sei. Es kommt aber noch besser! Dem Einberufer wurde mit Verhaftung (!) gedroht, wenn er sich erlaube, irgend etwas zu unternehmen.

Es bleibt nun unseren Genossen nur noch der Beschwerdebeweg und die eventuelle Stellung eines Strafantrages gegen den Amtsvorsteher nach § 339 Str.-G.-B. Beides wird geschehen.

Der eingekerkerte Oberbürgermeister. In der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ lesen wir dieses löstliche Geschichtchen: Während der Wahlbewegung hielt der Ingenieur Grempe aus Berlin in Jittau einen Lichtbildervortrag, in dem er auch Ansichten aus unseren Kolonien vorführte. Obwohl sich das geschlecht eigentlich nicht rechtfertigen läßt, verlangte der Oberbürgermeister von Jittau — nachdem ihn die „Jittauer Morgenzeitung“ förmlich zu einem Verbote dieses Vortrages indirekt aufgefordert hatte — die Vorlegung der Bilder. Um jeder Weiterung aus dem Wege zu gehen, wurden die Bilder auch dem Oberbürgermeister vorgelegt. Bei einem Bilde nun: Ein Strafvollzug in Deutsch-Ostafrika, geriet der Herr Oberbürgermeister in große Erregung. „Das ist ein Heißbild, eine Verhöhnung des Volkes, eine Klassenverhöhnung, Klassenverhöhnung“, meinte er sehr aufgeregt, und alle Einwände, daß dieses Bild ja im „Wellsiegel“, einer Beilage des „Berliner Tageblattes“, erschienen, mit Verhöhnung des Vertreters der Amtshauptmannschaft auch an einem anderen Orte bereits vorgeführt worden sei, das Bild der Wahrheit entspreche usw., halfen nichts, das Bild wurde, weil es zur „Verhöhnung“ des Volkes beitrage, konfisziert. Nur wenige Tage später aber erschien daselbe Bild in einer Beilage der „Jittauer Nachrichten“, des amtlichen Organs des Stadtrats von Jittau, für dessen Inhalt der Oberbürgermeister mitverantwortlich ist!

Kinder von Sozialdemokraten dürfen keine höhere Bildung erwerben. Aus Bromberg wurde der „Breslauer Volkswacht“ berichtet: „Der Realshüler Skibinski aus Wollstein wurde auf Anordnung des Bromberger Schulkollegiums von der dortigen Realschule verwiesen, weil sein Vater, der Schneidermeister Skibinski, Vorstand der sozialdemokratischen Bewegung in Wollstein ist und seine Schwestern andauernd im Schulstreik verharren. Dagegen wurde dem Verwiesenen eröffnet, daß eine Wiederaufnahme in einer anderen höheren Lehranstalt für immer ausgeschlossen sei. Einigen anderen Schülern wurde dieselbe Maßnahme angedroht, falls ihre Geschwister weiter in der Obstruktion verharren.“

Beide Begründungen der Maßregel sind gleich ungeheuerlich. Hoffentlich hat sich der Genosse Skibinski nicht dabei beruhigt. Es muß durch die höchste Instanz festgestellt werden, ob die Kinder von Sozialdemokraten in den Schulen minderen Rechts sind als die Kinder der Gutgesinnten. Eine gesetzliche Rechtfertigung dürfte sich für die Maßregel nicht finden lassen, trotz allem, was wir der Klassenjustiz zutrauen.

Die Bezeichnung Sozialdemokrat ist eine Beleidigung. „Es ist eine persönliche Beleidigung, einem Nichtsozialdemokraten zu unterstellen, er verfolge sozialdemokratische Verheerungen!“ Dieses Verdict fällt das Schöffengericht in Danzig am 13. Februar 1907.

Es fiel in einem Privatbeleidigungsprozeß, den ein konservativer Führer gegen eine freisinnige Gruppe angestrengt hatte, weil sie ihn angeblich beschuldigt hatte, er wolle bei der nächsten Stadtverordnetenwahl mit den Sozialdemokraten zusammengehen. Die Sache endete mit Freisprechung, da sich ergab, daß der Freisinnige das ihm zur Last gelegte furchtbare Verbrechen nicht begangen hatte.

Die Presse vor der Revision. Das Reichsgericht hat das freisprechende Urteil der Schwedinger Strafammer im Prozeß gegen den Genossen Feldmann vom „Proletarier aus dem Eulengebirge“ zu Langenbielau und den freireligiösen Prediger Tschirn bestätigt. Beide sollten nach Ansicht der Staatsanwaltschaft durch ein Interim im „Proletarier“, das zum Austritt aus der Kirche aufgefordert, angeblich kirchliche Einrichtungen beschimpft haben. Wegen desselben Interims schwebt noch ein Verfahren gegen den Genossen Albert von der Breslauer „Volkswacht“ und Herrn Tschirn. Ob es jetzt eingeleitet wird?

Mit lästiger Auswanderer ausgewiesen. Aus Leipzig wird dem „Halleischen Volksblatt“ berichtet: Der österreichische Arbeiter Anton Schmidbauer ist als lästiger Auswanderer aus dem preussischen Staate ausgewiesen worden. Und was hat der Mann verbrochen? Er hat als Bergmann sich an der Bewegung der Bergleute beteiligt und zweimal Flugblätter verbreitet.

Wegen angeblicher Beleidigung des Bezirksamtmanns in Neustadt a. d. Waldnaab wurde am Mittwoch vor dem Schöffengericht zu Tirschenreuth der Arbeiterlehrling Laumann aus Bunsiedel zu 30 M. Geldstrafe eventuell sechs Tagen Gefängnis verurteilt. Der Amtsanwalt hatte 10 Tage Gefängnis beantragt. Die Beleidigung soll in einer Rede begangen worden sein, die in einer Gewerkschaftsversammlung zu Tirschenreuth gehalten wurde. Genosse Laumann legt Berufung ein.

Strafsakts der Presse. Der Genosse Wittmann von der Magdeburger „Volksstimme“ wurde vom Schöffengericht zu Magdeburg im Privatklagenverfahren zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er den Verleger des „Magdeburger Zentral-Anzeigers“ durch Anzeigung seiner Angaben über die Abonnentenzahl des Blattes beleidigt haben soll.

Siebenter Verbandstag der Steinfeker, Mästerer und Berufsgenossen Deutschlands.

Leipzig, den 21. Februar.

Vierter Verhandlungstag.

Ueher: Unsere Organisation referiert Wagner-Berlin. Durch die Gausleiter ist die Zahl der Streiks zurückgegangen. Trotzdem stehen Vorstand und Gausleiter oft vor der Tatsache eines begonnenen, unvorbereiteten Streiks. Aus einer ganzen Reihe von Gründen ist die Erhöhung der Streiks und anderen Unterstützungen nötig. Diese Düsseldorf, der über die Geschichte des Unterstützungswesens im Verbandsbericht, tritt lebhaft für den Ausbau der Streikunterstützung ein. Aus künstlerischen Gesellenverbindungen entstanden, sind wir seit dem Stettiner Verbandstag eine moderne Kampforganisation. An Streiks gaben wir aus 1,62 M. pro Kopf im Jahre 1906; dagegen für Kranken-

und Sterbeunterstützung 2,88 M. pro Kopf. Es gilt andere rechnerische Grundlagen zu schaffen, damit unser Kampffonds ein großer wird.

Ueber: Unser Fachorgan führt Knoll-Berlin aus, daß im Interesse des Verbandes und des Fachorgans die Personalunion vom ersten Vorsitzenden und Redakteur liegt. Falls er den Posten des ersten Vorsitzenden wirklich annehmen sollte, könnte er doch erst am 1. Juli antreten. Er empfiehlt, daß die Redaktion weiter im Nebenamt verwaltet und eine Hilfskraft angestellt wird.

Der bisherige erste Vorsitzende Genosse Wagner plädiert besonders lebhaft für die Wiederanstellung des Genossen Knoll als ersten Vorsitzenden und Redakteur. Von einer großen Anzahl Redner geschieht dasselbe. Frank-Weipzig erklärt jedoch, nicht für Knoll zu sein, sofern dessen Tendenz und Schreibweise in Zukunft auch so sein würde, wie sie beim „Vorwärts“-Konflikt sich zeigte.

Ueber die Statutenberatung, Unterstützungszweige, über die nur allgemein diskutiert wurde, berichten wir morgen im Zusammenhang mit dem Ergebnis dieser Beratungen.

Soziales.

Der Bergbaubetrieb und seine Gefahren.

Im Plenarversammlungssaale des preussischen Abgeordnetenhauses hielt der Direktor der kgl. Bergakademie Dr. Bornhardt einen Vortrag mit zahlreichen Lichtbildern über das Thema: „Die Betriebs-einrichtungen des Bergbaues, die Gefahren des Bergbaues und die Mittel, diesen Gefahren zu begegnen.“

Dr. Bornhardt begann seinen Vortrag, dem auch der Handelsminister zuhörte, damit, daß er die Arbeitsverhältnisse im Bergbau schilderte. Der Steinkohlenbergbau beschäftigt heute 77 Proz. aller Bergarbeiter oder rund eine Million Menschen. 82 Proz. aller tödlichen Unfälle kommen heute auf den Steinkohlenbergbau. Brandgefahren, wie in dem Falle der Grube „Vorussia“, seien im allgemeinen ausgeschlossen. Die Holzschächte sind durch und durch nah, so daß an ein Ausbreiten nicht zu denken ist. Der Fall „Vorussia“ sei nur durch ein Zusammen-treffen von allerhand unglücklichen Umständen zu erklären.

Der Redner schildert dann die Schlagwettergefahr. Man versteht darunter ein explosionsfähiges Gemenge von atmosphärischer Luft und Grubengas. Das beste Mittel, das Grubengas unschädlich zu machen, ist, die Grube unangelegt zu lassen. Man kann mit der Wetterlampe schon das Vorhandensein ganz geringer Mengen von Grubengasen nachweisen. Wenn sich Ansammlungen von Schlagwetter zeigen, muß die Arbeit sofort eingestellt werden. Strenge Vorkehrung ist ferner, daß vor der Anfahrt alle Betriebspunkte durch Wettermänner untersucht werden. Gefährlose elektrische Grubenlampen herzustellen, wird hoffentlich bald gelingen. Neben dem Schlagwetter droht eine große Gefahr vom Kohlenstaub. Genöthlich ist er unschädlich. Er wird aber gefährlich, wenn er durch eine Schlagwetterexplosion aufgewirbelt wird. Die verderblichen Wirkungen einer solchen Kohlenstaubexplosion zeigten sich in erschreckender Weise im März vorigen Jahres in Courrières, wo gegen 1100 Vergleute der Katastrophe zum Opfer fielen. Eine große Rolle spielt bei solchen Katastrophen neben dem häufigen Entweichen von Grubenbrand auch die Bildung von giftigen Gasen, den sogenannten Nachgasen, die oft noch zahlreich, von der Explosion verdrängt gebliebene Leute ums Leben bringen und die Rettungsarbeiten stark gefährden.

Das Hauptmittel im Kampfe gegen diese Gefahr ist die Befestigung des Staudes. Auch durch Entgleisung von Wagen werden manche Unfälle herbeigeführt. Die Hauptgefahr, die dem Bergmann beim Abbau droht, ist die, daß sich unvermittelt ein Stöckchen Stein oder Kohle löst und der Bergmann darunter begraben wird. Der Bergmann unterrichtet sich durch Anknöpfen von dem Zustande des Stöckes. Ein heller Ton gibt ihm die Ueberzeugung, daß er nicht zu stürzen hat, ein dunkler Ton warnt ihn aber. Solche Unfälle kommen aber nicht nur bei Einzelpersonen vor. In den letzten 40 Jahren sind beim preussischen Steinkohlenbergbau 41 Massen-unfälle auf Explosion, 8 auf Grubenbrand, 5 auf Selbst-fahrten, 3 auf allerhand sonstige Ursachen und nur ein einziger mit 15 Personen auf Steinfall zurückzuführen. Die Unfälle durch Stein- und Kohlenfall haben fast 40 Proz. der Zahl der üblichen Unfälle überhaupt ausgemacht. Die Regierung hat daher eine Kommission berufen, die die Stein- und Kohlenfallgefahr gründlich untersuchen und Vorschläge für eine Verhütung oder doch Verminderung der daraus hervorgehenden Unfälle machen soll. Die Kommission hat die Verhältnisse aller preussischen Steinkohlenbezirke untersucht und ihre Arbeit auch auf die wichtigsten Steinkohlenbezirke des europäischen Auslandes ausgedehnt. Als wichtigsten Grund-satz kennzeichnet die Kommission den, daß der Ausbau der Grubenräume planmäßig ausgeführt werden muß. Es ist ein Verbot der Stein- und Kohlenfallkommission, auf die Bedeutung des Spülverfahrens für die Sicherheit der Gruben-bauhause allgemein hingewiesen zu haben. Andere Anregungen der Kommission haben sich auf die Ausgestaltung der Abbaufahrten, auf die Verbesserung der Beleuchtung und auf die Aufsichtsführung bezogen. Die gesamte Tätigkeit der Kommission hat außerordentlich befriedigend gewirkt. Der Erfolg ist daran erkennbar, daß die Zahl der tödlichen Stein- und Kohlenfall-Verunglückungen von 1,45 Proz. im Jahre 1902 auf 0,61 Proz. im Jahre 1904 und 0,75 Proz. im Jahre 1905 zurückgegangen ist.

Andere Gefahren für den Bergmann sind: Die Gefahren der Schieferarbeit, die Gefahr des Schachtabtaufens und besonders die Sturmkrankheit.

Am Schluß seiner Ausführungen zeigt der Redner noch eine Reihe von Bildern von den Tagesanlagen einer modernen großen westfälischen Zeche. Da sind die Badeeinrichtungen für die Belegschaft, die Kasse, die Kranzimmern, der Bestand an Rettungs-apparaten zu sehen, und so weiter manches, was zur Wohlfahrt der Belegschaft vorhanden. Es bleibe noch viel übrig, um die Gefahren, die dem Bergmann drohen, zu vermindern. In den letzten Jahrzehnten sei aber zur Erreichung dieses Zieles viel geschehen und hoffentlich werde die Zukunft die Gefahr noch mehr beschränken.

Die schönen Lichtbilder und roßigen Schilderungen vermögen aber die „national“ beschämende Tatsache nicht hinwegzutreiben, daß die in Deutschland vorgekommenen Unglücksfälle auch im Verhältnis zu anderen Ländern leider einen hervorragenden Platz einnehmen und gegen Deutschlands herrschende Klasse der Vorwurf mit Recht erhoben werden kann, daß eine große Anzahl von Unfällen auf ihr Verschulden zurückzuführen ist. Eine gute Schule in Preußen, ein volles gesichertes Koalitionsrecht der Vergleute, eine der Gerechtigkeit entsprechende Regelung des Gedinges, Beteiligung der Bergarbeiter an dem Erlös und der Hebung der Lohnunterstützungsvorrichtungen, insbesondere Teilnahme an der Berginspektion und volle Dastung der Unternehmer für die im Betriebe vorgefallenen Unfälle fehlen in Preußen. Auf diese Mängel aber die übermässigen Unfälle in Wahrheit zurückzuführen. Der Verrückung dieser Mängel hat die Proffigkeit des Gleichberechtigung der Arbeiter bekämpfenden Unternehmertums und die Rücksichtslosigkeit gegen Leben und Gesundheit der Arbeiter, die für die Interessen dieses Unternehmertums besorgte Mehrheit im Landtag und Reichstag entgegenwirkt.

Der Kopf hängt ihnen hinten.

In großer Aufregung befinden sich zurzeit die Innungsbedürftigen in Bayern, weil durch ein Versehen ein Mann zur Meisterprüfung zugelassen worden war, der keine ordnungsgemäße Lehrgang hinter sich hatte. Noch größer aber ist die Aufregung deshalb, weil der Mann die Meisterprüfung wirklich mit gutem Erfolge bestanden hat und sogar noch einen staatlichen Zuschuß in der Höhe von 80 M. erhalten hatte. — Jetzt sollen „energische Schritte“ unternommen werden, damit es nicht mehr vorkommen könne, daß ein intelligenter Tagelöhner als jahrelanger Gehilfe von tüchtigen Gesellen so viel abquält, daß er selbst die Fäähigkeit zum Meistereigenen sich aneignet.

Aus Industrie und Handel.

Wer ist das Karnickel?

In den Unternehmernorganen wird zurzeit wieder lebhaft Klage geführt über unzureichende Verfertigung des Marktes mit Brennmaterial. Einmal heißt es, Wagenmangel sei schuld daran, dann wieder müssen die Arbeiter den Preissteigerungen abgeben. Die „Köln. Volksztg.“ behauptet, die Abnahme der Kohlenförderung in der ersten Hälfte des Jahres habe keine Ursache in dem vielen Feiern aus Anlaß der Reichstagswahl und der Winterleistung als Begleiter der Faschnachtstage. Dagegen schreibt die „Rhein. Westf. Ztg.“ folgendes:

Nachdem die Wagenstellung für den Versand von Kohlen, Holz und Getreide im Ruhrrevier in der ersten Hälfte des laufenden Monats eine etwas günstigere Gestaltung angenommen hatte und den Anforderungen der Feiern wenn auch nicht in vollem Umfange, so doch in erheblich besserem Maße als in der zweiten Hälfte des Januar entsprochen werden konnte, hat sich in den letzten Tagen wieder ein heftiger Wagenmangel eingestellt. Am 16., 18. und 19. d. Mts. ist die Stellung um 4785 Wagen hinter der Anforderung und dem Bedarf zurückgeblieben, so daß dem Kohlenverande eine Menge von nahezu 60 000 Tonnen entzogen worden ist. Am 20. Februar hat sich der Wagenmangel noch von verschiedenen Seiten eingegangenen Klagen noch verschärft, so daß ein weiterer erheblicher Ausfall zu erwarten steht. Die ungenügende Bedienung des Wagenbedarfs hat dazu geführt, daß auf einer Reihe von Feiern die Belegschaft überhaupt nicht einfinden konnte, auf anderen die Förderung vorzeitig unterbrochen werden mußte, was eine bedeutende Schwächung des Verdienstes zur Folge hat und in Anbetracht der ohnehin geringen Zahl der Arbeitstage des laufenden Monats bei der Arbeiterschaft große Unzufriedenheit hervorzurufen muß.

Wenn die Wagenstellung nicht den Anforderungen der Feiern entsprochen hat, wenn Feierschichten eingesetzt werden müssen wegen Wagenmangel, dann kann doch das Feiern der Arbeiter nicht schuld sein an der Winterförderung. So sollte man meinen, die Feierschichten wissen's besser. Sie behaupten dies, sie behaupten das, was gerade verlangt wird und für die Auftraggeber nützlich erscheint.

Ernte.

Von den bekannt gewordenen Dividendenerklärungen registrieren wir weiter:

	1905	1906
Krefelder Baumwollspinnerei Arefeld	7 1/2	10
Kammgarntspinnerei Stöhr u. Co., Leipzig	10	14
Gerresheimer Glasfabrikwerke	10	15
Norddeutscher Lloyd	7 1/2	8 1/2
Rhein. Nassauisches Bergwerk u. Hütten-G.	24	28
Eisenwerk Kratz	11	11
Handelsgesellschaft für Grundbesitz	4	8
Seltzfabrik Ruppberg	19	19
Ludfabrik A.-G. Wachen	6	10
Papierfabrik Sebnitz	7	10
Porzellanfabrik Teplitz	13	15
Gelsenkirchener Bergwerk	11	11
Schaller Bräuen	27 1/2	27 1/2
Kadener Hüttenverein	29 1/2	29 1/2
Braunschweiger Kohlenwerke	12	13
Königsberger Zellstofffabrik	18	18

Die fetten Dividenden sind ein gutes Stärkungsmittel für nationale Begeisterung.

Berliner Handelsgesellschaft. Der Abschluß für das letzte Geschäftsjahr ergibt einschließlich des aus dem Vorjahre übernommenen Gewinnes von 688 343,46 M. einen Nettogewinn von 15 250 575,10 M.

Von den erzielten Gewinnen entfallen	1906	1905
auf Zinsen und Wechsel	7 839 120,85	7 077 044,70
auf Provision	8 941 928,25	8 166 956,20
auf Konfession- und Effektengeschäfte	8 541 157,55	8 535 977,35

Die Verwaltungskosten haben 1 798 758,05 M. (1905: 1 806 614,70 M.), die Steuern 688 475,15 M. (1905: 607 961,70 M.), zusammen 2 402 258,20 M. (1905: 2 414 476,40 M.) betragen.

Nach Abzug dieser Posten bleibt ein Reingewinn von 12 848 316,90 M. gegen 11 724 507,70 M. im Vorjahre verfügbar.

Auf Antrag der Geschäftsinhaber hat der Verwaltungsrat vorbehaltlich der Genehmigung durch die Generalversammlung die Dividende für das Kommanditkapital von 100 000 000 M. auf 9 Proz. (neun vom Hundert) festgesetzt. Es soll ferner aus dem Reingewinn 1 000 000 M. dem gesetzlichen Reservefonds zugeführt werden, so daß dieser sich auf 30 000 000 M. stellen wird. Außerdem sollen auf das Bankgebäude 345 970,30 M. abgeschrieben werden. Der Vermögenslage der Angestellten soll eine Zuteilung von 100 000 M. überstehen werden, durch welche nach Abzug der auf die Zuteilung zu entrichtenden 5 Proz. Reichsteuer deren Vermögensstand einschließlich der Vermögen der Stiftungen auf 2 728 515,40 M. gebracht wird. Der nach Abzug der jagungs- und vertragmäßigen Konten verbleibende Restbetrag von 610 933,50 M. soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Gemeinsame Interessen. Wie die „Kölnische Volksztg.“ meldet, ist das königliche Kohlenkontor durch eingetragene Einigung der belgischen Kohlenhändler mit dem rheinisch-westfälischen Syndikat nunmehr perfekt geworden. Am 23. Februar soll der Vertrag unterzeichnet werden.

Fusion in der Holzindustrie. Mehrere große Fabriken zur Erzeugung gebogener Möbel in Oesterreich haben sich vereinigt. Das Aktienkapital beträgt vorläufig 6 Millionen Kronen. Weitere österreichische Möbelfabriken wollen sich anschließen.

Industrielle Gründungen und die Bautätigkeit in den Vereinigten Staaten.

Im Vergleich mit den vorhergehenden Jahren hat sich in den Vereinigten Staaten von Amerika eine ansehnlich größere Anzahl von industriellen Unternehmungen im Laufe des Jahres 1906 in Betrieb gesetzt lassen. Es entstanden an solchen Gesellschaften, die mit einem Kapital von mindestens 500 000 Dollar gegründet wurden, allein 891, und das Gesamtkapital dieser Neuunternehmungen erreichte die Höhe von 2 410 775 000 Dollar. Im Jahre 1905 hatte es 774 derartige Gründungen gegeben, und ihr Gesamtkapital hatte 1 893 570 100 Dollar betragen, 1904 nur 407 mit 1 055 685 000 Dollar, 1903 540 mit 2 429 017 000 Dollar, 1902 gar 1023 mit 3 755 984 400 Dollar und 1901 1090 mit 4 333 099 250 Dollar Gesamtkapital. Die bemerkenswerte Erscheinung bei den letztjährigen industriellen Gründungen ist die große Zahl der Kleinunternehmungen.

Wider Erwarten lassen trotz des stetigen Steigens der Arbeits- und Materialkosten sowie der Schwierigkeiten, unter welchen die Bauproduktion in den Vereinigten Staaten von Amerika, besonders in New York, leidet, die 1906 in den größeren Städten des Landes auf Neubauten verwandten Kapitalien noch insgesamt eine ansehnliche Zunahme im Vergleich mit dem vorhergehenden Jahre, erkennen. Es sind im ganzen 591 283 571 Dollar im Jahre 1906, d. h. 13 000 000 Dollar mehr bei der Bautätigkeit verausgabt worden als im Vorjahre, und zwar trotz eines Rückganges in New York um etwa 25 000 000 Dollar. Es ergibt sich daraus, daß die Bautätigkeit des Landes sich mehr den geschäftlichen Anforderungen anzupassen scheint, als dem sprunghaften und ungewissen Verlangen seitens der Spekulation. Allem Anscheine nach ist für das laufende Jahr ein etwa gleiches, wenn nicht noch besseres Resultat zu erwarten.

Berichts-Zeitung.

Im Prozeß Pöplau

Konnte die Verhandlung auch am Freitag nicht fortgesetzt werden, weil der Angeklagte wieder nicht erschienen war, als um 11 1/2 Uhr morgens seine Sache aufgerufen wurde. Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Langner verlas einen beim Gericht eingegangenen Brief, in dem Herr Pöplau mitteilte, sein Zustand habe sich nicht gebessert, sondern sich noch verschlechtert. Durch die Anstrengungen der letzten Tage sei er so heruntergekommen, daß es ihm vorläufig unmöglich sei werde, der weiteren Verhandlung zu folgen. Er gebe anheim, das durch einen Sachverständigen feststellen zu lassen. Staatsanwalt Lindow beantragte hierzu, den Medizinalrat Dr. Hoffmann mit der sofortigen Untersuchung des Gesundheitszustandes des Angeklagten zu betrauen. Sei Pöplau wirklich krank, so werde die Verhandlung selbstverständlich wiederum abgebrochen werden müssen. Der Gerichtshof folgte dem Beschlusse, den Medizinalrat Dr. Hoffmann zu beauftragen, den Angeklagten sofort und schnellstens in seiner Wohnung dorthin zu untersuchen, ob er verhandlungsfähig sei oder am folgenden Tage vernunftfähig sein werde. Die Verhandlung wurde dann bis 12 1/2 Uhr mittags vertagt.

Medizinalrat Dr. Hoffmann kehrt kurz vor 1 Uhr zurück und berichtet: Er habe den Angeklagten krank im Bette vorgefunden. Als er ihm den Zweck seines Kommens mitgeteilt, sei er aufgebracht, habe sofort gesagt: man verfolge ihn, die ganze Gerichtsverhandlung sei eine Farce, er solle ruiniert werden usw. Er erklärte weiter, nicht er, sondern ganz andere gehörten auf die Anklagebank, der Reichsanwalt müsse dahin und nicht er, der nur Verbrecher und Vergehen zur Anzeige gebracht habe. Es sei nur darauf abgesehen, ihn aus der Welt zu schaffen. Sowie er aus dem Hause gehe, werde er verfolgt, er habe sogar sein Dienstmädchen entlassen müssen, weil es spionierte. Medizinalrat Dr. Hoffmann suchte dem Patienten diese Ideen auszureden, er war aber unüberwindlich. Die körperliche Untersuchung ergab, daß der Patient einen kolossal hohen Puls von 168 Schlägen in der Minute hatte und da eine Gerichtsverhandlung seine Erregung noch steigern würde, so würde Lebensgefahr vorhanden sein. Der Angeklagte betonte wiederholt, daß er ein Interesse an der schnellen Beendigung der Sache habe und der Medizinalrat Dr. Hoffmann wies darauf hin, daß morgen der letzte Tag sein würde, bis zu welchem die Fortsetzung der Verhandlung ausgesetzt werden könne. Später müßte die ganze Verhandlung von neuem aufgenommen werden. Der Angeklagte erhielt vom Gerichtsarzte ein Beruhigungsmittel und versprach, morgen zu kommen, falls er nur irgend Frieden könnte. Er sagte, daß schon das lange Stehen körperlich seine Kräfte völlig absorbierte, und als ihm gesagt wurde, daß er sich ja setzen könne, erwiderte er: Auf die Anklagebank setze ich mich nicht, habe mich auch noch nicht gesetzt! Das Endurteil des Medizinalrats Dr. Hoffmann geht dahin: Heute besteht eine Verhandlungsfähigkeit nicht, ob es morgen der Fall sein wird, ist noch nicht zu beurteilen. — Der Gerichtshof beschloß, noch den letzten Versuch zu machen und vertagte die Verhandlung auf Sonnabend 12 Uhr.

Dann hatet eine Stadtgemeinde wegen mangelhafter Beleuchtung?

Gegen die Stadtgemeinde Deutsch-Enslau hatte der Privatsekretär L. aus Deutsch-Enslau Schadenersatzansprüche geltend gemacht, weil er durch das Verschulden der genannten Stadtgemeinde über einen auf der Fischereistraße lagernden Steinhaufen gestolpert sei und sich dadurch einen Unterschenkelbruch zugezogen habe. Während Kläger behauptet, daß die Fischereistraße trotz der dort lagernden Stein- und Sandhaufen zur Zeit des Unfalles nicht abgesperrt und auch nicht erleuchtet gewesen sei, bestreitet dies die Stadtgemeinde und führt aus, daß der Unfall kurz nach 8 Uhr passiert sei und zu dieser Zeit die Gegenstände noch zu erkennen gewesen wären. Nach dem Brenntafelender wurden die Straßenlaternen zu der fraglichen Zeit zwischen 8 1/2 und 8 3/4 Uhr angezündet.

Das Landgericht Elbing, sowie das Oberlandesgericht Marienwerder erachteten es nach der erfolgten Verweigerung für erwiesen, daß an dem fraglichen Tage eine Absperrung oder eine Warnungstafel an der Fischereistraße nicht angebracht gewesen ist, wie sie auch annehmen, daß die Straße zu der fraglichen Zeit noch nicht beleuchtet war. Da es aber nach den Zeugnisaussagen zu der Unfallzeit schon dunkel war, kamen die Vorderichter zur Verurteilung der Stadtgemeinde, indem sie noch das von der letzteren geltend gemachte eigene Verschulden des Klägers verneinten.

Gegen dieses Urteil hatte die Stadtgemeinde Deutsch-Enslau Revision eingelegt und erzielte die Aufhebung des Urteils durch das Reichsgericht. Der erkennende VI. Zivilsenat führt hierzu aus, daß es nicht hinreichend klar festgestellt sei, ob der Stadt ein Verschulden zur Last falle. Es hänge dies zunächst von dem Beweise ab, ob die Stadt verpflichtet war, zu einer Zeit die Straße zu beleuchten, als der Unfall sich ereignete und ob sie dieser Pflicht genüge. Wenn aber der Beginn der Beleuchtung nach dem Brenntafelender zwischen 8 1/2 und 8 3/4 Uhr ausgereicht haben würde, die Straße genügend zu erhellen, so habe sie den Unfall nicht verschuldet, wenn der Laternenanzünder — wie behauptet — ein zuverlässiger und pflichtbewusster Mann war. Sie hätte dann ihrer Vorsicht genügt und sei deshalb dieser Umstand in einer neuen Verhandlung vor dem Oberlandesgericht zu prüfen, wie auch das eigene Verschulden des Klägers hiermit in Zusammenhang stehe.

Der Strafunterricht für die freilebenden polnischen Schulkinder und Schulversäumnisstrafe.

Für die Schüler und Schülerinnen polnischer Nationalität, welche es ablehnten, im Religionsunterricht deutsch zu antworten, war von den Schulbehörden (Kreis- und Inspektoren usw.) in den Ostmarken als Strafe ein sogenannter Ergänzungsunterricht angeordnet worden. Die Vernehmung der wöchentlichen Schulstunden betrug für sie verschiedene 6 bis 8. Viele besuchten diesen Ergänzungsunterricht nicht. Die Eltern beziehungsweise Väter, auf deren Veranlassung aber mit deren Wissen es geschah, erhielten Schulstrafen auf Grund der Regierungsverordnungen, welche Eltern, Vormünder usw., die nicht für den Schulbesuch der Kinder sorgen, mit Strafe bedrohen. So war es Herrn Smolarkiewicz aus Pain und Herrn Gill aus einem Ort bei Schneidemühl ergangen. Ihre Bestrafung wurde in zweiter Gerichtsinstanz gebilligt, die des Angeklagten S. von der Strafkammer in Schrimm, die des Angeklagten Gill vom Landgericht Schneidemühl. Sie legten Revision ein beim Kammergericht. — Gill machte besonders geltend, daß sich der sogenannte Ergänzungsunterricht in Wirklichkeit darstelle als Arreststrafe dafür, daß die Kinder sich beim Religionsunterricht weigerten, deutsch zu antworten. Dazu habe er sie veranlaßt. Wenn er sie nicht zu dem „Ergänzungsunterricht“ gehen ließ, so deshalb, weil er sich dazu nicht verpflichtet halte, für die Teilnahme an Strafunterricht zu sorgen und weil er als Vater darüber empört gewesen sei, daß man die Kinder dafür bestrafe, daß sie den väterlichen Anordnungen Folge leisteten und im Religionsunterricht nicht deutsch antworteten. Für Kinder, die so handelten, einseitig den wöchentlichen Unterricht von 22 beziehungsweise 24 Stunden auf 30 Stunden im Laufe des Schuljahres herauf zu setzen, wäre auch unzulässig.

Der erste Straffenat des Kammergerichts verwarf die Rechtsmittel beider Angeklagten mit folgender Begründung: Es komme hier darauf an, ob es zulässig sei, daß die Schulbehörde den Gehorsam gegenüber ihren Befehlen erzwingen dadurch, daß sie besondere Unterrichtsstunden für die Kinder setze, die den Befehlen zuwiderhandeln. Wenn man nun diese Stunden hier auch nicht Arreststunden nenne, so blieben

sie doch Zwangsmittel, um die Kinder zum Gehorsam zu bestimmen. Der Anordnung solcher Nachfriststunden müsse Folge geleistet werden. Wer es nicht tue, der unterlasse sich dem Unterricht, denn diese Stunden gehörten zum Unterricht, da die Kinder eriens in ihnen etwas lernen, ihre Kenntnisse vermehren und verfrachten, und da ihnen andererseits durch sie bekannt werde, daß sie nicht ihren Pflichten nachkommen könnten, sondern Gehorsam schuldig seien. Wenn nun die Kinder auf Veranlassung oder mit dem Vorwissen der Eltern, Väter usw. an derartigen Arreststunden nicht teilnehmen (die hier Ergänzungsunterricht genannt sind), so machen sich die Eltern, Väter wegen unterrichtlicher Verhinderung des Unterrichts strafbar auf Grund der Schulverordnungen, die sich gegen säumige Eltern richteten und die Durchführung der Schulpflicht bezweckten. Angesichts der Situation sei zu betonen, daß das Kammergericht so schon vor Jahren entschieden habe. Die Verurteilung der Angeklagten sei gerechtfertigt.

Die „heimlichen Milchuntersuchungen“.

durch die vor zwei Jahren die famose „Gesellschaft zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit“ weiteren Kreisen in recht unorthodoxer Weise bekannt geworden ist, sollten am Freitag auf Neue vor Gericht erörtert werden. Zwischen den beiden früheren Schriftführern dieser Gesellschaft, dem Dr. med. Engel und dem Licentiat Wöngert schwebt seit längerer Zeit eine wechselseitige Verleumdungssache, die aus dem Streit um jene Milchuntersuchungen und aus der daran sich knüpfenden Preßsache hervorgegangen ist. Im Mai vorigen Jahres wurde sie in erster Instanz vor dem Schöffengericht verhandelt. Das Urteil lautete damals auf Freisprechung des Beklagten Engel wie des Wiederbeklagten Wöngert, weil angenommen wurde, daß beide in Wahrnehmung berechtigter Interessen und nicht wider besseres Wissen die den Gegner beleidigenden Äußerungen getan hätten. Beide Parteien waren mit diesem Urteil nicht zufrieden. So kam jetzt ihr Streit in der Berufungsinstanz vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I zu erneuter Verhandlung. Der Versuch des Vorsitzenden, eine Einigung bezw. eine Zurücknahme der Berufung herbeizuführen, wurde von Herrn Engel hartnäckig zurückgewiesen, während Herr Wöngert sich entgegenkommender zeigte. Da keine Einigung erzielt wurde, so mußte in die Verhandlung eingetreten werden, doch kam es vorläufig nur zu einem Beschluß über die Beweisanträge, die von den Parteien gestellt wurden. Wir wollen abwarten, wieviel da wirklich bewiesen werden wird. Herr Engel stellt gegen Herrn Wöngert die ungeheuerliche Behauptung auf, dieser habe durch bewusste Fälschung den Irrtum herbeigeführt, daß Milchuntersuchungen, die noch vor Gründung der „Gesellschaft zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit“ von ihm selber ausgeführt worden waren, später als Untersuchungen von Milch der durch die Gesellschaft empfohlenen Stillfälle angesehen und gegen die Gesellschaft ausgespielt wurden. — Die Aufhellung dieser Behauptung liegt in dringendem öffentlichen Interesse.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
des
6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 21. d. M. verstarb unser Mitglied, der Arbeiter
Karl Münch
(Brennauer Allee 216).
Gleichfalls am 21. d. M. verstarb unser Mitglied, der Schuhmacher
Karl Steinkopf
(Schwedterstr. 34).
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung des Genossen **Münch** findet morgen Sonntag, mittags 1/2 Uhr, auf dem Friedhof der Bartholomäus-Gemeinde in Weichenster, Hallsenberger Chaussee, statt.
Die Beerdigung des Genossen **Steinkopf** findet Montag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofs in Friedrichsfelde aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
647/13 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
Bezirk Lichtenberg.
Am Donnerstag verstarb an den Folgen eines Schlaganfalles unser Mitglied, der Gemeindevertreter, Restaurateur
Wilhelm Tieke.
Wir verlieren in dem Verstorbenen einen allseitig opferwilligen Parteigenossen.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Lichtenberger Gemeindefriedhofes in der Bornhagenstraße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Maschinenarbeiter
Richard Adam
am 20. Februar nach kurzer Krankheitsdauer verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Norddeutschen evangelischen Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
61/3 Die Ortsverwaltung.

Verein der Droschkenführer
Berlins und Umgegend.
Mitgliedschaft IV des Zentralverbandes der Transportarbeiter.
Den Mitgliebern zur Nachricht, daß der Kollege
Max Meier
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Kirchhofes, Wollanstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung Berlin IV.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Am Dienstag, den 19. Februar, abends 10 Uhr, verstarb unser Mitglied
Hermann Martin
im 56. Lebensjahre an der Lungenschwindsucht.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Andreaskirchhofes in Reinholden-Straßen, Berlinerstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
136/30 Der Vorstand.

Donnerstag abend verstarb nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater und Schwiegerohn, der Gastwirt
Wilhelm Tieke
im 52. Lebensjahre.
Dies zeigt mit der Bitte um stille Teilnahme tiefbetrauert an
Antonie Tieke geb. Albrecht.
Lichtenberg, Herzbergstr. 23, den 22. Februar 1907.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 24. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Lichtenberger Kirchhofes an der Bornhagenstraße aus statt.
16345

Todes-Anzeige.
Am 21. Februar verstarb plötzlich am Herzschlag im Alter von 94 Jahren der Heizer
Alexander Karas,
wohnhaft Memelerstr. 2, Berlin.
Wir werden ihm ein gutes Andenken bewahren.
16378
Die Frauen Brüder, Sanatorium Berlin.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters lagen mir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Zentralverband der Zimmerer, dem Hausverband, dem Lotterieverein der alten Arbeiter, sowie dem Bahndirektor des 6. Kreises unseren herzlichsten Dank.
40172
Witwe Wichmann und Kinder, Gabelbergstr. 31.
Dankagung.
Für die zahlreiche Teilnahme, sowie die schönen Kranzgebilde bei der Beerdigung meines lieben Bruders und Schwagers, des Maurers
Hermann Horlitz
lagen mir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie meinen Kollegen den innigsten Dank.
40166
Ferdinand Horlitz nebst Frau.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Berlin. Branche der Vergolder!

Montag, den 25. Februar, abends präz. 8 Uhr, in den Arminhallen,
Kommandantenstr. 20 (großer Saal):

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Arbeitersekretärs Genossen Eugen Brückner: „Die Reichstagswahlen und die Gewerkschaften“. 2. Diskussion. 3. Beschiedenes.
Laut Beschluss werden die Versammlungen pünktlich 8 Uhr eröffnet.
Mitgliedsbuch ist am Eingang behufs Kontrollstempel vorzuzeigen.
Avis! Sonnabend, den 2. März cr., findet in der „Alhambra“ ein Kammermusik-Abend der Altmannschen Kammermusik-Vereinigung unter Mitwirkung der Frau Walkotte, Gesang und Rezitation statt.
Anfang 8 1/2 Uhr. Eintritt inkl. Tanz a 50 Pf. an den bekannten Stellen erhältlich.
Die Branchenleitung.

Branche der Stuhl- und Möbelpolierer.

Mittwoch, den 27. Februar, abends Punkt 8 Uhr, im Königsstadt-Kasino,
Holzmarktstr. 72:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen H. Ahren: Der gewerbliche Arbeitsvertrag.
2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung zahlreiches Erscheinen der Kollegen notwendig.
Die Adressen der Deputen sind: Schneider, Branchenleiter, Rixdorf 5. 50, Mandach-Ufer 7; F. Erxler für SO., Rixdorf, Bismarckstr. 16; F. Bollrad für O., Am Ostbahnhof 7; M. Knoll für Nord, Nochtstr. 32.
Die Branchenleitung.

Montag, den 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr,
im Englischen Garten, Alexanderstr. 27a:

Branchen-Versammlung aller auf Küchenmöbel beschäftigten Tischler und Maler.

Die Kollegen von Weihensee und Rixdorf sind hierzu eingeladen.
Der Branchenleiter.

Sonnabend, den 2. März, im Gewerkschaftshause (großer Saal),
Engel-Ufer 15:

Großes frühlings-fest

**Reigenfahrten der III. Abteilung
des Berliner Arbeiter-Radfahrer-Vereins,
Mitglied des A.-R.-B. „Solidarität“.**
Nach dem Reigenfahren: Große Verlosung und amüsante Ueberraschung.
Anfang 8 1/2 Uhr. — Eintritt 50 Pf. — Tanz frei.
Um zahlreichen Besuch bitten
Das Komitee.

Treppengeländer = Branche!

Montag, den 25. Februar, abends 8 Uhr, bei Becker, Weberstr. 17:

Vertrauensmänner - Versammlung aller in Treppenfabriken beschäftigten Tischler, Stellmacher, Drechsler, Polierer, Maschinenarbeiter.

Jede Werkstatt, auch die ausgesperrten, müssen vertreten sein.
Die Kommission.

Achtung! Bautischler.

Dienstag, den 26. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause
(Saal 7), Engel-Ufer 15:

Sitzung der gesamten Kommission.

Die Vororte Charlottenburg, Rixdorf, Schöneberg,
Steglitz, Groß-Lichterfelde und Weißensee werden gebeten,
Vertreter zu senden.
Die Branchenkommission.

Verband der Tapezierer.

Filiale Berlin.

Sonntag, den 24. Februar 1907, vormittags 10 Uhr präzise, in den Sophien-
Sälen, Sophienstraße 17/18 (früher Handwerkerverein):

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Der Aussperrungs-Beschluss der Unternehmer.

Referent: Kollege Otto Wels.

Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. 177/7* Die Ortsverwaltung.

Achtung! Tapezierer! Achtung!

Heute Sonnabend, den 23. Februar, abends 8 Uhr, in den „Arminhallen“
Kommandantenstraße Nr. 20:

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Wie stellen sich die Kollegen zu der angedrohten Generalausperrung?

2. Diskussion. Referent: Kollege E. Biester.

In Anbetracht der ersten Situation erwartet regen Besuch Der Einberufer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Bureau:
Zimmer 34, Amt IV, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt IV, 9079.

Sonntag, 24. Februar, vorm. 10 Uhr: General-Versammlung

in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108-114.

Tages-Ordnung:

1. Neu- und Ergänzungswahlen für Angestellte im Bureau. 2. Weiterberatung der Anträge zum Verbandstag.

Zahlreiches Besuch erwartet. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Kollegen! Am gleichen Tage findet eine Flugblattverbreitung seitens der Partei statt.

Wir eruchen die hieran beteiligten Kollegen recht pünktlich zu sein, um auch noch früh genug zur

Versammlung zu kommen.

Achtung, Steinseker!

Sonntag, den 24. Februar, vormittags 10 Uhr, bei W. Melchert,
Bergstraße 69:

Verbands-Versammlung der Mitglieder der Filiale Groß-Berlin I.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Schlichtungskommission über den Stand der Verhandlungen zur Neuregelung des Tarifs für 1907-1908 und Diskussion. 2. Bericht vom Verbandstag in Pölsitz und Diskussion. 3. Wahl der Delegierten der Filiale Berlin I zur Konferenz der Provinz Brandenburg.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Ortsverwaltung. A. K.: Paul Schenke,
Berlin C. 54, Bornemannstr. 28 part., Amt III 1296.

Beste Sparanlage!

durch Kauf kleiner Grundstücke in aufstrebendem Vorort, 1/2 Stunde von
Berlin, nahe Bahnhof 38822*

□ R. 55 M. inkl. Straßenpflaster

gegen bequeme Abzahlungen. Effekten erzielen sub P. 1 an die Ex-

pedition dieses Blattes.

Verband der Portefeullier und Ledergalanterie- Arbeiter und Arbeiterinnen.

Sonntag, den 24. Februar 1907, vormittags 9 1/2 Uhr,
in Graumanns Festsälen, Naunynstr. 27:

Außerordentliche Mitgliederversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zu den eingelangten Verbandstagsanträgen. Wahl von fünf Delegierten. — Ohne Mitgliedsbuch keine Wahlberechtigung.

Rur wer sein Mitgliedsbuch in Ordnung hat, ist wahlberechtigt.

Zahlreiches Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

„Segler-Schloß“ — Hankels Ablage.

Bahnstation Zesthen. Besitzer: W. Heinrich.

Zur bevorstehenden Sommerferien halte ich mich meinen Vereinen,
Jadritzen, Schülen usw. bei ruhiger und aufmerksamer Bedienung bestens
empfehlen. — 4 neue Säle und Hallen. — Schöne Spielplätze. —
Badeanstalt. — Boote und Belustigungen aller Art.

59972* Hochachtungsvoll W. Heinrich.

Victoria.



Gepäckräder und Motorgepäckräder

beste Fahrzeuge für
Waarentransporte
aller Art.

Victoria-Werke AG
Kusterlager:
Alexandrinenstr. 93/94

Nathan Wand

129 Skalitzerstr. 129.
Die schönsten 33872*

Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neu sowie speziell

Monats-Garderobe

von Kavaliereu getragene Sachen,
fast neu, für jede Figur passend,
speziell Bauchanzüge sind in
großer Auswahl stets zu staunend
billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Skalitzerstr. 129.
Hochbahnstation Köpenicker Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Anton Bookers Ball-Salon

Habe noch Sonnabends und Sonn-
tags Säle zu vergeben, auch sind
Vereinszimmer in der Woche frei.

Anton Booker, Weberstr. 17,
T.-N.: VII Nr. 13414. 35702*

Was ist Cacaol?

Erhältlich [in Apotheken,
Kolonial- und Drogen-
Geschäften nur in
Original-Paketen
1/2 Pfund 1 Mark
und 1/4 Pfund
50 Pfennige.

CACAOL
CACAOL
CACAOL
CACAOL
CACAOL
CACAOL
CACAOL

ist ein ideales Frühstücksgetränk; so lautet das Urteil Aller, welche CACAOL
probiert haben.
ist das Beste für jeden magenleidenden, darmkranken und körperlich schwachen
Menschen.
soll jeder trinken, der eine Stärkung der Muskulatur und eine Erhöhung des
Körpergewichts anstrebt.
ist das Beste für blutarme und bleichsüchtige Mädchen, für Wöchnerinnen, für
Rekonvaleszenten, für schwächliche, zarte Frauen.
ist ein vorzügliches Getränk für Nervöse, da es bei dauerndem Genuß die Nerven
stärkt, leichte Erregbarkeit beseitigt und eine beruhigende Wirkung ausübt.
sollten Nervöse möglichst früh und abends vor dem Schlafengehen
trinken.
sollte aber vor allem das regelmäßige Getränk der heranwachsenden
Jugend sein.

1. Cacaol trinkt jedes Kind gerne und bekommt Cacaol niemals überdrüssig.
2. Cacaol nährt außerordentlich und erleichtert dem Kinde durch seine stark beruhigende Wirkung das Lernen.
3. Cacaol sättigt und hält lange vor.

Alleiniger Fabrikant **Wilhelm Pramann** □ **Radebeul.**

Generalvertreter: **Max Henneking**, Berlin W. 50, Pragerstraße 33.
Amt Wilmersdorf No. 2768.

Die Schiffskatastrophe bei Hoel van Holland

Kürzte nach den bisherigen Berichten eine der furchtbarsten in den Annalen der Schiffsunfälle sein. Etwa 180 Menschenleben sind nach den letzten Berichten ein Opfer des Naturelements geworden.

Einzelheiten über die Katastrophe.

Die Strandwache, welche Tag und Nacht die ein- und ausfahrenden Schiffe an der Maas- und Rijnmündung kontrolliert, berichtet dem „V.“ über die Strandung des Dampfers „Berlin“ aus Hoel van Holland unter dem 21. Februar wie folgt:

Um 6 Uhr 15 Minuten früh, zur üblichen Zeit, traf das Postschiff „Berlin“ vor der Maas- und Rijnmündung in Hoel van Holland ein. Fast im nämlichen Augenblick warfen Orkan und Sturmgepeitschte Wogen das Schiff quer vor die nördliche Mole, wo es auf den riesigen Vassalquaden in zwei Stücke zerbrach.

Die ertrunkenen deutschen Sänger.

Noch lassen sich die Namen der ertrunkenen Sänger nicht genau feststellen, da noch keine Gewißheit darüber besteht, ob nicht dieser oder jener die Fahrt aufgeschoben hat.

Nach Lebende an Bord des „Berlin“.

Ein Telegramm aus London vom gestrigen Tage brachte folgende Meldung: Nach einer der Great Eastern-Eisenbahngesellschaft aus Hoel van Holland zugegangenen Depesche, die 8 Uhr 30 Minuten morgens aufgegeben ist, waren um diese Zeit noch einige Personen auf dem Wrack des Dampfers „Berlin“ bemerkbar.

Eine ergreifende Schilderung

gibt ein Mitglied der Mannschaft des Dampfers „Clacton“ aus Hoel, der in der Nähe der „Berlin“ Halt machte und vergeblich

Rettungsversuche unternahm; er erzählte folgendes: Wir folgten der „Berlin“ in einer Entfernung von ungefähr 1 1/2 Stunden und kamen gegen 6 Uhr 30 Minuten an der Mündung der Maas an.

Schiffbrüchige gerettet.

Aus Hoel van Holland wird vom gestrigen nachmittag gemeldet: Es ist dem Schleppdampfer „Hellevoetsluis“ mit einer Jolle im Schlepptau gelungen, eine Boje zu erreichen und von dort aus mittels Stricken eine Verbindung mit dem Wrack der „Berlin“ zu gewinnen.

Weitere Schiffsunfälle

werden aus den verschiedenen Hafenstädten gemeldet. Helgoland, 22. Februar. Gestern nachmittag wurde in südlicher Richtung von der Insel ein deutscher Dampfer mit schwarzem Schornstein, weisem Ring mit blauem Stern oder Kreuz gefärbt, welcher die Schraube verloren hatte und Notsignale gab.

Helgoland, 22. Februar. Gestern nachmittag wurde in südlicher Richtung von der Insel ein deutscher Dampfer mit schwarzem Schornstein, weisem Ring mit blauem Stern oder Kreuz gefärbt, welcher die Schraube verloren hatte und Notsignale gab.

Cuxhaven, 22. Februar. Der Leichter Dampfer „Coburg“ geriet auf hiesiger Reede mit dem spanischen Dampfer „Vagan“ in Kollision.

Rach einer Meldung aus Helgoland treibt 7 Meilen unterhalb dieser Insel ein Huller Dampfer der Wilson-Linie mit Maschinenschaden.

Nach einem Telegramm aus Las Palmas ist das Wetter jetzt ruhiger geworden, so daß Hoffnung besteht, den französischen Kreuzer „Jean Bart“ wieder flott zu machen.

Partei-Angelegenheiten.

Auf, zu neuer Arbeit!

Die Wahlen sind vorüber und es gilt, von neuem an die Arbeit zu gehen. Unsere Partei ist eine Kampfpartei, die keinen Waffenstillstand kennt.

Für Berlin ist der „Vorwärts“ das Organ der Arbeiterschaft, ihm immer weitere Verbreitung zu geben, ist ununterbrochen eine dankenswerte Aufgabe der politisch organisierten

Genossen. Die still verbende Tätigkeit der Genossen Groß-Berlins hat neben den erfreulichen Erfolgen auf dem Gebiete der Organisation auch günstige Resultate auf diesem Gebiete zu verzeichnen.

Diesem Streben, dem Blatt der Berliner Arbeiterschaft, dem „Vorwärts“ eine größere Verbreitung und somit einen größeren Einfluss zu verschaffen, dient ein Beschluß des Zentralvorstandes des Verbandes der Wahlvereine Groß-Berlins, am morgigen Sonntag eine Flugblattverbreitung vorzunehmen.

Der Zentralvorstand erläßt folgende Aufforderung:

Achtung! Parteigenossen Groß-Berlins!

Am Sonntag, 24. Februar, früh 8 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung

statt, in welcher zum Konnément auf den „Vorwärts“ und zum Eintritt in die Wahlvereine aufgefordert wird. Im Laufe dieses Monats sollen dann die uns noch fernstehenden persönlich aufgesucht werden, um so ein Resultat der Aktion herbeizuführen, neue Abonnenten für den „Vorwärts“, neue Mitglieder der Partei zu gewinnen.

Bei der bewährten Tatkraft der Genossen Groß-Berlins hoffen wir, daß kein Mitglied der Partei am Sonntag früh fehlen wird, damit die Arbeit prompt und schnell von den bekannten Stellen aus erledigt wird.

Der Zentralvorstand.

Hoffen wir, daß die organisierten Genossen dieser Aufforderung einmütig entsprechen. Je mehr Genossen sich in den Dienst der Partei stellen, desto schneller und leichter ist die Arbeit getan.

Früh auf, zu neuer Arbeit!

Genossinnen! Genossen! Am Dienstag, den 26. Februar, abends 8 Uhr, findet im „Roobiter Gesellschaftshaus“, Wielestraße 24 und Emdenerstr. 34/35, eine Vollversammlung statt.

Dritter Wahlkreis. Am Sonntag früh 8 Uhr findet eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden ersucht, sich zahlreich in ihren Bezirkslokale einzufinden.

Friedenau. Heute abend findet im „Rheinschloß“, Rheinstr. 60, das Stiftungsfest des Wahlvereins statt.

Steglitz. Sonntag früh 8 Uhr Flugblattverbreitung in sämtlichen Bezirken. Wir erwarten rege Beteiligung.

Kornau. Morgen früh 8 Uhr findet eine Flugblattverbreitung statt. Treffpunkt bei Grühl, Frießstr. 60.

Lichtenberg. Alle Zuschriften, den hiesigen Wahlverein betreffend, sind an die Adresse des 1. Vorsitzenden Gen. F. Brühl, O 112, Schornweberstr. 60 II, zu richten.

Treptow-Baumgartenweg. Morgen Sonntag findet eine Flugblattverbreitung statt. Die Parteigenossen werden ersucht, pünktlich um 8 Uhr in ihren Bezirkslokale zu erscheinen.

Nieder-Schöneweide. Eine Flugblattverbreitung findet morgen früh 8 Uhr vom Vorschützen Lokal, Grünstr. 8, aus statt.

Johannisthal. Die Flugblattverbreitung zur Werbung neuer Abonnenten sowie neuer Vereinsmitglieder findet am Sonntag, den 24. d. M., morgens 8 Uhr, von Gobin, Koonstr. 2, aus statt.

Friedrichsfelde. Morgen früh 8 Uhr Flugblattverbreitung. Die Genossen treffen sich im Lokal von J. Lasse, Luisenstr. 20.

Stralau. Am Sonntag früh 8 Uhr findet Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden ersucht, sich in folgenden Lokale einzufinden: 1. Bezirk bei Paul Schöpf, Alt-Stralau 17, im 2. Bezirk bei Alex Schmidt, Paragrafenbamm 16.

Wahlbezirk a. O. Am morgigen Sonntag früh 8 Uhr findet eine Flugblattverbreitung statt. Die Kaulsdorfer Genossen versammeln sich bei Rees (Homanns Gesellschaftshaus), Berliner Chaussee.

Röpenitz. Am Sonntag, den 24. Februar, findet eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden ersucht, sich pünktlich 7 1/2 Uhr morgens in den nachstehenden Bezirkslokale einzufinden: Dammvorstadt: Fr. Schuler, Hohenzollernplatz, Riechvorstadt: Otto Fiech, Riegelheimerstr. 2, Altstadt: G. Müller, Alter Markt, und Köpenicker Vorstadt: B. Piesche, Grünauerstr. 1.

Reinickendorf-Ost. Am Sonntag früh 1/8 Uhr findet von den bekannten Stellen aus Flugblattverbreitung statt. Pflicht jedes Genossen ist, sich an den Parteiarbeiten zu beteiligen.

Pankow. Am Sonntag 8 Uhr vormittags findet von den Bezirkslokale aus eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen

werden dringend ersucht, den Bezirksführern durch rege Beteiligung die notwendige Unterstützung zu gewähren. — Am Dienstag, den 26. Februar, 1/9 Uhr abends, findet bei Roszdy, Kreuzstr. 8/4, eine außerordentliche Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht vom Kreise, 2. Stellungnahme zur Kreis-Generalversammlung und Anträge zu derselben, 3. Bericht der Gemeindevorsteher, 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Kranz, Buchholz. Am Sonntag 8 Uhr vormittags findet von der bekannten Stelle aus eine Flugblattverbreitung statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Bezirk Waldmannslust. Sonntag, den 24. Februar, früh 8 Uhr findet in Vorkriegswalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf, Glienicke und Hohen-Reuendorf Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden ersucht, pünktlich und vollständig zur Stelle zu sein.

Für die Orte Vorkriegswalde, Wittenau und Wittenau findet am morgigen Sonntagvormittag 10 Uhr in Vorkriegswalde im Lokale von Wittich, Ernststr. 1, eine Zusammenkunft der Genossen obengenannter Orte zwecks Aussprache und Konstituierung eines Kandidaten zu der im März d. J. stattfindenden Gemeindevorwahl statt. Die Genossen werden ersucht, pünktlich und vollständig zu erscheinen. Der Vorstand.

Regel. Sonntag morgen 8 Uhr Flugblattverbreitung von folgenden Lokalen aus: 1. Bezirk: Schloßpark, Berlinstr. 92, 2. R. Schmidt, Schlieperstr. 61, 3. Galt, Brunowstr. 6, am Platz, 4. Galt, Schlieperstr. 61, und 5. Pfeffer, Berlinstr. 66. Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Kranenburg. Am Sonntag, den 24. Februar, früh 8 Uhr, findet von den bekannten Lokalen aus eine Flugblattverbreitung statt. Es wird den Genossen zur dringlichen Pflicht gemacht, sich daran vollständig und pünktlich zu beteiligen. Der Vorstand.

Zur Lokalkasse. Heute Sonnabend hält der Lotterieverein „Glück auf“ in dem Lokal „Berliner Hof“, Joh. Seeger (früher Wwa. Bauer), Charlottenburg, Berlinstr. 85, seinen Monatsball ab. Da das genannte Lokal der Arbeiterkassen nicht zur Verfügung steht, sind alle dortigen Veranstaltungen seitens der Parteigenossen streng zu meiden. Die Lokalkommission.

Berliner Nachrichten.

Das Schicksal des Grunewalds

war kürzlich wieder einmal Gegenstand einer längeren Erörterung im preussischen Abgeordnetenhaus, ohne daß dabei etwas Wesentliches herausgefunden wäre. Es wurde offen bestätigt, daß der Fiskus drauf und dran ist, die Wälder um Berlin zu verkaufen, um recht viel Geld herauszuschlagen. Wer das Höchstgebot macht, bekommt den Wald zugeschlagen und alle vom preussischen Fiskus bisher getroffenen Maßnahmen haben den Beweis geliefert, daß die Wälder nur der Bauspekulation ausgeliefert werden. Dabei verweigert sich der Vertreter des Fiskus sogar noch zu der Bemerkung, daß man den Gemeinden ein großes Wohlwollen entgegenbringe, das darin bestehen soll, daß man gern bereit sei, auch mit den Kommunen ein Geschäft zu machen — wenn diese natürlich gut zahlen. Es wird zwar zugegeben, daß auch der Staat die Pflicht habe, den Wald in der Umgebung der Großstädte zu erhalten, nur tut man nichts nach dieser Richtung hin. Es wird „wohlwollend“ den Gemeinden empfohlen, tief in denbeutel zu greifen und dem Fiskus recht viel Geld an den Hals zu werfen; er braucht eben viel. Ueber die Zukunft des Grunewalds hat sich der Oberlandforstmeister Wesener, der im Abgeordnetenhaus die Interessen des Fiskus vertrat, einem Mitarbeiter des „Berl. Tagebl.“ gegenüber wie folgt geäußert:

„Vorweg möchte ich betonen, daß niemals die Absicht bestand hat, aus dem Grunewald einen „Wurstelprater“ zu machen. Unter dem Volksspaß verstand man damals etwas anderes. Heute sind auch wir dafür, daß es am besten ist, wenn der Grunewald als Wald erhalten bleibt. Glauben Sie denn, daß der Kaiser, so lange er sein Jagdschloß im Grunewald besitzt, jemals eine Verunstaltung des Grunewalds zugeben würde? Jetzt kommt aber etwas anderes in Frage: wir bauen die große Döberitzer Heerstraße durch den Grunewald, wohl die größte Verkehrsstraße der Welt, wie keine andere Großstadt sie besitzt. Das kostet und natürlich Geld und wir sind gezwungen, einen Teil der Kosten wenigstens aus dem Grunewald herauszuschlagen. Berlin gibt uns dafür nichts, obwohl es doch ein Interesse daran haben müßte, eine gerade Verbindung nach Potsdam, ein neues großes Ausfalltor nach dem Westen, fast wie geschildert zu erhalten. Wir sind an Berlin mit dem Wunsche herantretend, es möchte zur Ueberbrückung der Havel einen Kostenbeitrag bewilligen. Der Berliner Magistrat hat dieses Ersuchen glattweg abgelehnt mit der Begründung, die Reichshauptstadt hätte gar kein Interesse an diesem Brückenbau. Wir waren also gezwungen, das Geld von anderswo zu nehmen.“

Was wir Charlottenburg bewilligt haben, wollen wir auch gern Berlin zugestehen. Charlottenburg hat uns einen großen Teil der Jungfernhöhe abgekauft, um dort einen Erholungspark für seine Bewohner anzulegen. Bauen Charlottenburg dort Grundstücke für seine Zwecke oder verkauft es Land zur Bebauung, so steht uns nach dem Vertrage 50 Proz. des Erlöses zu. Wir haben Charlottenburg damit gewissermaßen die Verpfändung auferlegt, möglichst viel Gelände zu verkaufen und möglichst wenig für die Bebauung zu verwenden. Das ist der Weg, den wir verfolgt haben und weiter verfolgen wollen. Ich kann Ihnen daher nochmals die Versicherung geben, daß wir zu Verhandlungen gern bereit sind. Die finanzielle und rechtliche Seite der Frage, ob Pacht- oder Unterhaltungsvertrag, läßt sich in zweiter Linie in Betracht. Die Unterhaltungsverträge des Grunewalds sind, offen gestanden, gar nicht so sehr erheblich und liegen sich wohl erlösenden. Die forstwirtschaftliche Nutzung des Grunewalds ist nicht groß, und wenn ein Abkommen irgend welcher Art zustande kommen sollte, würde sie auf das allernotwendigste beschränkt werden.“

Was wir oben über das „Wohlwollen“ des Fiskus den Kommunen gegenüber sagten, wird hier nur wieder bestätigt. Geld ist die Seele!

Gegen die Waldvertwüstungen nehmen immer weitere Kreise Stellung. Am Donnerstag fand in Groß-Lichterfelde eine Versammlung mit dem Thema „Waldschutz“ statt, in der folgende Resolution beschloffen wurde: „Die vom Freisinnigen Verein für Groß-Lichterfelde und Umgebung einberufene Versammlung hält eine nachdrückliche Belämpfung der Verwüstung des Grunewalds abzuholen, für dringend geboten. Sie fordert die volle Erhaltung des Forstes im Hinblick auf die Gesundheit der beteiligten Orte und vor allem im Hinblick auf die Schuljugend und erwartet von den Gemeindeverwaltungen, daß sie eine gemeinsame Aktion einleiten, um den Grunewald in unangefochtenem Umfang zu erhalten und weitere Verwüstungen für die Zukunft unmöglich zu machen.“

Eröffnung des neuen Fernsprekambes 2. Die neue Betriebsweise im Fernsprechnetz von Groß-Berlin erfährt am nächsten Sonntag, den 24. Februar, eine weitere Ausdehnung. In diesem Tage wird die neue Fernsprek-Vermittlungsanstalt 2 in der Turmstraße in Moabit dem Betrieb übergeben. Die Eröffnung erfolgt gleich mit dem Beginn des Dienstes in der Frühe, nachdem in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag die Leitungen zu dem alten Amt abgeschnitten und sämtliche Anschlüsse mit dem neuen Amt

verbunden sein werden. Wie bei den früheren Verlegungen von Leitungen sind sämtliche Anschlüsse jetzt mit beiden Anstalten, der alten und der neuen, durch Leitungen verbunden. Mit der Eröffnung des neuen Amtes 2 kommt bei seinen Sprechstellen die neue Betriebsweise ohne Kurbel und Batterie zur Anwendung, wie sie schon jetzt für die Kempter 6, 7 und Berlin-Charlottenburg besteht. Der Betrieb erfolgt vom Amt mit Hilfe der dort befindlichen Zentralsprache. Der Anruf des Amtes wird lediglich durch Abheben des Fernhörers von den Häfen bewirkt. Die verlangten Sprechstellen oder zweiten Kempter werden von den Beamten der Vermittlungsanstalten angerufen. Bei Verbindungen vom Amt nach einer Nebenstelle durch Vermittlung der Hauptstelle ist erstere stets von der Hauptstelle aus mittels Kurbeldrehung anzurufen. Nebenstellen rufen die Hauptstelle ebenfalls stets durch Kurbeldrehung an. Die Vermittlungsanstalt 2 unterscheidet sich von den übrigen Kemptern von Berlin und Charlottenburg dadurch, daß sie verhältnismäßig klein, die kleinste von allen ist. Nach der letzten Aufnahme vom 6. Januar 1907 zählte das Amt 5114 Hauptanschlüsse, die bis zur Vermittlungsanstalt eingeführt sind. Dazu kommen 2768 postalische und 188 Privat-Nebenanschlüsse. Das ganze Amt zählte somit 8070 Fernsprechstellen.

Schon wieder haben Eindrehler das Bureau einer Krankenkasse heimgejagt, um den Geldschrank auszurauben. Diesmal galt der Besuch der Innungs-Krankenkasse der Tischler, die in der Schmiedestraße 15 ihr Bureau hat. Die Spitzbuben haben vom zweiten Hof aus mit einer Leiter das Dach erklommen und sind von hier aus schließlich in das Kassenlokal eingedrungen. Nach den verschiedensten Manipulationen ist es ihnen gelungen, den Kassen-Schrank zu öffnen, wobei 17 000 M. erbeutet wurden. Der Kasse erspäht kein Schaden, da sie versichert ist.

Wie von der bürgerlichen Presse geschwinde wird.

Unter der fragenden Ueberschrift: „In polizeilicher Obhut?“ berichteten wir in Nr. 35 (10. Februar) über die uns vorgelegte Klage, daß am 1. Februar ein Arzt der Unfallstation am Grünen Weg einen ihm zugeführten Arbeiter Weinheubel für nur betrunken gehalten und ihn mit angeleglich heißen Körper zu eigenem Schutz an zwei Schulleute des 95. Polizeibureaus (Münchberger- und Fruchtstraße) übergeben habe, daß aber am anderen Tage dieser Arbeiter vom Polizeipräsidium mit einem Schadelbruch an das Birkow-Krankenhaus abgeliefert worden sei. Wir leisteten unsere Darstellung ein mit der Bemerkung, daß wir die Sache so noch nicht recht zu glauben vermöchten. Am Schluß aber wiesen wir hin auf die Möglichkeit, daß die Schulleute den Mann gar nicht sofort in polizeilicher Obhut behalten hätten, sondern ihn einjuxen wieder sich selber überlassen hätten. Wir fügten hinzu, daß an der Aufklärung des Vorkommnisses auch der Unfallstationarzt, der ihn den Schulleuten als nur betrunken bezeichnet hatte, ein sehr lebhaftes Interesse haben müsse.

Unsere Mitteilungen wurden zunächst von der gesamten bürgerlichen Presse mitgeteilt, obwohl wir ihr durch Angabe der Adresse des Verstorbenen sowie durch Nennung der Unfallstation und der Polizeiwache die Möglichkeit der Nachprüfung geschaffen hatten. Erst jetzt, nach ziemlich vierzehn Tagen, bringt die „National-Zeitung“ unter der Spitzmarke: „Wie Polizeistandale gemacht werden“ einen uns wütend anfeindenden Artikel, in dem sie als Ergebnis eigener Erfundungen mitteilt: Weinheubel sei beim Schneeschleppen überfahren worden, es sei aber auf der Unfallstation keine Verletzung bei ihm gefunden worden, und da habe man ihn entlassen; auf der Straße sei er umgefallen, man habe ihn für betrunken gehalten und ihn nach dem Polizeigewahrsam gebracht; auch im Polizeigewahrsam habe man keine Verletzung an ihm entdeckt, der Arzt habe indes wegen eines bei ihm vorliegenden inneren Leidens Ueberweisung an ein Krankenhaus angeordnet; auch dort sei keine äußere Verletzung gefunden worden, der Kranke sei aber gestorben, und bei der Obduktion habe man dann einen Schadelbruch festgestellt. Das alles wird von dem Blatt, wie gesagt, jetzt als allerneuestes Ergebnis eigener Erfundungen veröffentlicht. Unrathet werden diese Angaben von einer giftigen Schimpferei über den „Vorwärts“, der wieder mal „in stolzer Weise“ gegen die Behörden geheht habe. Nicht mit einer einzigen Silbe vertritt die „National-Zeitung“ ihren Lesern, daß das Wesentliche ihrer Neuigkeiten schon in Nr. 35 des „Vorwärts“ sogleich mitgeteilt worden ist. Selbstverständlich mußte das Blatt diese Tatsache verschweigen, denn sonst wäre ja das ganze Geseife unmöglich gewesen. Der „National-Zeitung“ blüht übrigens die „Ehre“, daß Blätter wie das „Reich“ und die „Post“ ihren Schwindel sofort aufgreifen und weiterverbreiten. Das „Reich“ gibt ihn dreist und gottesfürchtig unter dem Titel: „Die „Vorwärts“ lügt“, obwohl dem Blatt bekannt sein muß, daß die vom „Vorwärts“ veröffentlichte Darstellung durch die Darstellung der „National-Zeitung“ bestätigt wird. Die „Post“ faselt von einer „systematischen Hege der Sozialdemokratie gegen die Polizei“ und schwindelt frech: „Es zeigt sich hier wieder einmal, wie eifrig die Sozialdemokratie drauf los fälscht und lügt, um gegen den Staat und seine Institutionen zu hetzen.“ Wer unseren Artikel aus Nr. 35 kennt und mit ihm die jetzigen Mitteilungen der „National-Zeitung“ vergleicht, wird die ganze Schamlosigkeit dieser offenbar wieder mal aus der Kasse des Lügenverbandes schöpfenden Zeitungsreiber ersehen, die ihre Leser glauben machen wollen, der „Vorwärts“ sei es, der hier „fälscht und lügt“.

Neu ist an der Darstellung der „National-Zeitung“ nur das eine, daß sie als feststehend ansieht, Weinheubel habe den Schadelbruch bereits in dem Augenblick erlitten, als er überfahren wurde. Darin liegt für den Unfallstationarzt der Vorwurf, den Verunglückten nicht so gründlich untersucht zu haben, wie es unseres Erachtens zu geschehen hat, wenn einem Arzt eine Person zugeführt wird, die schon überfahren worden ist. Daß der Schadelbruch dann — immer noch der Annahme der „National-Zeitung“ — auch dem Arzt des Polizeigewahrsams und sogar dem Krankenhausarzt entgangen ist, wird manchem ebenso verwunderlich erscheinen. Wir wollen uns jedes Urteils hierüber enthalten und das Ergebnis der Untersuchung abwarten.

Unentgeltlicher Unterricht in der Schulungsstelle für Frauen und Mädchen findet wieder im Monat März statt. Meldungen am Montag, den 25., und Dienstag, den 26. Februar, von 12 bis 4 Uhr im Bureau des Kinderhauses, Blumenstraße 78, vorn I. port.

Eine Kindesleiche im Müllkasten. In dem Hause Gartenstraße 108 wurde Donnerstagvormittag von dem Lumpensammler Hermann Möhle im Müllkasten die Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts aufgefunden, die in einer Hülle von Papier und Klebungsmitteln steckte. Wie sich herausstellte, hat das Paket bereits am 15. dieses Monats abends im Flur des Hauses gelegen, es ist dann auf den Hof gelangt und schließlich, ohne daß sich jemand von dem Inhalt überzeugt hatte, von der Hausreinigerin in den Müllkasten geworfen worden.

In eigenartiger Weise zog sich vorgestern der 11jährige Schüler Karl King schwere Verletzungen zu. Der Knabe hatte eine Flasche Bier geholt und glitt, als er damit nach Hause gehen wollte, beim Uebersteigen des Hahndammes der Brodinsstraße aus. Die Bierflasche fiel zu Boden und zerbrach. Als der kleine K. sich erheben wollte, glitt er abermals aus und fiel nun so unglücklich, daß er mit den Händen und dem Gesicht in die Scherben der zertrümmerten Flasche stürzte. Der Knabe erlitt schwere Schnittwunden, unter anderem eine Verletzung einer Handarterie, und mußte nach der

Unfallstation übergeführt werden, wo ihm ein Rotverband angelegt wurde.

Ein Leuchtgasvergiftung sind vorgestern der Schuhmachermeister A. und dessen 21jähriger Geselle B. schwer erkrankt. A., der in dem Hause Franfurter Allee 170 eine Besoflanstalt betreibt, war Mittwoch abend mit seinem Gesellen zu einem Vergnügen gewesen und kehrte erst ziemlich spät nach Hause zurück. Bei dem Auslösen der Gaslampen muß A. wohl versehentlich die Hauptbahn wieder aufgedreht haben, so daß das Gas ungehindert in den Laden und das angrenzende Schlafzimmer des Schuhmachermeisters und seines Gesellen hineinströmen konnte. A. war vermutlich in der Nacht noch geworden und hat wohl versucht, die Leuchte zu öffnen, um frische Luft eindringen zu lassen, ist jedoch, bevor er die Tür erreichte, brennungstod zusammengebrochen. Der Unglücksfall wurde morgens um 4 1/2 Uhr von dem Rettungsboten entdeckt, der die Leuchte verschlossen fand, jedoch A. mitten in dem Laden liegen sah. Die Tür wurde gewaltsam erbrochen und mehreren hinzugerufenen Ärzten gelang es, durch Anwendung eines Sauerstoffapparates die beiden Erkrankten wieder in das Leben zurückzurufen. Sie wurden mittels Transportwagens nach dem Krankenhaus Friedrichshain übergeführt.

In den Fahrstuhl gestürzt. Vorgestern abend stürzte die 24 Jahre alte Inhaberin einer Schildermalerlei, Frau Flora Mann, als sie ihren in vierter Stockwerk des Luergebäudes Chauffeur. Le belegenen Fahrstuhl verlassen wollte, in den Fahrstuhlhohlräum. Ein Arzt konstatierte schwere innere Verletzungen und ließ sie nach der Charité bringen. Ob eigene Unvorsichtigkeit vorliegt, oder ob der mechanische Türverschluss nicht funktionierte, bleibt noch aufzuklären.

Zu dem Morde des Bierkutscher Hase, über den wir seinerzeit berichteten, wird gemeldet, daß der unter der Aufschuldigung des Mordes in Untersuchungshaft genommene Arbeiter Ignaz Pollebeck aus Münchenberg gestern auf Anordnung der Staatsanwaltschaft zu Frankfurt a. Oder entlassen worden ist, da die Untersuchung seine Unschuld ergeben hat.

Der Reffe des Kommerzienrats Volke, Kaufmann Franz Volke, hat Selbstmord begangen. Damit ist der rätselhafte Selbstmord den ein Mann in einem Gasthof der Invalidenstr. durch Erhängen verübte, und bei dem der Gutsbesitzer Bartel schließlich als der Tote bezeichnet wurde, aufgeklärt. Es handelt sich um den 54 Jahre alten Reffen des Kommerzienrats Volke, Franz Volke aus der Oldenburgerstr. 11. Onkel und Reffe kauften vor mehreren Jahren das Grundstück Waldenstr. 2-4 für 900 000 Mark. Hierbei war der Reffe mit 150 000 M. beteiligt, der auf dem Grundstück ein Furgengeschäft eröffnete. Als Verwalter hatte der Kommerzienrat seinen Schwager, den Kaufmann G. eingesetzt. Mit diesem konnte sich der Reffe nicht vertragen, und die Uneinigkeiten führten dazu, daß der Reffe Franz V. im Januar sein Kapital zurück erhielt, seinem 24jährigen Sohn das Geschäft übertrug und nach der Oldenburgerstr. verzog. Er konnte sich aber über das Zerwürfniß mit dem Kommerzienrat nicht beruhigen und beging Selbstmord.

Auf dem Wette Altschneepfad sind gestern nachmittag 100 Willets vom Berliner Volkssport, die in Zeitungspapier eingewickelt waren, verloren gegangen. Der eventuelle Gewinner wird um Abgabe gebeten an Heilmann, Fildinstr. 18 vorn 8 Treppen.

Personen, welche in der Nacht vom letzten Sonntag zum Montag aus dem Hause Chausseest. 75 mehrere Leute mit neuen Nädern ohne Laternen herauskommen gesehen haben, werden gebeten, ihre Adresse einzusenden an Max Bogert, Turmstraße 70.

Der Todesfall nach einer Ohrfeige, über den wir vor einigen Tagen berichteten, ist nach der gerichtsarztlichen Leichnung der Leiche noch nicht endgültig geklärt. Der Bierkutscher Gustav Pflug hatte von seinem Mitfahrer eine Ohrfeige erhalten und war fünf Minuten später eine Leiche. Der Mitfahrer Hermann Schönfeldt wurde in seiner Wohnung verhört. Die Leichenöffnung hat als Todesursache Herzschlag ergeben, löst aber die Möglichkeit zu, daß der Herzschlag in ursächlichem Zusammenhang mit der Ohrfeige steht, indem er durch die Erregung infolge des Schlags herbeigeführt wurde. Zwar wurde Schönfeldt vorgestern, weil kein Fluchtverdacht vorliegt, auf freien Fuß gesetzt, doch nimmt das Gerichtsverfahren gegen ihn wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang seinen Fortgang. Der Bierkutscher Pflug wurde vorgestern nachmittag unter großer Beteiligung seiner Berufsgenossen in Nieder-Schönhausen zu Grabe getragen.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht um 11 1/2 Uhr stand in der Linienstr. 24 ein Bierstößelgeschloß im Keller in Flammen. Altkern, Werten usw. brannten und es mußte die Feuerwehr kräftig Wasser geben, um die Gefahr für das Haus zu beseitigen. Ein zweiter ähnlicher Brand beschäftigte den 16. Zug in der Schulendorferstr. 4. Petroleum, Öl, u. a. brannten dort im Keller. Im Keller des Hauses Wallstr. 100 war Stech und anderes in Brand geraten und in der Ritterstr. 111 Gardinen usw. Gestern früh um 4 Uhr wurden in der Bernauerstr. 97 Weiten, Kleider und anderes ein Raub der Flammen. Schäldecken, Balken, Fußböden brannten in der St. Franziskusstr. 80/81 und Säde in der Strelitzerstr. 10. Grober Unfug lag einer Feuermeldung nach dem Altschneepfad zugrunde. Der Täter, Friedrich Hesse aus der Arnstr. 44, wurde ergriffen und nach der Polizeiwache gebracht. Einen plausiblen Grund vermachte der Mann nicht anzugeben. Er sieht nun einer Strafe wegen Sachbeschädigung entgegen.

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

Der Wahlverein hielt am 19. d. M. seine Generalversammlung bei Hoppe ab. Nach Aufnahme von über 700 neuen Mitgliedern gab Genosse Heinrich den Bericht des Vorstandes, woraus folgendes entnommen sei: Das Quartal Oktober-Dezember war infolge der Stadtverordnetenwahlen und der Vorarbeiten zur Reichstagswahl das arbeitsreichste. Stattgefunden haben 10 Vorstandssitzungen, 3 Mitgliederbesprechungen sowie 10 Volksversammlungen. Der Mitgliederbestand betrug zu Anfang des 4. Quartals 2265, verjoren resp. ausgeschieden sind 120, gestorben 6, eingetreten sind im 4. Quartal 982, so daß am 1. Januar 1907 ein Bestand von 9065 Mitgliedern zu verzeichnen war. Der Abonnementstand des „Vorwärts“ beträgt gegenwärtig 9700, auch hier konnte seit dem 1. Januar eine Zunahme von über 700 Lesern festgestellt werden. So erfreulich ja nun das Anwachsen des Wahlvereins sowie der Leserzahl des „Vorwärts“ ist, so steht es doch in einem sehr schlechten Verhältnis gegenüber der bei der Reichstagswahl für den Genossen Zübel abgegebenen Stimmengahl. Von den 29 346 sozialdemokratischen Wählern sind nur der dritte Teil „Vorwärts“-Abonnenten (?), während der Wahlverein noch nicht ein Fünftel zu seinen Mitgliedern zählt. Eines besseren Beweises, ein wie überaus reiches Arbeitsfeld sich der Organisation am Orte zur Verfügung bietet, bedarf es wohl nicht. Sein besonderes Augenmerk muß der Verein auf die Verdrängung der sogenannten „unparteilichen“ Presse, besonders aber des „Rigdorfer Tageblatts“ richten; gerade des letzteren „Unparteilichkeit“ ist bei den verflochtenen Reichstagswahlen ganz besonders zutage getreten. — Nach dem vom Genossen Stieker abgegebenen Kassensbericht betragen die Einnahmen im verflochtenen Quartal 8845,84 M., an die Kreisliste wurden 8806,89 M. abgeführt, am Orte 1128,25 M. verausgabt, mithin ist ein Bestand von 1820,29 M. — Nach dem vom Bibliothekar gegebenen Bericht verfügt die Bibliothek über 858 Bände, welche insgesamt 8088 mal verliehen wurden. — Die Lokalkommission teilt mit, daß die Vereinskassette, Richardplatz, nach wie vor gesperrt sind, ferner daß

der Gastwirt Göge Hermannstraße 211 eine Schankwirtschaft inne hat. Dieser Wirt hat vor ein paar Jahren einigen Ristenkammern zu ein paar Wochen Aufenthalt hinter schwedischen Gardinen verschlossen, was den Genossen erneut unterbreitet wurde. Zum Punkte: Neuwahl des Gesamtvorstandes unterbreitete der Vorsitzende der Versammlung den Vorschlag des Vorstandes, dem überlästeten Kassierer einen zweiten Kassierer zur Seite zu stellen sowie einen zweiten Schriftführer wählen zu wollen, da bei der Größe des Vereins es sich als notwendig erweise, die monatlichen Mitgliederbesprechungen in zwei Lokalen stattfinden zu lassen; ferner soll das bis jetzt bestehende Vierteljährsystem abgeändert und an deren Stelle vier Quarta-Kassierer treten.

Nach kurzer Diskussion wurden die Vorschläge des Vorstandes akzeptiert. Die Neuwahl des Vorstandes sowie der genannten Funktionäre zeitigte folgendes Resultat: 1. Vorsitzender: Jirrel, 2. Vorsitzender: A. Scholz, 1. Schriftführer: Keiling, 2. Schriftführer: Alster, 1. Kassierer: Sieler, 2. Kassierer: Bildgrube, Beisitzer: Engel und Genneder, Revisoren: Wiese, Heller und Bieweg, Hilfskassierer: für den 1.-5. Bezirk: Kied; 6.-10.: Schmidt; 11.-15.: Bringsmann; 16.-20. Weibid. Die Wahl des Bibliothekars wurde bis zur nächsten Generalversammlung ausgesetzt. In die Lokalkommission wurden die Genossen Kied, Hendrichsle und Schöder wiedergewählt. — Zur nächsten Kreisgeneralversammlung werden die Genossen Heinrichs, Jirrel und Groger delegiert. Unter Vereinsangelegenheiten wird auf die am Sonntag stattfindende Flugblattverbreitung aufmerksam gemacht; das Material wird den Bezirksführern am Freitag ausgegeben. — Ein Antrag des 17. Bezirks, gegen das „Nizdorfer Tageblatt“ als Lesetüre in Arbeiterkreisen vorzugehen, wurde dem Vorstand überwiesen. — Nachdem der Vorsitzende auf die am 3. März stattfindende Uramin-vorstellung aufmerksam gemacht, dabei betonend, daß die abgefertigten Billets am 24. d. M. abgerechnet werden müssen, erfolgte Schluß der Versammlung.

In einer öffentlichen Versammlung aller städtischen Arbeiter referierte am Mittwoch Stadtvorordner M. Groger über das Thema: „Die Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter Nizdorfs“. Die Arbeitsverhältnisse, meinte Redner, lassen in mancher Hinsicht noch sehr viel zu wünschen übrig. Auch die Lohnfrage könne seitens der Stadt anders geregelt werden, zumal dieselbe mit ihren Werken konkurrenzlos dastünde, mithin keine so große Profitwirtschaft zu treiben brauche. Wenn hier Erfolge zu verzeichnen sind, so ist es dem sorgfältigen Drängen und Erstarben der Organisation zu danken. Die Versammlung nahm des weiteren Stellung zu einer allgemeinen Arbeitsordnung. Ein Entwurf wurde vom Kollegen Wulsdorfer vorgelesen und begründet. Danach soll die Arbeitszeit für den mehrschichtigen Betrieb auf acht Stunden und für die anderen auf neun Stunden festgesetzt werden. Der Minimallohn soll nicht unter 4 M. betragen. In den Fällen der Erkrankung soll die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld auf 6 Wochen und nach einjähriger Beschäftigungsdauer auf 18 Wochen ausbezahlt werden. Auch der Urlaubfrage wird näher getreten, indem nach einjähriger Dienstzeit 7 Tage und nach 6 Jahren 14 Tage Urlaub unter Fortbezug des Lohnes gewünscht wird. Ferner soll ein partieller Arbeitsnachweis errichtet und dem Zentralarbeitsnachweis angeschlossen werden. Alle Diskussionsredner bekräftigten die Annahme des Entwurfs. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Eine am 20. Februar mit Teil tagende Versammlung aller städtischen Arbeiter hat sich mit der Einführung einer allgemeinen Arbeitsordnung beschäftigt. Bei der Bedeutung, welche die Versammlung derselben beilegt, beauftragt diese das Bureau, eine Vorlage, betreffend die Bestimmungen einer allgemeinen Arbeitsordnung, dem Magistrat zu unterbreiten.“

Die Versammlung drückt die Erwartung aus, daß der Magistrat die Vorlage einer eingehenden Prüfung würdigt und selbige zur Einführung gelangt.“

Charlottenburg.

Bergleitet und erkrankt hat sich die 21jährige Kontoristin Paula Fuß, die in einem Kontor Salz-Ufer 23 beschäftigt war. Als gestern nachmittags nach Beendigung der Tätigkeit die Kollegen der F. das Bureau betreten, fanden sie die Räume mit Rauchgas gefüllt und Fraulein Fuß bewußtlos neben ihrem Sitz am Boden liegend vor. Das junge Mädchen hatte, wie aus einer auf dem Pult stehenden geleerten Flasche hervorging, Bisol getrunken und, um einen sicheren Tod zu finden, die Gashähne geöffnet. Auf der Unfallstation in der Querstraße, wohin die Selbstmörderin gebracht wurde, erwiesen sich die angelegten Wiederbelebungsvorkehrungen als erfolglos. Nach einem in dem Kontor aufgefundenen Schreiben ist die Tat der F. auf Liebesgram zurückzuführen.

Groß-Lichterfelde.

Groß-Lichterfelder Schulverhältnisse.

Durch die Bürgerchaft von Besitz und Bildung ging in jüngster Zeit ein Sturm der Entrüstung, als in einer der hiesigen Ortszeitungen ein Artikel über die Ueberfüllung der Schulklassen erschien. Freilich handelt es sich in diesem Falle nicht etwa um eine gewöhnliche Gemeindefschule, sondern um eine höhere Lehranstalt der bescheidenen Klasse, um die Oberrealschule. Ueber Nichtstände in den Schulen des Volkes, die man gewissermaßen als ein notwendiges Übel betrachtet, schreibt keine reichverhändlerische Ortszeitung und keinem Bürger wird es, wie im obigen Falle, auch nicht im geringsten einfallen, sich darüber zu entrüsten. In jenen Artikeln war auch die Behauptung aufgestellt, daß infolge der angeblichen Klassenüberfüllung in der Realschule eine Verlesung nur in sehr beschränktem Maße möglich sei, daß eine weit stärkere Genitur als bisher ausgedrückt würde und verschiedenartig Schülern — jedenfalls talentlosen, die nur auf Grund der elterlichen Finanzkraft über den Berg zu kommen hoffen — angeraten worden sei, bereits Oftern die Schule zu verlassen. Diese Verleumdung führte zu einer Interpellation in der Gemeindevorstellung, die nach einer laien- und zwecklosen Debatte über öffentliche oder nichtöffentliche Beschuldigung sich für den letzten Modus entschied. Es bestünde für uns an sich keine Veranlassung, die Verhältnisse der Oberrealschule zum Gegenstande unserer Beschuldigung zu machen, so lange, auf dem Gebiete des Volksschulwesens noch so viel im Argen liegt wie in Groß-Lichterfelde. Es wird jedoch interessieren, was das Bürgerium unter Ueberfüllung seiner Schulen versteht. — Nach dem Referate des Gemeindevorstehers Professor Wollenweber befinden sich in den drei Vorklassischen 119 Schüler, durchschnittlich in jeder Klasse also 40, in den 18 übrigen höheren Klassen insgesamt 628 Schüler, also durchschnittlich 30. Wenn die Klassenfrequenz in den Volksschulen auch nur annähernd diesem Maßstabe entspräche, könnte man vorläufig zufrieden sein. Die Gemeindevorstellung konnte auch nicht oft genug ihrer Versicherung Ausdruck geben, daß ihr die Oberrealschule ebenso wie das Gymnasium am Herzen läge. „Für unsere Jugend ist gerade das Beste gut genug“ — schloß ein Mitglied des Gemeindevorstandes seine Rede. Leider meinte er nur die Jugend der bescheidenen Klasse. Denn um die andere Jugend kümmern sie sich nur, wenn sie dazu gezwungen werden. So herrschen z. B. an der Gemeindefschule III in der Kasanienstraße Zustände, die man nur kurzweg als schamlos bezeichnen kann. Sie wären gar nicht in die zweite Öffentlichkeit gedrungen, wenn nicht diese Schule zum Wahllokal erlorn worden wäre, nachdem dem „Kaiserhof“, dessen Inhaber den Sozialdemokraten seinen Saal zu Versammlungen zur Verfügung stellte, die Würde als Wahllokal wieder abgeprochen worden war. Diese Gemeindefschule ist nicht an die Sanalisation angeschlossen, obwohl eine ortspolizeiliche Vorschrift diesen Anschluß bei allen Gebäuden und selbstverständlich auch bei jenen der Gemeinde vorschreibt. Das ist eine absolut notwendige hygienische Forderung. Statt dessen hat sich in jener Gemeindefschule das Toilettensystem in seiner ganzen Ursprünglichkeit und trotz aller polizeilichen Vorschriften erhalten. Es wurde konstatiert, daß am Tage der Wahl und auch an den übrigen kalten Tagen die Abfahrböden auf den Klosetts total zugefroren und vereist waren, so daß an ein Abfließen der Jauche gar nicht zu denken war. Wie leicht ist es dem Herrn Amtsvorsteher Schulz als Träger der Polizei-

funktion möglich, dem Herrn Gemeindevorsteher Schulz begreiflich zu machen, daß die Gemeinde ebenfalls alle im hygienischen Interesse der Einwohner getroffenen Maßnahmen, selbst wenn gewöhnliche Gemeindefschulen in Frage kommen, strikte zu erfüllen hat. Nur nebenbei sei noch erwähnt, daß die Kaiserhofschule in der Kasanienstraße auch einer Turnhalle entbehrt, so daß die Kinder bis nach Lichterfelde-Süd wandern müssen, um in der dortigen Schule zu turnen. Die Profetarien können aber mit Recht den schon erwähnten Anspruch des Gemeindevorstandesmitglied dahin variieren: für unsere Jugend ist gerade das Schlimmste gut genug!

Lichterberg.

Wilhelm Tiele †. Die Lichterberger Parteigenossen haben abermals den Tod eines ihrer Gemeindevorsteher zu beklagen. Der Restaurateur Wilhelm Tiele, Herzbergstraße, ist im Alter von 51 Jahren an den Folgen eines Schlaganfalles am Donnerstag verstorben. Mit ihm scheidet der fünfte sozialdemokratische Gemeindevorsteher des Ortes innerhalb weniger Jahre aus dem Leben. Der Verstorbene hat sich durch unermüdeliches Wirken im Interesse des Profetariats die Achtung seiner Parteigenossen gesichert. Trotdem er schon in seinem früheren Wohnorte Steglitz infolge seiner Parteizugehörigkeit durch die Behörde in seinem Erwerbseben schwer geschädigt wurde, stellte sich der Verstorbene hier sofort wieder in Reich und Glied. Die Beerdigung findet am Sonntagmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes aus statt.

Die Gemeindevorstellung nahm in der Sitzung vom 21. Februar Kenntnis von der Mitteilung des Gemeindevorstehers, daß der Brandenburger Provinziallandtag dem Antrage der Landgemeinde Lichterberg auf Annahme der städtischen Verfassung für den 1. April 1908 beigetreten ist. Am gleichen Tage scheidet Lichterberg aus dem Kreise Niederbarnim aus und bildet mit seinen etwa 65 000 Einwohnern einen eigenen Stadtkreis. Die 11 Punkte der Tagesordnung waren mit Ausnahme weniger nicht dazu angeht, besondere Debatten heraufbeschworen. Die Wahlen eines Wassertrats, eines Armenkommissars, die Abänderung der Beschleunigungsordnung bei Anlauf von Bahnhöfen auf dem Gemeindefriedhof fanden widerspruchlos Annahme. — Der Erlaß einer Ortspolizeiverordnung, die den Polizeiwagen auch für Hausbesichtigungen einführt, ebenso eine Vorlage über Festlegung der Kosten für Beleuchtungsanordnungen in neuen Straßen, anstatt wie bisher per laufenden Meter Straßenfront mit 10 M. auf 12,50 M. per laufenden Meter Baufront fanden Zustimmung. Die Veranschlagung betrug 4000 M. zum Umbau im Kaiserhof und stimmte der Reuerverpachtung zum Mietspreise von 3000 M. pro Jahr an den Gastwirt Strogail auf die Dauer von 3 Jahren zu. — Die Einsprüche gegen die Gemeindevorsteherliste wurden bis auf einen im Sinne der Antragsteller erledigt. — Ein Antrag des Gemeindevorstandes auf Abänderung der Steuerordnung dergestalt, daß die Festlegung des Verhältnisses der Realsteuern den Personalsteuern dem jeweiligen Bedürfnis und Willen der Gemeindevorstellung überlassen bleiben sollte, fand wohl Annahme, nicht aber ohne den Hinweis auf den „Opfermut“ der Grundbesitzer, den diese sich auferlegten, um zugunsten der Allgemeinheit den Zuschlag zur Einkommensteuer auf 100 Prozent herabdrücken zu können. — Im Kampfe gegen den Erlaß eines Ortsstatuts, das den Eigentümern die Pflicht der Bürgersteigerreinigung auferlegen will, und einer Polizeiverordnung, die die Nichterfüllung unter Strafe stellt, war eine „Einigung“ der „nationalen Kräfte“ (Hies: Grundbesitzer) noch nicht zu erzielen, daher vorläufige Vertagung der Angelegenheit. — Freudig stimmte dieselbe Majorität dem Vorschlage des Gemeindevorstehers zu, den Antrag der Gemeindevorsteher auf Gewährung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld abzulehnen. Der Gemeindevorstand will sich auch in Zukunft vorbehalten, von Fall zu Fall zu entscheiden. Die Annahme des Antrages würde ein Anreiz zum Kranksein werden, und ehe nicht der Nachweis einwandfrei erbracht werde, daß es keine Simulanten gebe, könne ein Arbeitgeber, der um die Gesundheit seiner Arbeiter besorgt sein müsse, einem solchen Antrage nicht zustimmen! Das war der Sinn der Argumente, die ein „liberaler“ Redner ausführte. Daß es Leute gibt, die „Arbeiterfreundlichkeit“ „simulieren“ und da, wo sie die Macht haben, das Gegenteil tun, werden hoffentlich die Arbeiter als „einwandfrei erwiesene“ ansehen und bei den kommenden Gemeindevorstellungen dementsprechend handeln.

Der pudige Mann von der „Vollstg.“ hat anscheinend schnell einen Kurzauf bei einem herabunteren Schimpfmeister genommen. Aber er hat es dabei doch nur zu dem Möpchen gebracht, das den Mond anbellt. Nicht einmal ein uns unterlaufener Schreibfehler konnte bei diesem Schimpfmeister einen witzigen Gedanken auslösen. Da verlohnt es sich nicht, dem Schimpfmeister noch irgendwelche Aufmerksamkeit zu schenken. Wie wär's mit einem Privatissimum bei — Schwarz?

Gerichts-Zeitung.

Kasernenhof-Blüten im Geschäftslokal.

Der seltene Fall, daß der Vorsitzende einer Kaufmannsgerichtskammer dem klagenden Handelsgeschäftselbst den Rat erteilt, gegen den beklagten Chef die Verleumdungssache schleunigst anzutreten, ereignete sich am Donnerstag vor der vierten Kammer des Kaufmannsgerichts. Veranlassung dazu bot eine Schadenersatzklage, die der Buchhalter Paul J. gegen den Uhren- und Goldwarenhändler Max Sedlitz, Friedrichstr. 208, anhängig machte. S. hat Geschäfte in Basel und Berlin und beschäftigt hier ein ziemlich großes Personal. Der Kläger war als Buchhalter engagiert worden, aber wie er in der gestrigen Verhandlung ausführte, sei es ihm infolge der äußerst unordentlich geführten Bücher unmöglich gewesen, eine geordnete Führung der Bücher vorzunehmen. Die eingegangenen Rechnungen waren aber ein Jahr lang nicht eingetragen, ein Kassenbuch existierte nicht, trotz des umfangreichen Wechselverkehrs wurde das Wechselkonto auf einem — alten Wandkalender geführt. Der Chef sprach zum Personal mit Vorliebe im Kasernenhofen, den Kläger, der erstklassige Zeugnisse von angesehenen Firmen aufweisen konnte, nannte er eine „einfache Schreibersecke“, während die anderen männlichen Angestellten als „Dänen“, „Esel“, „Hindsviecher“, die weiblichen als „Kälber“, die Lehramtlichen als „dumme Gänse“ betitelt wurden. Am 7. Januar sagte S. zum Kläger: „Sie sind ja besessen und sinken wie ein Schwein. Gehen Sie nach Hause!“ Der Kläger zögerte, dieser Aufforderung Folge zu leisten, da er sich völlig nüchtern fühlte und auch nicht einen Tropfen Alkohol zu sich genommen hatte. Der Beklagte ließ darauf einen Schuymann holen, auf dessen Veranlassung J. unter Protest das Lokal verließ. Am nächsten Tage erhielt der Kläger von S. die Aufforderung, wieder pünktlich zum Dienst zu erscheinen; J. zog es aber, vor, wegen der ihm widerfahrenen Ehrverletzungen nicht mehr ins Geschäft zu gehen. Nunmehr erstattete S. gegen den Kläger Anzeige wegen Hausfriedensbruchs. Im gestrigen Termin befragten drei frühere Mitangeklagte die Angaben des Klägers und bekräftigten übereinstimmend, daß J. am fraglichen Tage weder betrunken war, noch nach Schnaps gerochen hatte.

Die Schadenersatzklage mußte bis zur Erledigung der Hausfriedensbruchsanzeige leider vertagt werden, der Vorsitzende riet aber, wie bereits eingangs erwähnt, dem Kläger, sofort die Verleumdungssache gegen S. anzustrengen.

Vermischtes.

Hochwasser. Der Rhein ist nach Kölner Meldung seit vorgestern um 1,54 Meter gestiegen; sein Wasserstand war gestern 4,52 Meter. Bahn- und Dömtal sind, wie aus Würzburg berichtet wird, überflutet; das Wasser steigt noch weiter.

Schneestreiben und Hagel. Aus Hamburg wird gemeldet: Seit gestern Abend tobt hier ein von Schneestreiben und Hagel begleiteter Nordweststurm.

Die seit gestern in gefährlicher Nähe des Grobbogelandes vor beiden Ufern liegende Hamburger Biermälzerei „Alster“ hat sich bisher gut gehalten. Die heute vormittag aus See nach Cuxhaven eingelassenen Hamburger Vergungsdampfer berichteten, sie hätten die „Alster“ in unbedenklicher Lage angetroffen.

Sturm und Schneewehen.

Auf den Höhen des Neuhagens tobt, wie aus Neuhagen gemeldet wird, seit gestern Abend ein Schneesturm, wie man ihn seit langer Zeit nicht erlebt hat. Durch die gewaltigen Schneewehen ist der Verkehr fast gänzlich unterbrochen. Die Fahrposten blieben im Schnee stecken und haben Verspätungen von 3-4 Stunden. Einzelne Häuser stecken bis ans Dach im Schnee. Die aufgeschauelten Eingänge sind nach kurzer Zeit wieder zugeweht.

Auch in Spezia weht ein heftiger Sturm. Der Seegang ist sehr schwer. In der Stadt wurden viele Dächer beschädigt.

Wie aus Genua gemeldet wird, wurde durch einen gewaltigen Sturm die Eisenbahnlinie Sestri Levante-Chiavari-Vonassola beschädigt; die Schnellzüge werden über Parma-Spezia umgeleitet.

Verstümmelt. Wie die Abendblätter aus Brüg (Belgien) berichten, wurden auf dem Johannshof der Brucher Kohlenwerke vier Vergleute beim Niederbrechen eines Abbauplanes durch herabstürzende Kohlen verstümmelt. Es wurde sofort an die Vergungsarbeiten geschritten; erst nach längerer Zeit gelang es, zu den Verstümmelten vorzudringen. Ein Bergmann wurde tot aufgefunden, die anderen drei Vergleute sind so schwer verletzt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Sehn Millionen Hungernder.

Ueber die entsetzliche Hungersnot in China wird aus Schanghai folgendes berichtet: Hauptmann Kerion, der Vertreter des von den Ausländern gebildeten Notstandskomitees, hat an den Vizekönig in Schanghai einen Bericht gesandt, in dem es heißt, daß etwa zehn Millionen Menschen von der Hungersnot betroffen sind und daß von diesen nahezu die Hälfte dem Tode geweiht ist, wenn nicht wirksame Maßnahmen von der Regierung ergriffen werden. Hauptmann Kerion beschwert sich darüber, daß behördlicherseits der Hilfsaktion des auswärtigen Notstandskomitees Hindernisse in den Weg gelegt werden.

Sozialdemokratischer Diskussionsklub „Freie Zusammenkunft“. Heute Abend 9 1/2 Uhr: Sitzung bei Stramm, Nitzstr. 123. Vortrag: Götze willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metzlarbeiter. (V. S. 29, Hamburg), Filiale Berlin 3. Sonntag vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus: Mitgliederversammlung. — Filiale Berlin 5. Sonntag vorm. 10 Uhr bei Valt, Dragonerstr. 15: Mitgliederversammlung. — Filiale Berlin 7. Heute Abend 8 Uhr bei Hoffmann, Waisenwallstr. 3: Mitgliederversammlung. — Filiale Berlin 9. Sonntag vorm. 10 Uhr bei Kirchhoff, Beuststr. 9: Mitgliederversammlung. — Filiale Berlin 10. Sonntag vorm. 10 Uhr in Wrenns Brauerei, Turmstr. 25: Mitgliederversammlung. — Filiale Charlottenburg. Heute Abend 8 1/2 Uhr im Volkshaus: Mitgliederversammlung. — Filiale Baumgartenweg. Heute Abend 8 1/2 Uhr bei Witten Kleinjäger, Baumgartenstr. 67: Mitgliederversammlung.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktinspektion. (Großhandel.) Weizen Ia 68-73 pr. 100 Wd., Ha 62-67, IIIa 58-61, IVa 48-54, Weizen 60-65, Weizen 0,00, Roggen Ia 110-125, IIa 80-83, IIIa 70-73, IIIa 52-56, Weizen 52-58, Weizen 50-54, Gammeleisen Ia 67-70, IIa 50-55, Schweinefleisch 50-58, Schweinefleisch, per Wd. 0,50-0,60, Rindfleisch 0,45-0,55, Rindfleisch Ia 0,00, Rindfleisch 0,45-0,60, da. Rindfleisch 0,00, Rindfleisch 0,43 bis 0,50, Rindfleisch 0,30-0,60, Gänse, plombiert, per Stück 3,00-3,25, da. II 1,25-2,75, Rindfleisch per Stück 0,00-0,80, Weizen per Stück 1,25-1,75, Gänse, alte per Stück 1,30-2,85, da. IIa 0,90-1,25, da. junge per Stück 1,25. Tauben per Stück 0,55-0,65, Junge keine 0,00, Hühnerfleisch 0,00, Enten per Stück 1,50-2,75, die Hamburger Junge per Stück 3,25-4,75, Gänse, Hamburger per Hund 0,90-1,20, Gänse 0,50-0,65, Dachte per 100 Wd. 55-100, groß 0,00, klein 0,00, Gander 112, klein 0,00, Gander 113, da. mittel 134, Schale, unfort. 0,00, da. groß 96, klein IIa 115-122, Kälber, groß 0,00, mittel 105-110, klein und mittel 0,06, Weizen, klein 0,00, da. groß 50-60, da. 43-45, Karpen, 20er 61-70, da. 40-50er 60-62, da. 10er 58, Heide 51-55, Amand 57, Bunte Heide 35-56, Barre, matt 58, da. 75-82, Karanischen 0,00, Weizen 54-61, Quappen 0,00, Amerikanischer Weizen Ia neuer per 100 Wd. 110-130, da. IIa neuer 90-100, da. IIIa neuer 75, Weizen 25-30, Spelten, Sieler, Ball 1,00-1,35, Danziger, Riste 1,20, Hübner, Sieler, Stiege Ia 3-4, da. mittel per Riste 2-3, Hamb. Stiege 4-6, halbe Riste 1,50-2, Weizen, per Ball Sieler 3,50-5,00, Stralunder 0,00, Kälber, groß per Wd. 1,10-1,30, mittelgroß 0,80-1,00, klein 0,50-0,80, Deringe per 50-5-9, Schellfische Riste 5-6, da. 1/2, Riste 8,00, Rindfleisch, p. 100 Wd. 25-30, Heilbutt 0,00, Sardellen 190er per 100 Wd. 95, 190er 90, 190er 75-80, Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 44-45, full 38-40, mod. 35-42, deutsche 37-44, Deringe, neue Riste, per 1/2, To. 60-120, Sardinen, russ., 30g 1,50-1,60, Brauerlinge, Riste (4 Liter) 1,50-1,75, Neumannen, Schodsch 11, Riste 5-6, Riste 14, Pier, Land, per Schod 5,00, Butter per 100 Wd. Ia 114-116, IIa 110-114, IIIa 107, abblende 95-100, Saure Gurken Schod 4,10-4,50, Pfeffergurken 4,00-4,50, Kartoffeln per 100 Wd. 0,00, magnum bonum 2,50-2,75, Daberche 2,50-2,75, Rosen 0,00, weiche 2,25-2,50, Salaisierfleisch 6,00-7,00, Spinat per 100 Wd. 25-30, Karotten per 100 Wd. 10-12, Sellerie, hiesige, per Schod 3,00-7,00, da. pommerische 9,00-10,00, Zwiebeln große, per 100 Wd. 4,00-4,50, da. kleine 3,50-4,00, da. hiesige (Weiß) 0,00, Charlotten 0,00, Peterstie, grün, Schodbund 1,50-2,00, Rohkraut per Schod 0,00, Rettig, hant., per Schod 2,40-4,80, Kohlraben per 100 Wd. 3,50-4,50, Zeltomer Rüben per 100 Wd. 8-10, Weiße Rüben, große 0,00, kleine 0,00, Rote Rüben 2,00-2,50, Nimmensobital p. Nord 2,35-3,00, Kohlraben per Schod 2-2,50, Birlingfisch per 100 Wd. 3,25-6,00, Rostfisch per 100 Wd. 3,25-6,00, Weizfisch 100 Wd. 2,50-3,50, Rosenfisch per 100 Wd. 25-35, Grünfisch per 100 Wd. 5,00-7,00, Mshaber 100 Wd. 8,00-10,00, Bismen, per 100 Wd. hiesige 0,00, Bismen, 10-20, Ital. 30-35, Weidel, per 100 Wd. hiesige 6-23, Cranenfeiner 0,00, Kroler in Risten 0,00, Riste 32-60, Kmetz 20-32, Zitronen, Resina, 300 Stück 7,75-9,00, 300 Stück 7,50-9,00, 300 Stück 9-15, Kpfelnien, Jassa, per Riste 0,00, Nucia 200er Riste 8-10, da. 300er 9-10, Valencia 420er Riste 15-24,00, da. 714 18-23, Resina, 16er, 11,50-12,00, da. 300er 10,00-12,50, da. 300er 10-12, Blut, 100er 7,50-9, da. 150er 7,50-9,50, da. 80er 9-10, Ital. in Risten per 100 Wd. 10-15, Ranbarinen, Riste 0,75-2,00, da. in Risten per 100 Wd. 30.

Witterungsbericht vom 22. Februar 1907, morgen 8 Uhr.

Stationen	Barometrischer Stand mm	Windrichtung	Wolkenart	Temperatur in Grad C.	Stationen	Barometrischer Stand mm	Windrichtung	Wolkenart	Temperatur in Grad C.	
Schwetmb.	737,8	6	Schnee	1	Saparanda	735,8	SH	bedeckt	-4	
Hamburg	743,2	3	bd.	0	Veitersdorf	735,8	D	bedeckt	-1	
Berlin	743,8	5	bd.	0	Ellsb.	738,0	D	bedeckt	-6	
Frankf. a. M.	752,8	3	Schnee	1	Herdern	754,8	SH	5	bd.	-8
Hannover	755,8	7	bedeckt	-3	Varis	758,8	SH	3	bedeckt	0
Stettin	750,0	6	heiter	-0						

Wetterprognose für Sonnabend, den 23. Februar 1907. Diesmal heiler, aber noch veränderlich, mit geringen Niederschlägen, frischen westlichen Winden, etwas kälterer Nord- und wenig veränderter Temperatur. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 22. Februar. Elbe bei Rastow — 1 Meter, bei Dresden — 0,00 sp. — Elbe bei Magdeburg 1,95 Meter, eisfrei — Elbe bei Braunsberg — 1 Meter. — Oder bei Rastow 2,10 Meter. Oder bei Bieslau Oberpegel — 0,92 Meter. — Weichsel bei Weichsel 2,83 Meter. Oder bei Breg 3,20 Meter. —

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin. Auch u. a. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen wegen der Ueberweisung von Freizeitplätzen sofort ihre Adressen einschicken, da bei veränderter Bestimmung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingeleitet werden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 23. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Oberhaus. Poffikon von Konjamen. Das war ich.
Kgl. Schauspielhaus. Das Gasthaus.
Deutsches, Romeo und Julia.
Kessing, Wiege und Maria.
Wetren, Lindne.
Nachmittags 3 Uhr: Jar und Zimmermann.
Vorstag. Der Waffenschmid.
Nachmittags 3 1/2 Uhr: Gänsefisch.
Komische Oper. Romeo und Julia auf dem Dorfe.

Anfang 8 Uhr.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Jugend.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Im bunten Rock.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Die von Hochstättel.
Berliner. Der Hund von Baskerville.
Neues Schauspielhaus. Herzog Hochzeit.
Central. Künstlerblut.
Kleines. Die Straße. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Neues. S. Després Phèdre.
Wetrens. Haben Sie nicht zu verzollen?
Deutsches Haus. Husarenfieber.
Deutsch-Amerikanisches. Der Sorgenbrecher.
Thalia. Eine lustige Doppelhebe.
Nachmittags 3 Uhr: Wallensteins Tod.
Süßen. Ute vom Eriehof.
Nachmittags 4 Uhr: Schneewittchen.
Bernhard Rose. Sherlock Holmes.
Nachmittags 4 Uhr: Die sieben Raben.
Trianon. Fräulein Josette — meine Frau.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Gebr. Herrfeld. Ein verrücktes Hotel.
Wintergarten. Caharel. Spezialitäten.
Apollo. Bernhard Mörbitz. Spezialitäten.
Kleines. Rechte Leute. Spezialität.
Folies Caprice. Im Café Abelles.
Ein Klavierkonzert.
Passage. Spezialitäten.
Prater-Theater. Gefloffen.
Figaro. Paul Scheerbart-Abend.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Walhalla. Spezialitäten.
Rari Haverland. Spezialitäten.
Reichshallen. Seltener Sänger.
Urania. Tandenstraße 18/19.
4 Uhr: Frühlingstage an der Riviera.
8 Uhr: Die Feuergezeiten der Erde.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. B. Donath: Spektralanalyse.
Sternwarte, Bismarckstr. 57/58.

Ferdinand Bonn
Berliner Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der Hund von Baskerville.
Sonntag; Der Hund von Baskerville.
Montag: Sherlock Holmes.

Neues Schauspielhaus
Sonnabend, den 23. Februar 1907:
Herthas Hochzeit.
Morgen:
Herthas Hochzeit.
Anfang 8 Uhr.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Auf allerhöchsten Befehl: Gänsefisch.
Suzanne Després:
Phèdre.
Sonntag: Maison de Poupée (Rosa).
Montag: Gloomada.

Kleines Theater.
Zum 1. Male:
Die Kralle.
Schauspiel in 4 Akten v. G. Bernstein.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtschl.
Abends 8 Uhr: Die Kralle.
Montag: Die Kralle.

Lorizing-Theater
Bismarckstr. 7/8.
Nachmittags 3 1/2 Uhr:
Märchenvorstellung: Gänsefisch.
7 1/2 Uhr: Der Waffenschmid.
Abonnement gültig!
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Mikado.
— Abends 7 1/2 Uhr: Die lustigen Weiber von Windsor.

Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Husarenfieber.
Central-Theater.
(Operette.) 8 Uhr:
Künstlerblut.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Weißb.
Abends 7 1/2 Uhr: Der Mikado.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Fräulein Josette — meine Frau.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Die Hebeschneise.

Gebr. Herrfeld-Theater
Anf. Theater Vorberf.
8 Uhr. 11-9 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Die feierlich bejubelte Herrfeldbiade
Ein verrücktes Hotel
mit dem Vorspiel:
„Hayfisch geht zur Jagd“
Komödie in 3 Akten mit den Autoren in den Hauptrollen.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Sonntag, den 24. Februar,
nachmittags 3 1/2 Uhr, 5. halben Kassenpreisen:
Endlich allein.
Fall Blumentopf.

Apollo Theater
Nur noch bis Ende Februar:
Bernhard Mörbitz
als Kaulchen auf der Wanderlust.
Naherem: Die hervorragenden Spezialitäten-Aktuationen.
Die schöne Vestalin.
Operette von Viktor Holländer.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr (keine Preise!): Gr. Doppel-Vorstellung.

Sanssouci
Stollbuser-Str. 4a.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonn., Mont., Donnerst.:
Hollmanns Nordd. Sänger.
(Stets neues Programm.)
Sonn. 8 1/2, Donnerst. 8 U.
Sonntag u. Montag: Gr. Gänsefisch u. Postmann Norddeutscher Sänger.
Dienstags: Theaterabend.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
4 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera.
8 Uhr:
Die Feuergezeiten der Erde.
Hörsaal 8 Uhr Dr. B. Donath: Spektralanalyse.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Haben Sie nicht zu verzollen?
Schwan! in 3 Akten v. R. Neuenquin und Pierre Weber.
Robert de Arbelin: Rich. Alexander.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Prinzgemahl.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Nachmittags 3 Uhr
Sherlock Holmes
Abends 8 Uhr:
Der Erbe von Baskerville.
Montag: Die schöne Ungarin.

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurterstr. 132.
Nachmittags 4 Uhr:
Kinder-Vorstellung bei kleinem Brechen:
Die sieben Raben.
Abends 8 Uhr:
Sherlock Holmes
Billettdorverkauf von 10-1 Uhr ohne Vorverkaufsgeld a. d. Theaterkasse.

Metropol-Theater
Abends 8 Uhr:
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Holländer. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Messary. Wolff. Bender. Giampietro. Josephi.
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, 24. Febr., nachm. 3 Uhr:
Auf in's Metropol.

WINTER GARTEN
Neues Programm
Otto Reutter.

Gebr. Herrfeld-Theater
Anf. Theater Vorberf.
8 Uhr. 11-9 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Die feierlich bejubelte Herrfeldbiade
Ein verrücktes Hotel
mit dem Vorspiel:
„Hayfisch geht zur Jagd“
Komödie in 3 Akten mit den Autoren in den Hauptrollen.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Sonntag, den 24. Februar,
nachmittags 3 1/2 Uhr, 5. halben Kassenpreisen:
Endlich allein.
Fall Blumentopf.

Apollo Theater
Nur noch bis Ende Februar:
Bernhard Mörbitz
als Kaulchen auf der Wanderlust.
Naherem: Die hervorragenden Spezialitäten-Aktuationen.
Die schöne Vestalin.
Operette von Viktor Holländer.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr (keine Preise!): Gr. Doppel-Vorstellung.

Sanssouci
Stollbuser-Str. 4a.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonn., Mont., Donnerst.:
Hollmanns Nordd. Sänger.
(Stets neues Programm.)
Sonn. 8 1/2, Donnerst. 8 U.
Sonntag u. Montag: Gr. Gänsefisch u. Postmann Norddeutscher Sänger.
Dienstags: Theaterabend.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergweg 19/20, Nolent. Tor.
Heute abends 8 Uhr:
Anna Müller-Linke
Gesangs- & Soubrette v. Metropol-Theater in Berlin.
Leonhard Haskel,
der beliebte Volks-Komiker.
Max Franklin-Truppe.
15 neue lustige Februar-Spezialitäten.

Castans Panopticum
Friedrichstraße 165
„Nada“ — der sprechende Kopf.
Von abends 7 Uhr ab:
Berliner Sänger.
Reichhaltiges und originelles künstlerisches Programm.

Ausstellungshallen
AM ZOOLOGISCHEN GARTEN
Populäre Konzerte
unter persönlicher Leitung der Komponisten und Mitwirkung erster Solisten
SONNTAG, den 24. Februar, 7 Uhr:
EINÖDSHOFER
DIENSTAG, den 26. Februar, 8 Uhr:
EINÖDSHOFER
DONNERSTAG, 28. Februar, 8 Uhr:
EINÖDSHOFER
SONNTAG, den 3. März, 7 Uhr:
EINÖDSHOFER
SONNTAG, den 10. März, 7 Uhr:
VICTOR HOLLÄNDER
SONNABEND, den 23. März, 8 Uhr:
VICTOR HOLLÄNDER
SONNTAG, den 31. März, 7 Uhr:
VICTOR HOLLÄNDER
SONNTAG, den 1. April, 7 Uhr:
VICTOR HOLLÄNDER

Parkett 1 Mark
Parkettantennil . 2 Mk.
Balkon 2 Mk.
Stehplatz . . . 50 Pf.
Billette bei Bote & Bock, A. Wertheim, Leipziger Straße, und an der Abendkasse.
4011L*

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang
Böckentags
8. Sonntag
7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant
Böckentags-Fest.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Jugend.
Liebesdrama in 3 Aufzügen von Max Halbe.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Maria Stuart.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Kaiserjäger.
Montag, abends 8 Uhr:
Jugend.

Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr:
Die von Hochstättel.

Zirkus Busch.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Gala-Abend.
Manello-Warwitz-Truppe.
Akrobaten.
The Novellos
Indien in Europa.
Ferner: Fräulein Ruchste, Schulreiterin, Herr Burckhardt, Jockey, Schachspieler, Große Kavallerie-Quadrille, geritten in Uniformen verschiedener Nationen.
Um 9 1/2 Uhr: **ROM.**
Gr. Orig. Luftspiel-Pantomime in 7 Bildern.
Sonntag: 2 gr. brill. Vorstellg.

Brunnen-Theater
Gefundbrunnen. Badstraße 58.
Direktion: Bernhard Ross.
Sonntag, den 24. Februar 1907, nachmittags 3 Uhr (vollständ. Preis):
Ausgewiesenen.
Drama in 4 Akten.
Abends 8 Uhr:
Die Verschwörung der Frauen.
Historisches Lustspiel in 6 Aufzügen.
Billettdorverkauf von 10-1 Uhr an der Theaterkasse.

Folies Caprice
Linienstr. 132, an der Friedriehstr.
Montag, 25. Februar:
Premiere
10 000 Gulden Mitgift.
Glänzend neuer Solotell:
Im Inspektionszimmer.
Heute: **Im Café Abelles** und **Ein Klavierkonzert.**
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf zur Premiere an der Theaterkasse und bei Berthelm.

Passage-Theater.
Heute Sonnabend, 23. Februar, zum 18. Male:
Mal was Anderes!
Voffe von Leop. Eib.
Josefine Dora, Georg Kaiser, Martin Sandix, Ernst Kothnar.
Ferner: Die glänzenden Februar-Spezialitäten.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergweg 19/20, Nolent. Tor.
Heute abends 8 Uhr:
Anna Müller-Linke
Gesangs- & Soubrette v. Metropol-Theater in Berlin.
Leonhard Haskel,
der beliebte Volks-Komiker.
Max Franklin-Truppe.
15 neue lustige Februar-Spezialitäten.

Castans Panopticum
Friedrichstraße 165
„Nada“ — der sprechende Kopf.
Von abends 7 Uhr ab:
Berliner Sänger.
Reichhaltiges und originelles künstlerisches Programm.

Ausstellungshallen
AM ZOOLOGISCHEN GARTEN
Populäre Konzerte
unter persönlicher Leitung der Komponisten und Mitwirkung erster Solisten
SONNTAG, den 24. Februar, 7 Uhr:
EINÖDSHOFER
DIENSTAG, den 26. Februar, 8 Uhr:
EINÖDSHOFER
DONNERSTAG, 28. Februar, 8 Uhr:
EINÖDSHOFER
SONNTAG, den 3. März, 7 Uhr:
EINÖDSHOFER
SONNTAG, den 10. März, 7 Uhr:
VICTOR HOLLÄNDER
SONNABEND, den 23. März, 8 Uhr:
VICTOR HOLLÄNDER
SONNTAG, den 31. März, 7 Uhr:
VICTOR HOLLÄNDER
SONNTAG, den 1. April, 7 Uhr:
VICTOR HOLLÄNDER

Parkett 1 Mark
Parkettantennil . 2 Mk.
Balkon 2 Mk.
Stehplatz . . . 50 Pf.
Billette bei Bote & Bock, A. Wertheim, Leipziger Straße, und an der Abendkasse.
4011L*

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang
Böckentags
8. Sonntag
7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant
Böckentags-Fest.

Castans Panopticum
Friedrichstraße 165
„Nada“ — der sprechende Kopf.
Von abends 7 Uhr ab:
Berliner Sänger.
Reichhaltiges und originelles künstlerisches Programm.

Ausstellungshallen
AM ZOOLOGISCHEN GARTEN
Populäre Konzerte
unter persönlicher Leitung der Komponisten und Mitwirkung erster Solisten
SONNTAG, den 24. Februar, 7 Uhr:
EINÖDSHOFER
DIENSTAG, den 26. Februar, 8 Uhr:
EINÖDSHOFER
DONNERSTAG, 28. Februar, 8 Uhr:
EINÖDSHOFER
SONNTAG, den 3. März, 7 Uhr:
EINÖDSHOFER
SONNTAG, den 10. März, 7 Uhr:
VICTOR HOLLÄNDER
SONNABEND, den 23. März, 8 Uhr:
VICTOR HOLLÄNDER
SONNTAG, den 31. März, 7 Uhr:
VICTOR HOLLÄNDER
SONNTAG, den 1. April, 7 Uhr:
VICTOR HOLLÄNDER

Parkett 1 Mark
Parkettantennil . 2 Mk.
Balkon 2 Mk.
Stehplatz . . . 50 Pf.
Billette bei Bote & Bock, A. Wertheim, Leipziger Straße, und an der Abendkasse.
4011L*

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Im bunten Rock.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Franz v. Schönthan u. Freiherrn v. Schlicht.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Wallensteins Tod.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Im bunten Rock.
Montag, abends 8 Uhr:
Die Verschwörung des Fiesko zu Genua.

Zirkus Schumann
Heute abend 7 1/2 Uhr:
XX. Grande Soirée High Life.
Gala-Programm und nur noch einige Tage:
Mr. Richard Sawades
einzig dastehende, wunderbar dekorierte gemischte
Raubtier-Gruppe.
Naherem:
Die neu engagierten Spezialitäten.
Um 9 Uhr: Das größte Pracht-Mantelgeschaustück
St. Hubertus.
Sonntag: 2 Galavorstellungen.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Abds. 8 Uhr! Lotato Aufführungen
Der Sorgenbrecher.
Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise:
Ueber'n großen Teich.
Ab 1. März 1907 jeden Abend:
Gesamtgesellschaft des Theaters des WESTENS.
OPERA und OPERETTE.

Passage-Theater.
Heute Sonnabend, 23. Februar, zum 18. Male:
Mal was Anderes!
Voffe von Leop. Eib.
Josefine Dora, Georg Kaiser, Martin Sandix, Ernst Kothnar.
Ferner: Die glänzenden Februar-Spezialitäten.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergweg 19/20, Nolent. Tor.
Heute abends 8 Uhr:
Anna Müller-Linke
Gesangs- & Soubrette v. Metropol-Theater in Berlin.
Leonhard Haskel,
der beliebte Volks-Komiker.
Max Franklin-Truppe.
15 neue lustige Februar-Spezialitäten.

Castans Panopticum
Friedrichstraße 165
„Nada“ — der sprechende Kopf.
Von abends 7 Uhr ab:
Berliner Sänger.
Reichhaltiges und originelles künstlerisches Programm.

Ausstellungshallen
AM ZOOLOGISCHEN GARTEN
Populäre Konzerte
unter persönlicher Leitung der Komponisten und Mitwirkung erster Solisten
SONNTAG, den 24. Februar, 7 Uhr:
EINÖDSHOFER
DIENSTAG, den 26. Februar, 8 Uhr:
EINÖDSHOFER
DONNERSTAG, 28. Februar, 8 Uhr:
EINÖDSHOFER
SONNTAG, den 3. März, 7 Uhr:
EINÖDSHOFER
SONNTAG, den 10. März, 7 Uhr:
VICTOR HOLLÄNDER
SONNABEND, den 23. März, 8 Uhr:
VICTOR HOLLÄNDER
SONNTAG, den 31. März, 7 Uhr:
VICTOR HOLLÄNDER
SONNTAG, den 1. April, 7 Uhr:
VICTOR HOLLÄNDER

Parkett 1 Mark
Parkettantennil . 2 Mk.
Balkon 2 Mk.
Stehplatz . . . 50 Pf.
Billette bei Bote & Bock, A. Wertheim, Leipziger Straße, und an der Abendkasse.
4011L*

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang
Böckentags
8. Sonntag
7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant
Böckentags-Fest.

Castans Panopticum
Friedrichstraße 165
„Nada“ — der sprechende Kopf.
Von abends 7 Uhr ab:
Berliner Sänger.
Reichhaltiges und originelles künstlerisches Programm.

Ausstellungshallen
AM ZOOLOGISCHEN GARTEN
Populäre Konzerte
unter persönlicher Leitung der Komponisten und Mitwirkung erster Solisten
SONNTAG, den 24. Februar, 7 Uhr:
EINÖDSHOFER
DIENSTAG, den 26. Februar, 8 Uhr:
EINÖDSHOFER
DONNERSTAG, 28. Februar, 8 Uhr:
EINÖDSHOFER
SONNTAG, den 3. März, 7 Uhr:
EINÖDSHOFER
SONNTAG, den 10. März, 7 Uhr:
VICTOR HOLLÄNDER
SONNABEND, den 23. März, 8 Uhr:
VICTOR HOLLÄNDER
SONNTAG, den 31. März, 7 Uhr:
VICTOR HOLLÄNDER
SONNTAG, den 1. April, 7 Uhr:
VICTOR HOLLÄNDER

Parkett 1 Mark
Parkettantennil . 2 Mk.
Balkon 2 Mk.
Stehplatz . . . 50 Pf.
Billette bei Bote & Bock, A. Wertheim, Leipziger Straße, und an der Abendkasse.
4011L*

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang
Böckentags
8. Sonntag
7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant
Böckentags-Fest.

Castans Panopticum
Friedrichstraße 165
„Nada“ — der sprechende Kopf.
Von abends 7 Uhr ab:
Berliner Sänger.
Reichhaltiges und originelles künstlerisches Programm.

Arb.-Radf.-Verein „Rixdorf“
M. d. A.-R.-B. „Solidarität“.
Sonnabend, den 23. Februar 1907
in Hoppes Festsälen, Hermannstr. 49:
Großer Wiener Maskenball.
Zur Aufführung gelangen:
Eine Pantomime. • Riesen-Schneefall. • Komisches Reigenfahren.
Alle Gönner unseres Vereins sind hiermit freundlichst eingeladen.
Entree 50 Pf. Anfang 9 Uhr. Ende ?
11/11 Der Vorstand. I. A.: F. Richter.

Sozialisten! Achtung! Anarchisten!
Sonntag, den 24. Februar, vormittags 12 Uhr, in den Musikersälen, Kaiser Wilhelmstraße 18 m:
Volks-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Lehren des 25. Januars für das Proletariat. Referent: Genosse Sopp Oertel. 2. Diskussion.
Da die Versammlung vom 17. Februar 1907 verboten worden ist, ersucht um zahlreichen Besuch dieser Versammlung.
Der Einberufer: Fr. Kniekebi, Amsterdamerstr. 11.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Bismarckstr. 16.
Kostüm-Fest
des Gesangsvereins „Lied hoch“
Anfang 8 1/2 Uhr. Ende ? ?
Sonntag, Montag und Dienstag:
Die mit 10 großem Beifall aufgenommene: **Carmen.**

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2. Min. v. Bahnhof Börse.
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der auserlesene Februarspielplan
u. a.: **Die 3 Harders,**
Könige der Luft.
Grete Füllgraf,
jüngste Verwandlungskünstlerin.
Vom Witwenball.
Schwan.
Familienfeste, wochentags zum halben Kassenpreis gültig, in Barbier-, Friseur- u. Zigarrengeschäften gratis.

Kasino-Theater
Bohringerstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch kurze Zeit:
Ledige Leute
und das brillante Februarprogramm.
Sonntag 4 Uhr: Mutter Grabert.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Heute: Gefloffen.
Morgen Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Kabale und Liebe.
Abends 7 1/2 Uhr:
Der Beilchenfresser.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang
Böckentags
8. Sonntag
7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant
Böckentags-Fest.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 35112*
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10-2, 5-7, Sonn. 10-12 Uhr.

Einsegnungs-Anzüge
in den neuesten Façons
Tuchkammerge, Ripskammerge u. Cheviot, reichhaltigste Auswahl, gute Verarbeitung, zu den billigsten Preisen empfiehlt
Julius Lindenbaum
Große Frankfurterstr. 141
Ecke Fruchtstraße. 4012L*
Größtes Etablissement
des Ostens, Nordostens und Südostens.
Anerkannt reellste u. billigste Bezugsquelle.

Was ist Reise-Cheviot?
Ein eleganter Anzugstoff in modernen schen Farben, reine Schafwolle, unzerreißbar, 140 cm breit, 3 Meter kosten 12 Mark franko. Direkter Verkauf nur guter Stoffarbeiten zu billigen, festen, hohen bei billigen Preisen. Jeder genaue Vergleich überführt. Aus über 1000 Stoffarten liegen Nachbestellungen u. Empfehlungen vor. Verlangen Sie Muster gratis zur Ansicht. Wilhelm Deutzkus in Düren 229 bei Naben.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang
Böckentags
8. Sonntag
7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant
Böckentags-Fest.

Castans Panopticum
Friedrichstraße 165
„Nada“ — der sprechende Kopf.
Von abends 7 Uhr ab:
Berliner Sänger.
Reichhaltiges und originelles künstlerisches Programm.

Ausstellungshallen
AM ZOOLOGISCHEN GARTEN
Populäre Konzerte
unter persönlicher Leitung der Komponisten und Mitwirkung erster Solisten
SONNTAG, den 24. Februar, 7 Uhr:
EINÖDSHOFER
DIENSTAG, den 26. Februar, 8 Uhr:
EINÖDSHOFER
DONNERSTAG, 28. Februar, 8 Uhr:
EINÖDSHOFER
SONNTAG, den 3. März, 7 Uhr:
EINÖDSHOFER
SONNTAG, den 10. März, 7 Uhr:
VICTOR HOLLÄNDER
SONNABEND, den 23. März, 8 Uhr:
VICTOR HOLLÄNDER
SONNTAG, den 31. März, 7 Uhr:
VICTOR HOLLÄNDER
SONNTAG, den 1. April, 7 Uhr:
VICTOR HOLLÄNDER

Aus der Frauenbewegung.

Alkoholismus.

In Nr. 4 der „Frauenbewegung“ werden die Aufgaben des neu gewählten Reichstages und die Stellung der einzelnen Parteien besprochen. Die Artikelschreiberin hält es für nötig, der Sozialdemokratie Vorwürfe zu machen wegen ihrer Haltung zur Alkoholfrage.

Die Trunksucht ist eines jener Uebel, welche in der heutigen Gesellschaftsordnung wurzeln, die in ihrer Gesamtheit von der Sozialdemokratie bekämpft werden. Wer will bestreiten, daß der Alkoholmißbrauch durch schlechte wirtschaftliche Verhältnisse gefördert wird?

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Hercules tragen. Vilein-Verkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knopfnähte. Halbstarke Klett-Laschen. Große Hüften umsonst. 4 M. 50

Manchester-Hosen ... 10,50, 5 M. 75
Gesäß. Manchester-Jackett 19, ... 10,50
Schtblaues Monteur-Jackett 1 M. 90
Schtblaues Monteur-Hose ... 1 M. 50
Schtblaues Monteur-Jackett, prima Körper-Gewebe ... 2 M. 50
Schtblaues Monteur-Hose, prima Körper-Gewebe ... 2 M. 10
Waler-Rittel ... 3, ... 2,50, 2 M. 25
Mechaniker-Rittel (braun) ... 2 M. 50
Weiße Lederhosen ... 4,50, 3 M.
Reißkremlinger-Knöpfe, Mann, 5 M. 50
Weiße Jacketts für Friseur, Köhler, Konditoren, Köche usw.
Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn
En gros. Export. En detail.
Chausseest. 21a/23. Brückstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Haupt-Katalog gratis und franco.
Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacketts und Kitteln die Brustweite anzugeben. 89542*

Kraft-Rothweil für Blutarmer u. Kranke, ärztlich empfohlen.
Nachahmungen zurückweisen!
Santa Lucia
F. 1,50 u. 2 M. überall käuflich
in Apotheken, Drogen- u. Delikat.-Gesch., steht unt. ständ. Kontrolle des chem. Laborat. Dr. C. Bischoff.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Nervenleiden.
10-2, 5-7 Sonntags 10-12, 2-4.
Englischen Unterricht, einzeln und im Verein, 36372*
Gertrud Swienty, Schönberg, Sedanstraße 57, III.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.
Teppeiche mit Gardenschlern, Fadriemiederlage, Frankfurter Allee 107.
Gardinenhaus, Reste und einzelne Fenster sehr bedeutend billiger. Frankfurter Allee 107.
Teppeichen, Fadriemuster (portbillig), Portieren (2 Schals, 1 Lambrequin) 3,50, 3,95, 4,55, 6,- u. Frankfurter Allee 107.
Wandbildhand, Weidenweg 19.
Schöner Raumungsverkauf, Winterpaketts, Winteranzüge, Bettdecken, Gardinenverkauf, Wäscheverkauf, Uhrenverkauf, Kellerverkauf, Teppichverkauf, Steppdecken, Nähmaschinen, Raumverlegende Spottpreise. Verbindungen allerwärts. 11/2*
Gardinenhaus, Große Frankfurterstr. 9, partierre. Kein Laden. Manerhoff. 1+
Teppeiche (feinhalbes) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Odepl. 4, Bahnh. W. 25/2*
Steppdecken (portbillig), Fadriemuster Große Frankfurterstr. 60. 21078*

Aufruf!
An die Leser des Parteiorgans!
Am Sonnabend, den 23., nachmittags 4 Uhr, eröffnen wir ein
Spezialhaus elegant. Herren- u. Knaben-Bekleidung
fertig und nach Maß
unter Leitung erster Meister.
Es wird unser Bestreben sein, dem kaufenden Publikum stets das neueste und eleganteste zum Kauf anzubieten.
Wir unterhalten in jeder Abteilung enorme Auswahl.
Durch langjährige Tätigkeit als Zuschneider wie Disponent in dieser Branche wird es uns ein leichtes sein, auch dem verwöhntesten Geschmack zu genügen.

Leske & Slupecki
70c Schönhauser Allee 70c
Heute Sonnabend, den 23., und morgen Sonntag, den 24., erhält jeder Käufer beim Einkauf eines Anzuges oder Paletots eine
hochelegante Weste gratis!

Kleine Anzeigen

Möbelschubene kaufen trotz Zerschmetter und Ausperrung zu unerreicht billigen Preisen die schönsten Einrichtungen. Eigene Werkstätten. Beschäftigung lohnend. W. Hirschomig, Schallerstraße 25. 22559*
Wandbildhand, Weidenweg 19.
Schöner Raumungsverkauf, Winterpaketts, Winteranzüge, Bettdecken, Gardinenverkauf, Wäscheverkauf, Uhrenverkauf, Kellerverkauf, Teppichverkauf, Steppdecken, Nähmaschinen, Raumverlegende Spottpreise. Verbindungen allerwärts. 11/2*
Gardinenhaus, Große Frankfurterstr. 9, partierre. Kein Laden. Manerhoff. 1+
Teppeiche (feinhalbes) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Odepl. 4, Bahnh. W. 25/2*
Steppdecken (portbillig), Fadriemuster Große Frankfurterstr. 60. 21078*

Kratzalls im Gefängnis. Sie will in der Stralauer Allee 30 wohnen. Die beiden Schwindlerinnen, welche ziemlich viel Kenntnis über Parteiangelegenheiten bekunden, treten sicher auf und berufen sich auf die Frau des Rechtsanwalts Genossen Heine. Dieser habe die Vertretung bei dem angeblichen Prozeß des Mannes gehabt. Sie kommen mit der Bitte, doch schließlich etwas für sie zu tun. Es ist der einen Schwindlerin auch gelungen, bei einer Genossin etwas Geld zu erhalten.

Auf Anfrage bei Frau Heine wurden wir gewahrt, daß dieselbe die Verhältnisse der Frauen gar nicht kennt; die erstgenannte Schwindlerin ist wohl bei ihr gewesen und hat nach der Vertrauensperson des 6. Kreises gefragt. Die ganze Sache hat sich als Schwindel herausgestellt, denn weder beim Maurerverband, wo die Männer organisiert sein sollen, weiß man etwas, noch in den angegebenen Wohnungen sind dieselben zu ermitteln. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß noch andere Parteigenossen von beiden aufgejagt werden, ist Vorsicht dringend geboten.

Bund für Mutterschutz. Am Dienstag, den 19. Februar, hielt Gräfin Bülow von Dennewitz im Bunde für Mutterschutz einen Vortrag über das Thema: „Die Schutzbedürftigkeit der Frau und ihre Beschäfer“. In zivilerer Folge führte die Vortragende erschütternde Beispiele des Mütter- und Frauenelends vor Augen. Sie trat überzeugend ein für eine Regelung der Geburten, da eine übermäßig schnelle Aufeinanderfolge der Geburten erfahrungsgemäß nur zu einer erhöhten Kindersterblichkeit führt.

An Stelle der Stillbrämen in borem Gelbe muß Abgabe von Milch und anderen Nahrungsmitteln treten.
Derzuwachen sind ferner die Forderungen eines besonderen gesetzlichen Schutzes der schwangeren Frau und einer besseren Ausbildung der Hebammen. Vor allen Dingen tut aber Aufklärung not, hier würden belehrende Vorträge für Männer und Frauen über Geschlechtshygiene gute Dienste leisten.

Sieben erschienen:
Die soziale Revolution
von Karl Kautsky.
Zweite durchgesehene Ausgabe. Preis 1,50 M.
Billige Ausgabe Preis 70 Pf.
Militarismus und Antimilitarismus
unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung
von Dr. Karl Liebknecht.
Preis 1 Mark.
Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68.
Lindenstraße 69, Laden.

Unerreicht an Wohlgeschmack
ZARI 2 1/2 Cigarette
Cigarettenfabrik TUMA Dresden, gegr. 1876.

4015L. Weltbekannt sind Rathenower Augengläser.
Echt Rathenower Brillen 1,00
Pincenez (ocht Nickel) M. 1,50
„ Double . . . 5,00
„ Gold . . . 12,00
„ Schildpatt . . . 4,50
Opern- u. Reise gläser v. 6,00 an
Barometer, genau gute 6,00 an
A. Grün, Optiker, Brunnen-Straße 4 am Rosenthaler Tor.

Aufgesprungene Hände
befähigt überaus schnell und sicher
Obermeyers Herba-Seife
In Pak. 1. u. 2. Pack. 2. Drogen- u. Parfüm- u. St. 50 Pfg. u. 1 Mtl.

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Kindertwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgegebene (portbillig) Schneider, Ausf. für den Str. 172. 22478*
Cigaretten-Verkaufshaus „Nordsee“, Chormerstraße 16. Telefonamt III. 7312. Billigste Quelle für Gastwirte, Kantinen, Handelsleute. Cigaretten aller Marken, Kautabak äußerst billig.
Federbetten 11,00. Michel, Dresdenstr. 38. 15638*
Herrensahrrad, Damensahrrad, einmal benutzt, 45,00. Holz, Blumenstr. 36 b. 22518*
Kindertwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgegebene (portbillig). Sommer, Wienerstraße 51.
Plüschsofa, neue, (portbillig). Gubenstraße 54, Tapezierer. 144
Reinigungen für Parteigenossen mit Zahnhellen und Vereinen, eine Rorden, am besten Metallarbeiter, eine Osen, beide billige Werke und günstig zur Uebernahme. Näheres Wäner, Gollwitz, Lebuserstraße 3.
Restaurant, Badstube, Vereine, Fadriem im Hause, wegen Krankheit veräußert. Näheres Kopenhagenstraße 46, Seifert. 147*
Widw.geschäft, 14 Jahre bestehend, verkauft preiswert Warenstraße 14. 16325
Kundentischerei, billig, verkauft Kugelschreiberstraße 11. 16325
Abfäulerpumpe, 8,00-100,00, Ersatzteile billig, Leberdöhrer, Pundenvoß, Uderstraße 51. 1106*

